



Plenarprotokoll

119. Sitzung

Donnerstag, 20. Mai 2021

Wildtierimporte regulieren - Wilderei, Wildfänge und Artensterben wirksam bekämpfen.....

9010

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2856

(Wild-)Tierhandel regulieren.....

9010

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3027

Joschka Knuth [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]..... 9010

Stefan Weber [SPD]..... 9011, 9016

Heiner Rickers [CDU]..... 9012

Dennys Bornhöft [FDP]..... 9013

Christian Dirschauer [SSW]..... 9015

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....

9016

Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 19/3027

2. Annahme des Antrags

Drucksache 19/2856..... 9017

Pakt für mehr Schulsozialarbeit..... 9017

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2948

Stärkung der Schulsozialarbeit durch das „Aktionsprogramm Aufholen“..... 9017

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3032

Martin Habersaat [SPD]..... 9017, 9024, 9032

Tobias von der Heide [CDU]..... 9018, 9025

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 9020

Anita Klahn [FDP].....	9021, 9027	Kathrin Bockey [SPD].....	9044, 9051
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	9022, 9030	Barbara Ostmeier [CDU].....	9045, 9052
Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]....	9024	Joschka Knuth [BÜNDNIS	
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	9026	90/DIE GRÜNEN].....	9047
Eka von Kalben [BÜNDNIS		Jörg Hansen [FDP].....	9048
90/DIE GRÜNEN].....	9027	Lars Harms [SSW].....	9049
Beate Raudies [SPD].....	9028	Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	9051
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	9029	Hauke Göttisch [CDU].....	9052
Karin Prien, Ministerin für Bil-		Annabell Krämer [FDP].....	9053
dung, Wissenschaft und Kultur.	9030	Dr. Sabine Sütterlin-Waack,	
Tobias Koch [CDU].....	9033	Ministerin für Inneres, ländli-	
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags		che Räume, Integration und	
Drucksache 19/2948		Gleichstellung.....	9055
2. Annahme des Alternat-		Beschluss: 1. Überweisung des An-	
ivantrags Drucksache 19/3032.....	9035	trags Drucksache 19/3021 an den	
Folgestudie: Geschichtswissen-		Bildungsausschuss	
schaftliche Aufarbeitung der perso-		2. Ablehnung des Antrags	
nellen und strukturellen Kontinui-		Drucksache 19/2954	
tät nach 1945 in der Schleswig-Hol-		3. Annahme des Antrags	
steinischen Legislative und Exeku-		Drucksache 19/3023.....	9057
tive.....	9035	Erasmus+ ab 2021: Eine zukunfts-	
Bericht		orientierte Programmausgestal-	
Drucksache 19/2953		tung während und nach der Pande-	
Barbara Ostmeier [CDU].....	9035	mie ermöglichen.....	9057
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	9037	Antrag der Abgeordneten des SSW	
Burkhard Peters [BÜNDNIS		Drucksache 19/2958	
90/DIE GRÜNEN].....	9039	Beschluss: Überweisung des Antrags	
Jan Marcus Rossa [FDP].....	9040	Drucksache 19/2958 an den Bil-	
Lars Harms [SSW].....	9042	dungsausschuss.....	9057
Martin Habersaat [SPD].....	9043	Die repräsentative Demokratie lebt	
Beschluss: Überweisung des Berichts		vom Vertrauen.....	9057
Drucksache 19/2953 an den In-		Antrag der Fraktionen von CDU,	
nen- und Rechtsausschuss zur ab-	9044	SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,	
schließenden Beratung.....		FDP und der Abgeordneten des SSW	
Jedes Kind muss schwimmen kön-		Drucksache 19/2959	
nen.....	9044	Tobias Koch [CDU].....	9057
Antrag der Fraktion der SPD		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	9058, 9064
Drucksache 19/2954		Eka von Kalben [BÜNDNIS	
Änderungsantrag der Abgeordneten		90/DIE GRÜNEN].....	9060
des SSW		Jan Marcus Rossa [FDP].....	9061
Drucksache 19/3021		Lars Harms [SSW].....	9062
Schnellstmöglich mit der		Jörg Nobis [AfD].....	9063
Schwimmbildung beginnen.....	9044	Christopher Vogt [FDP].....	9066
Alternativantrag der Fraktionen von		Claus Christian Claussen, Minis-	
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		ter für Justiz, Europa und Ver-	
und FDP		braucherschutz.....	9067
Drucksache 19/3023		Beschluss: Annahme des Antrags	
		Drucksache 19/2959.....	9068

Gender-Budgeting-Kriterien bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme in Schleswig-Holstein stärker berücksichtigen.....

9068

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2965 (neu)

Beate Raudies [SPD].....	9068, 9079
Wolf Rüdiger Fehrs [CDU].....	9069
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9070
Annabell Krämer [FDP].....	9071
Lars Harms [SSW].....	9073
Volker Schnurrbusch [AfD].....	9074
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	9075
Regina Poersch [SPD].....	9076
Monika Heinold, Finanzministerin	9077

Beschluss: Überweisung des Antrags
Drucksache 19/2965 (neu) federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Europaausschuss und den Wirtschaftsausschuss.....

9079

Reden zu Protokoll

Erasmus+ ab 2021: Eine zukunftsorientierte Programmausgestaltung während und nach der Pandemie ermöglichen.....

9080

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2958

Anette Röttger [CDU].....	9080
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	9080
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9082
Anita Klahn [FDP].....	9082
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	9083

* * * *

Regierungsbank:

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich und eröffne die heutige Sitzung.

Nach Mitteilung sind die Abgeordneten Kerstin Metzner und Thomas Hölck sowie von der Landesregierung Herr Ministerpräsident Daniel Günther erkrankt. Wir wünschen von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen ist von der Landesregierung Herr Minister Claussen für den Vormittag beurlaubt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Wildtierimporte regulieren - Wilderei, Wildfänge und Artensterben wirksam bekämpfen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2856

(Wild-)Tierhandel regulieren

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3027

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Kein Mensch muss privat ein Wildtier halten, erst recht kein exotisches.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dennoch erleben wir, dass sich das Halten insbesondere exotischer Wildtiere einer zunehmenden Beliebtheit erfreut. Insbesondere Amphibien und Reptilien gehören in den letzten Jahren zu den nachgefragten Arten. Diese sind auch in großer Anzahl in Deutschland im Handel. Das liegt daran, dass wir keine ausreichenden internationalen Handelskontrollen und Schutzbestimmungen für diese Tiere haben. Der Verweis auf das Washingtoner Artenschutzabkommen, das eigentlich den Umgang mit geschützten Arten regelt, reicht eben nicht aus,

weil viele Tiere dort nicht auftauchen oder daran vorbei dennoch auf unserem Markt landen.

Die vielen Tiere stellen nicht nur uns hier vor Ort vor Herausforderungen und stellen ein Risiko dar - beispielsweise dann, wenn sie entweichen und die Feuerwehr sie einfangen muss, ganze Häuserblocks evakuiert werden müssen -, nein, der Handel mit ihnen stellt auch insgesamt eine ganze Reihe von Risiken dar. Beispielsweise stellt das Halten und Handeln von und mit Wildtieren ein besonderes Gesundheitsrisiko dar.

Wir wissen, dass viele Zoonosen entstehen, dass viele gefährliche Viren und Erreger tatsächlich von Wildtieren auf den Menschen übergehen. Das ist eine große Gefahr - wie wir in der aktuellen Pandemie erleben - für die gesamte Menschheit.

Wir wissen aber auch, dass das eine Gefahr für den Artenschutz darstellt. Der Verlust von Artenvielfalt wird durch den Handel mit Wildtieren noch einmal beschleunigt, weil sie aus ihren heimischen Habitaten entnommen werden.

Und die invasiven Arten, also Tiere, die hier nicht heimisch sind, stellen für unsere Flora und Fauna, für unsere Tierwelt, eine große Bedrohung dar. Damit stellen die Tiere auch eine Gefahr für den Naturschutz dar, denn durch das Herausnehmen der Tiere aus den heimischen Gebieten wird auch das natürliche Gleichgewicht von Nutzarten gefährdet.

Last but not least stellt das Ganze unter Tierschutzgesichtspunkten eine besondere Gefährdung dar; denn viele Wildtiere, die hier gehalten werden, haben keinen Domestikationsprozess durchlaufen. Sie sind es gar nicht gewöhnt, in einer Haltung zu leben. Entsprechend stellt dies auch für die Halterinnen und Halter eine besondere Gefahr dar. Deshalb braucht es eine bessere Regulierung des Handels und des Besitzes von und mit Wildtieren. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben auf Bundesebene, auf Europaebene und auch hier im Land einen langen Diskussionsprozess hinter uns. Wir machen nun sehr konkrete Vorschläge dazu, wie diese Regulierung im besten Sinne erfolgen kann.

Wir schlagen beispielsweise vor, dass es ein Verkaufsverbot von Wildtieren in Deutschland, am besten in Europa, braucht. Wir sagen sehr klar, dass es eine Regulierung braucht von Tierbörsen und des gesamten Internethandels für Wildtiere, damit wir

(Joschka Knuth)

endlich dort durchgreifen können und klare Regelungen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das, werte Kolleginnen und Kollegen, ist ehrlicherweise nicht nur für Wildtiere ein großer Erfolg, sondern die Regulierung von Tierbörsen ist ein großer Erfolg insgesamt für den Handel mit Tieren.

Wir sagen, die Halterinnen und Halter von entsprechenden Tieren brauchen in Zukunft Sachkundennachweise, damit sich nicht jeder exotische Reptilien zu Hause halten kann.

Wir sagen, wir müssen auch die Forschung zur Übertragung und Entstehung von Zoonosen intensivieren. Wir brauchen einen besseren EU-Austausch und einen besseren Austausch der Zollbehörden, um auch der Einfuhr von solchen Tieren in unserem Markt besser begegnen zu können.

Last but not least braucht es für besonders gefährdete und gefährliche Arten ein ganz klares Halungsverbot in Deutschland; denn viele Tiere sind schon hier im Markt. Wenn wir nur die Einfuhr verbieten, ist es damit nicht genug.

Wir fordern, dass sich die Landesregierung mit einer Bundesratsinitiative für entsprechende Regulierung einsetzt. Wir glauben, dass das genau der richtige und notwendige Schritt ist. Natürlich brauchen wir langfristig eine Verankerung des Vorsorgeansatzes im EU-Recht; das wäre noch besser. Aber eine nationale Regelung wäre genau jetzt der richtige Beitrag, um auch einen entsprechenden Impuls für eine EU-Gesetzgebung zu senden.

Ich freue mich sehr, wenn wir dieses Signal heute von hier aus ausgehen lassen. Damit kommt ein langer Beratungsprozess zu einem guten Ende, und wir leisten unseren Beitrag dazu, dass wilde Tiere überall auf der Welt besser geschützt werden und Risiken hier bei uns im Land minimiert werden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stefan Weber das Wort.

Stefan Weber [SPD]:

Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Jamaika-Fraktionen, es verwundert mich doch sehr, dass

Sie uns 30 Monate lang vertrösten, endlich den Online-Tierhandel rechtlich verbindlich zu regeln, um jetzt mit diesem Wildtierantrag um die Ecke zu kommen. Ja, der Anlass ist klar. In Berlin wird dieses Thema gerade diskutiert, da hängt man sich gern dran. Trotzdem: Unser Antrag "Tiere vor Missbrauch schützen: Onlinehandel mit Tieren rechtlich regeln" aus dem November 2018 hat bereits viele Punkte benannt. Leider konnten Sie sich auf diese Punkte, die Tierschutz im Onlinehandel für alle Tiere rechtlich regeln, nicht einigen. Schade für all die Tiere, die in den vergangenen 30 Monaten leiden mussten.

(Beifall SPD)

Schließlich hat das Thema - vor allem auch des Handels mit Haustieren - seit Beginn der Coronapandemie zusätzlich an Bedeutung gewonnen.

Heute kommen Sie nun mit einem Antrag zum Wildtierhandel. Nun gut, schauen wir einmal. Da wir Tierschutz für alle Tierarten fordern - unabhängig von ihrer Herkunft -, haben wir eigentlich keine grundsätzliche Kritik an Ihrem Antrag. Allerdings fehlen uns wichtige Aspekte, die wir in einem Änderungsantrag einbringen. Dazu aber später mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Online-Tierhandel boomt - im Internet, auf Online-Marktplätzen und auch in sozialen Netzwerken. Um sich in Deutschland ein Tier zu kaufen, braucht man heute nur wenige Klicks. Dort gibt es alles: lebende Schildkröten, Riesenschlangen, exotische Papageien oder aber auch den langersehnten Familienhund - rund um die Uhr und ohne Risiko.

Eine Studie des Bundesministeriums für Umwelt zeigte letztes Jahr, dass in Deutschland die Nachfrage nach sogenannten exotischen Arten steigt. Die mit Abstand am häufigsten gehandelten geschützten Tiere sind Reptilien, insbesondere lebende Land- und Wasserschildkröten. Gerade der Umgang mit Wildtieren ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, mit der man sich auskennen muss. Pflege und Haltung von Tieren müssen artgerecht sein, um den Tierschutz einhalten zu können. Für die vielfältigen Probleme und Missstände in diesem Bereich werden deshalb strenge gesetzliche Regelungen gefordert, um den bislang großteils unregulierten Handel zu steuern.

SPD-Umweltministerin Svenja Schulze sagte anlässlich der Veröffentlichung der Studie am 30. März 2020, ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

(Stefan Weber)

„Das Artensterben betrifft nicht nur ferne Länder. Auch Deutschland und Europa tragen mit dazu bei, dass Arten in ihren Ursprungsländern zunehmend gefährdet sind. Das betrifft ganz direkt die Nachfrage nach exotischen Wildtieren für den deutschen Heimtiermarkt. Diese Nachfrage ist viel zu hoch, das darf nicht so bleiben.“

Beim Handel mit Wildtieren geht es um viel Geld. Tierschutzstandards, tierschutzgerechte Haltung und Transport werden dann schnell vergessen oder überhaupt nicht berücksichtigt. Tierheime verzeichnen mittlerweile ein breites Artenspektrum aufgenommener exotischer Tiere. Die Abgabegründe weisen darauf hin, dass die Halter sich vor dem Tierkauf häufig nicht genügend informiert haben oder falsch beziehungsweise gar nicht richtig beraten wurden.

Liebe Jamaika-Koalition, jetzt zu unseren Änderungen: Die EXOPET-Studie aus dem Jahr 2018 empfiehlt auch eine durchgehende Überwachung von Tierbörsen durch einen auf die Tierklasse spezialisierten Tierarzt. Tierbörsenleitlinien sollten zudem durch eine rechtsverbindliche bundesweit einheitliche Verordnung ersetzt werden. Internetbörsen, die Tiere anbieten, sollten nach Ansicht der Studie ebenso wie Tierbörsen einer Erlaubnispflicht nach dem Tierschutzgesetz unterliegen. Laut § 2 Tierschutzgesetz muss derjenige, der ein Tier hält oder es betreut, es „seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen“. Häufig verfügen diejenigen, die mit Tieren handeln, über keine artenspezifischen Haltungskennnisse. Das wollen wir ändern.

Wenn Verkäuferinnen und Verkäufer nicht über die Handlungsvoraussetzungen Bescheid wissen, hat dies oft dramatische Folgen wie Schmerzen, Leid oder Schäden für das Tier. Wir brauchen deshalb im Tierhandel eine verpflichtende Sachkundeprüfung für alle Verkäuferinnen und Verkäufer einschließlich aller Verkaufsportale mit einheitlichen Kriterien und standardisierten Überprüfungen.

(Beifall Christian Dirschauer [SSW])

Sie sehen, wir haben kluge Ergänzungen zu Ihrem Antrag, um diesen noch besser zu machen. Stimmen Sie also bitte unserem Antrag zu.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute geht es um Wildtierimporte, Wildtierfänge und auch um eine Regelung des oft illegalen Marktes - von meinen beiden Vorrednern richtig beschrieben. Herr Weber, warum hat es so lange gedauert, bis dieser Antrag letztendlich aus der Koalition in die Öffentlichkeit ging? Dafür gibt es mehrere Gründe. Ein Hauptgrund ist tatsächlich, dass wir im Rahmen der Coronadebatten erkannt haben, dass Zoonosen ein unwahrscheinlich großes Problem im internationalen Handel, insbesondere von Wildtieren, darstellen.

Vorausgeschickt will ich sagen, dass 60 % aller Krankheiten, die heute bei den Menschen zu verzeichnen sind, tierischen Ursprungs sind. Ich rede nicht von der Pest, sondern auch von grippalen Infekten, die vornehmlich über Insekten übertragen werden, aber auch - das haben Sie selbstverständlich richtig beschrieben - über Reptilien. Es ist in China wissenschaftlich nachgewiesen, dass selbst Corona seinen Ursprung in der Tierwelt hat, bei Fledermausstämmen, die den dortigen Essgewohnheiten entsprechend dem menschlichen Verkehr zugeführt werden. Insofern hat dies zu dieser Pandemie, die uns alle jeden Tag beschäftigt und besorgt, geführt.

Deswegen ist es wichtig, dort Standards zu setzen, darauf hinzuweisen sowie politische Entscheidungen zu treffen, um diesen illegalen Markt insbesondere in Bezug auf den Wildtierhandel und das Halten von Wildtieren auszutrocknen und dem politisch etwas entgegenzusetzen sowie nicht nur für die Verwaltung, sondern für alle, die Tiere halten wollen, klare Verhaltensregeln auszusprechen.

Herr Weber, Sie haben es richtig beschrieben, das Tierschutzgesetz gibt dies her und schreibt es vor, dass derjenige, der Tiere hält, sich auch dementsprechend darum kümmern und die Sachkunde besitzen muss. Insofern fordert auch unser Antrag das.

Anonymität im Netz hat das Ganze vereinfacht, das wissen Sie. Versuchen Sie heute einmal, ein Wildtier zu kaufen. Drei Klicks, und Sie sind in der Lage, diese Tiere jederzeit rund um die Uhr zu bestellen. Stellen wir uns das vor: Wildtiere sind ja nicht sozialisiert. Das sind keine Haustiere, sondern Wildtiere. Diese Tiere werden dann wild gefangen. Sie werden also aus ihrer natürlichen Umgebung heraus zum Teil in Ländern gefangen, in denen sie unter Artenschutz stehen, was man bei uns oft gar nicht weiß. Diese Tiere werden, obwohl sie die

(Heiner Rickers)

Wildheit kennen, eingefangen, eingesperrt und transportiert - zum Teil unter widrigsten Bedingungen. Daran sieht man, dass das so auf Dauer nicht weitergehen kann.

Deswegen haben wir diesen Antrag jetzt gestellt. Ich will auch nicht verhehlen, dass wir uns darüber Gedanken gemacht haben. Sie werden es in den Medien verfolgt haben, dass es letztendlich nicht nur um Wildtiere gehen kann, sondern auch um Haustiere.

Wenn Sie heute eine Katze oder einen Welpen kaufen wollen, brauchen Sie auch nur zweimal zu klicken oder zu einer Börse zu gehen oder mit Handynummern zu telefonieren, die Sie nicht nachvollziehen können. Es gibt Verkaufsgespräche in Hinterhöfen, nicht an den Wohnorten, und es gibt Empfehlungen rauf und runter, wie Sie als Privatkunde mit diesen Ankäufen umgehen sollen. Trotzdem läuft es immer wieder schief.

Für Welpen - keine Wildtiere, sondern Haustiere - von Mischlingshunden ohne Abstammungsnachweis werden Preise von 1.200 € und darüber hinaus aufgerufen, und wenn Sie Rassehunde mit einem Nachweis kaufen wollen, kosten sie ganz leicht das Doppelte.

Bei etwa zehn oder auch etwas weniger Welpen im Jahr pro Hündin hat sich das zu einem wahnsinnigen Geschäftsmodell entwickelt. Wir müssen zukünftig politisch dafür sorgen, dass so etwas unterbunden wird und nicht weiter in die Illegalität abwandert. Das muss durch den Staat kontrolliert und überwacht sowie besser geregelt werden.

Das Netz bietet - da wiederhole ich mich - natürlich ganz hervorragende Möglichkeiten, um in die Illegalität abzutauchen. Sie können sich an die Bilder in der Öffentlichkeit erinnern, dass Tiertransporte, vornehmlich aus dem europäischen Ausland, durch Deutschland geschleust werden. So wurde an das Tageslicht gebracht, dass zum Teil Hunderte von Welpen in Transportern, über Börsen zum Verkauf angeboten, auch in Deutschland landen. Das kann auf Dauer so nicht gehen.

Während Corona sitzen die Leute zu Hause und denken, dass, wenn sie sich ein Haus- oder Wildtier anschaffen wollen, jetzt die beste Zeit ist. Die Kinder sind nicht in der Schule, die Eltern sind im Homeoffice. Jeder meint, vermeintlich Zeit zu haben, um sich in den ersten acht Wochen um die Jungtiere kümmern zu können. Das verschärft das Problem noch. Wir werden erleben - davor warne ich schon heute -, dass wir, wenn alle wieder geregelten Arbeitsrhythmen nachgehen oder in die Schule oder

auf Reisen gehen können, einen großen Ansturm auf unsere Tierheime zu verzeichnen haben werden.

Deswegen wollen wir, dass sowohl die Behörden als auch die Verkäufer, die mit solchen Tieren, auch mit Wildtieren, insbesondere Wildfängen, zu tun haben, Sachkunde nachweisen müssen. Wer keine Nachweise erbringen kann, darf zukünftig nicht handeln. Wir wollen, dass beim Verkauf von Wildfängen Aufklärungsgespräche zwingend vorgeschrieben werden; am besten sollte dies aber auch zukünftig beim Verkauf von Haustieren gelten.

Um all diese Entwicklungen positiv begleiten zu können, haben wir diese Bundesratsinitiative gestaltet. Wir hoffen, dass sie in Berlin auf fruchtbaren Boden fällt.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Heiner Rickers [CDU]:

Zum Schutz von Mensch und Tier bitte ich um die Zustimmung zu unserem Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesundheitsschutz: Die Bedeutung dieses Wortes hat sich im vergangenen Jahr in den Köpfen einer ganzen Gesellschaft verankert. Einen bestmöglichen Gesundheitsschutz zu gewährleisten, ist und bleibt eine zentrale Aufgabe des Staates.

Weniger bekannt war bis zur Coronapandemie bei einigen der Begriff „Zoonose“, also Krankheiten, die sich von Tier auf Mensch und andersherum übertragen. Dabei leben wir mit Zoonosen schon länger: BSE, HIV, die Vogelgrippe in den 90ern, das SARS-CoV-1-Virus im Jahr 2003. SARS-CoV-2 ist vermutlich über die Fledermaus auf die Menschheit übersprungen; abschließend weiß man das aber noch nicht.

Der Mensch lebt seit vielen Jahrtausenden mit den Tieren zusammen, meist mit Nutztieren, in den letzten Jahrzehnten zunehmend auf engstem Raum. Diese Tatsache birgt immer die Gefahr, dass eine

(Dennys Bornhöft)

Krankheit auf die Menschen überspringt. Übertragungen von Erregern sind bekannt, und wir haben zunehmend gelernt, damit umzugehen. Wir haben Lösungen gefunden, die Gefahr dieser Erkrankungen einzudämmen und den Schaden für die Menschen möglichst gering zu halten, weil wir Lebensmittel vor dem Verzehr prüfen, weil ein Lebensmittel vor dem Verzehr zum Beispiel durchgekocht wird oder weil es Impfungen gibt.

In den letzten Jahrzehnten hat man sich aber zunehmend in den Bereich wild lebender Tiere ausgebreitet. So kommen wir Krankheitserregern immer näher, die sonst kaum eine Chance gehabt hätten, aus ihrem ursprünglichen Verbreitungsgebiet herauszukommen oder von den Überträgern auf andere Lebewesen überzuspringen.

Forscher betonen aber auch, dass die Risiken der Übertragung einer Zoonose von unseren Heim- und Nutztieren auf uns Menschen ebenfalls gegeben sind. Die FDP-Bundestagsfraktion hat nicht zuletzt deswegen in einem Antrag in dieser Legislaturperiode die Schaffung wirksamer Maßnahmen zur Aufklärung der Bevölkerung bezüglich Übertragungswegen von Zoonosen und vorbeugender Hygiene bei der Tier- und Wildtierhaltung gefordert. Ein richtiger Ansatz.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Es gibt aber auch Personengruppen, wie zum Beispiel Aktivisten von PETA, die die Pandemie nutzen wollen, um uns angesichts der Angst der Bevölkerung vor einer weiteren Pandemie alte Forderungen wieder unterzujubeln und hierüber das Halten von Tieren generell einzuschränken. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist an Unverfrorenheit meiner Meinung nach nicht zu übertreffen. Dagegen stellen wir uns als Freie Demokraten ganz klar.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Coronapandemie ist über den Menschen nach Deutschland gekommen und nicht über eine Schildkröte oder einen Zierfisch. Hier muss zwischen zwei Themen differenziert werden: Wildtierimporten auf der einen Seite und Zoonosen auf der anderen Seite. Das ist nicht synonym.

„Wildtiere“ ist ein weitreichender Begriff. Wir reden hierbei nicht nur von Giraffen, Löwen oder Delfinen. Wildtiere sind alle Tiere, die nicht als Nutztier dienen oder domestiziert sind, in Abgrenzung zur Katze oder zum Hausschwein.

(Martin Habersaat [SPD]: Hört, hört!)

- Ja, Herr Habersaat, sehr schön.

Dadurch fallen prinzipiell auch viele Fische, Amphibien, Reptilien, Insekten, Arachnoide, Vögel und Kleinsäuger hierunter. Primär geht es uns hier aber um den Artenschutz, und der Fokus liegt auf Importmodalitäten.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Der Clown gehört nicht dazu, Herr Habersaat.

(Heiterkeit FDP)

Wildfänge sind in der Regel abzulehnen und Tiere aus Nachzucht zu bevorzugen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Und wenn es ein Tier ist?)

- Der Clownfisch wiederum schon, Frau Midyatli. Da haben Sie recht.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sehen Sie, so schnell geht das!)

- Genau.

Als Aquarianer und ehemaliger Mitarbeiter einer Zoofachhandlung weiß ich aber auch, dass es zum Beispiel einige Zierfischarten, in diesem Fall wiederum nicht der Clownfisch, gibt, deren Population normalerweise regelmäßig wegen austrocknender Gewässer stirbt. Die Bevölkerung vor Ort fängt diese Fische im Vorwege, verkauft sie und sichert sich damit ein Einkommen. Dieses Einkommen sichert teilweise auch ab, dass ihr Land nicht verkauft werden muss und andere dies in Nutzflächen umwidmen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Mit diesem kleinen speziellen Beispiel, Frau Raudies, möchte ich nur untermauern, dass Importe nicht ein reines Schwarz-Weiß-Thema sind.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Nationale Alleingänge wiederum sind innerhalb der Europäischen Union wenig sinnvoll. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir hier auf die EU-Schiene verweisen. Es gibt eine Verordnung zum internationalen Handel mit gefährdeten Arten; darauf soll eingewirkt werden. Die Forderung, hier europäisch zu denken, wiederholen wir, auch die FDP, immer wieder, denn es hilft uns doch gar nichts, wenn wir es in Deutschland so regeln, dass im Endeffekt mit einem Zwischenstopp diese Tiere über Österreich hier hereinkommen. Davon haben wir nichts. Insofern ist es wichtig, dass das europäisch gehandhabt wird.

(Beifall FDP)

(Dennys Bornhöft)

Ich möchte zum Ende noch einmal ganz deutlich sagen: Was wir nicht wollen, ist, den ordnungsgemäßen Handel derart einzuschränken und generell Importverbote zu verhängen, die letztlich dazu führen, dass das alles so illegal stattfindet, dass wir es nicht mal mehr nachvollziehen können. Das darf nicht die Konsequenz sein. Die Möglichkeiten des Internets sind mannigfaltig. Es ist schwer für uns, dem regulatorisch zu begegnen.

Das Risiko, dass tier- und artenschutzrechtliche Kontrollmöglichkeiten erschwert werden, wollen wir vermeiden. Das ist auch das Ansinnen dieses Antrags. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ziel des Antrages ist in seiner Überschrift schon so kurz und prägnant formuliert, dass man dem unmittelbar zustimmen kann. Auch beim ersten Sichten der formulierten Punkte spricht insoweit nichts gegen den Antrag. Wer sich dann weiter mit dem Thema befasst und recherchiert, stellt zudem fest, dass wir es hier durchaus mit einem Problem zu tun haben und dass es durchaus umfassenden Regelungsbedarf gibt. Zu nennen ist beispielsweise der Internethandel.

Bereits mit dem Antrag zum Onlinehandel mit Tieren wurde deutlich, dass es rechtliche Lücken gibt. Das wurde auch in der mündlichen Anhörung dazu bestätigt. Sachkundenachweis, Identitätsprüfung und Rückverfolgbarkeit wurden beispielsweise als Forderung für den Onlinehandel genannt. Was für den Welpenhandel gelten sollte, sollte dann doch generell für den Onlinehandel mit Tieren gelten.

Seit Corona und dem Lockdown ist der Verkauf allein bei Hunden um rund 25 % gestiegen. Nach Angaben von PETA wurden 2020 rund 350.000 Reptilien aus Ländern außerhalb der EU nach Deutschland eingeführt. Das ist nahezu eine Verdopplung gegenüber 2018 und 2019.

Neben den Reptilien sind es aber auch Fische, Amphibien, Insekten, Spinnen, Vögel und Säugetiere, die nach Deutschland eingeführt werden. Problematisch wird es insbesondere dann, wenn diese Tiere aus ihrem natürlichen Lebensraum entnommen

werden, obwohl sie in ihrem Herkunftsland unter Schutz stehen, jedoch keinen internationalen Schutzstatus haben. Eine Studie des Bundesamtes für Naturschutz von 2020 kommt zu dem Ergebnis, dass rund 75 % der in Deutschland angebotenen Arten keinen internationalen Schutzstatus haben und somit auch keinen Handelskontrollen unterliegen. Das sind Zahlen, die uns allen zu denken geben sollten.

In dem Zusammenhang ist auch eine Studie des Bundesumweltministeriums interessant, aus der hervorgeht, dass der Handel mit exotischen Wildtieren wie Reptilien und Amphibien zum Artensterben beiträgt. Neben der Zerstörung der Lebensräume ist nach Aussage des Weltbiodiversitätsrates die direkte Ausbeutung von Tier- und Pflanzenarten durch den Menschen der zweitgrößte Treiber des Artensterbens. Das sind Ergebnisse und Aussagen, die uns nicht unberührt lassen sollten. Es ist notwendig, dass Maßnahmen ergriffen werden, die den Handel mit exotischen Tieren wesentlich stärker reglementieren und einschränken.

Wir teilen daher die Zielsetzung des Antrages. Ähnlich wie mit dem Onlinehandel verhält es sich aber mit den rechtlichen Voraussetzungen für ein Verkaufsverbot von Wildtieren. Wir reden über globalen Handel, internationale artenschutzrechtliche Voraussetzungen und manchmal zunächst unbekannte Tierarten - davon können die Zollämter ein Lied singen -, also alles komplexe Themen, die es unter einen Hut zu bringen gilt. Dafür die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, ist eine Herausforderung; aber es ist richtig, dies anzugehen.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Neben den Aspekten des Tier- und Artenschutzes greift der Antrag einen weiteren wichtigen Punkt auf, nämlich die Problematik der Krankheitsübertragung von Tieren auf Menschen, sprich: die Zoonose. Das Bundesinstitut für Risikobewertung geht davon aus, dass zwei von drei Krankheitserregern aus dem Tierreich stammen und auf den Menschen übertragbar sind. Zu den Bekanntesten gehören beispielsweise Pest, Tollwut, Borreliose, Creutzfeldt-Jakob, MERS und SARS. Mit der zunehmenden Zerstörung von Lebensräumen und einem verstärkten Handel mit Wildtieren rücken Mensch und Tier immer dichter zusammen. Je dichter der Mensch dem Tier auf die Pelle rückt, desto mehr steigt die Gefahr von Krankheitsübertragungen.

Wie die Krankheitserreger von Menschen auf Tiere wechseln oder umgekehrt, ist noch unzureichend

(Christian Dirschauer)

erforscht. Das gilt auch für das Mutieren von Erregern oder die Frage, wie sie sich einer neuen Spezies anpassen. Daher müssen wir im Bereich der Forschung und des internationalen Wissensaustausches wesentlich mehr tun als bisher. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse und mit der Zielsetzung, die Situation im Sinne des Tier- und Artenschutzes zu verbessern, ist es wichtig, den Tierhandel in die Diskussion einzubinden, um von dessen Fachwissen zu profitieren. Der seriöse Handel kann kein Interesse daran haben, mit illegalem Tierhandel auf eine Stufe gestellt zu werden. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Stefan Weber.

Stefan Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Äußerungen - die ich wohlwollend aufgegriffen und gehört habe -, die von Herrn Rickers und von Herrn Knuth gekommen sind, in deren Reden es immer wieder um das Thema Tierwohl, um die heimischen Tiere beziehungsweise um Welpen ging. Allerdings finde ich davon in Ihrem Antrag nichts wieder. Von daher möchte ich noch einmal für unseren Änderungsantrag werben, weil es genau die Punkte sind, die hier angesprochen wurden - auch der Sachkundenachweis -, weswegen unsere Änderungsvorschläge eingebracht worden sind.

Es wurde das Thema Zoonosen angesprochen. Das ist ein Punkt, der uns nicht erst seit der Pandemie beschäftigt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Bornhöft hat es gesagt, er hat 2003 erwähnt: Das ist eine Sache, die es schon lange gibt. Es handelt sich um ein Thema, mit dem man sich auch wissenschaftlich weiter beschäftigen muss. Das alles ist richtig.

Natürlich geht es nicht darum, den ordentlichen Handel, der vernünftig arbeitet, in irgendeiner Weise mit illegalem Handel gleichzustellen, sondern in den Stellungnahmen zu dem Antrag ist dargelegt, dass dort eine Sachkenntnis vorhanden ist und auch vernünftig an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben wird.

Ich bitte noch einmal um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sicher entspringt das Bedürfnis, selbst Wildtiere zu halten, häufig positiven Erwägungen, erlangen Menschen auf diese Art doch einen direkten Kontakt zur vielfältigen Lebenswelt unserer Erde. So gilt es, dieses Bedürfnis, auch wenn es sich einem selbst nicht erschließt, zu respektieren und damit umzugehen.

Dabei bedarf es allerdings klarer und vollziehbarer Regeln, die den Belangen des Arten- und Tierschutzes gerecht werden. Tiere sind Mitgeschöpfe, auch wenn der individuelle Handelswert gering sein mag. Für mich - nein: für sie - muss Verantwortung übernommen werden - für mich auch.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe)

- Für mich übernehmen Sie Verantwortung. - Für Tiere muss Verantwortung übernommen werden, und sie müssen ein ganzes Tierleben lang artgerecht gehalten werden. Dazu ist natürlich ein Mindestmaß an Sachkunde nötig. Zudem muss klar sein, dass vom Handel mit diesen Tieren keine Gefährdung für die betroffenen Wildpopulationen ausgeht.

Es sollte selbstverständlich sein, dass nur solche Arten in den Handel gelangen, die erstens legal erworben werden und zweitens unter vertretbaren Bedingungen transportiert werden können.

(Beifall Heiner Rickers [CDU])

Nicht zuletzt sollten von den gehaltenen Tieren keine Gefahren für Menschen ausgehen.

Seit langem ist bekannt, dass der deutsche Markt eine wesentliche Rolle im Rahmen des internationalen Wildtierhandels spielt. Standen in früheren Zeiten insbesondere Vögel und Säugetiere im Mittelpunkt der Handelsinteressen, bekommen derzeit - wie schon erwähnt wurde - Reptilienarten wie Schildkröten, Schlangen und Geckos, aber auch Fische und wirbellose Arten eine größere Aufmerksamkeit. Hierdurch kommt es im Bereich des Ar-

(Minister Jan Philipp Albrecht)

tenschutzes immer wieder zu Problemen. Aber auch Belange des Tierschutzes spielen hier wegen der Anforderungen an eine artgerechte Haltung eine wesentliche Rolle. Nicht zuletzt bestehen für unsere heimischen Ökosysteme Risiken, die durch freigesetzte exotische Tierarten entstehen können.

Völkerrechtlichen Abkommen und deren nationaler beziehungsweise EU-rechtlicher Umsetzung ist es zu verdanken, dass zumindest diejenigen Arten, bei denen durch den Handel bereits eine Gefährdung besteht, einem effektiven Schutz unterliegen. Viele dieser Arten unterliegen nach dem Washingtoner Artenschutzabkommen teils umfassenden Handelsbeschränkungen. Dadurch wurden in vielen Bereichen bedrohliche Handelsströme wirksam unterbunden. Zudem werden bestehende Bedarfe vermehrt durch legale Zuchten gedeckt und Importe aus den Herkunftsländern zunehmend reduziert.

Der Handel, aber auch die Tierhalter neigen in der Folge immer wieder dazu, auf noch legal zu handelnde Arten auszuweichen - auch das wurde gesagt - und diese häufig - mit den damit zusammenhängenden Problemen für die Wildpopulationen - im großen Stil zu importieren. Hier müssen wir tätig werden.

Wir brauchen gesetzliche Regelungen, damit Wilderei, Wildfängerei und das Artensterben im Zusammenhang mit dem Tierhandel wirksamer bekämpft werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Auch wenn klar ist, dass eine wirksame Regulierung von Importen aus EU-Drittstaaten von Anpassungen auf EU-Ebene abhängig ist: Die im Antrag aufgeführten Maßnahmen sorgen präventiv dafür, dass nicht immer wieder neue Wildarten durch den Handel und die Haltung in eine Schieflage geraten.

Mein Haus steht bereit, diese Vorschläge in den Bundesrat einzubringen und entsprechend umzusetzen. - Ich danke Ihnen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/3027, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Abgeordneten des SSW und des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag der Fraktion von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2856, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW so angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Pakt für mehr Schulsozialarbeit

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2948

Stärkung der Schulsozialarbeit durch das „Aktionsprogramm Aufholen“

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3032

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Plötzlich fehlt vielen Schülerinnen und Schülern die Tagesstruktur, weil sie nicht in die Schule gehen dürfen und Distanzangebote nicht regelmäßig angeboten werden. So richtig genießen kann man das vielleicht für ein paar Wochen, aber nicht über Monate. Das Umfeld bricht weg, man trifft seine Freunde nicht mehr in gewohntem Umfang. Es ist leichter als sonst, sich ganz aus dem Schulgeschehen herauszuziehen. Nicht zur Schule zu gehen, wird eher hinterfragt, als nicht am Distanzunterricht teilzunehmen. Abends oder auch schon nachmittags kann getrunken werden, weil morgens nicht früh aufgestanden werden muss. Man muss ja nicht aus dem Haus. „Warhammer“ muss nicht für einen Vormittag in der Schule oder einen Nachmittag im Sportverein unterbrochen werden.

Im Jahr 2020 haben die Fälle von häuslicher Gewalt, die bei den Behörden angezeigt wurden, bundesweit um rund 6 % zugenommen. Strukturlosigkeit, Absentismus, Suchtverhalten, Gewalt: Natürlich trifft das nicht alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein, aber die Zahl derer, die es trifft, steigt. Die Lehrkräfte sehen ihre Klassen über lange Zeiträume nicht mehr von Angesicht zu An-

(Martin Habersaat)

gesicht und treffen ihre Schülerinnen und Schüler nur in der Pause und nur mit Maske und Distanz. Die Lehrkräfte werden zwischen den Anforderungen von Präsenzunterricht, Distanzunterricht, Hybridunterricht und Notbetreuung aufgegeben. Die Klassengemeinschaft funktioniert auf Distanz niemals so gut wie in Präsenz; in neuen Klassen konnten sie sich bisher kaum entwickeln.

Von den üblichen Präventions- und Hilfsangeboten kamen viele über Monate nicht zum Tragen: keine Angebote in Sportvereinen, keine offene Jugendarbeit. Schutzräume waren in den vergangenen 14 Monaten über lange Zeit gesperrt, Häuser der Jugend geschlossen, und bei Bibliotheken wurde sogar in dieser Woche noch überraschend der Zugang erschwert.

In der Problembeschreibung sind wir uns vermutlich ziemlich einig, beim Lösungsansatz nur zu einem Teil. Schulsozialarbeit kann einigen der Probleme begegnen. Sie kann Angebote für Schülerinnen und Schüler machen, die im Unterricht nicht oder kaum zu erreichen sind. Schulsozialarbeit kann die Familien und das Umfeld der Kinder und Jugendlichen bei der Suche nach Lösungen besser einbeziehen, als überlastete Lehrkräfte es können. Schulsozialarbeit kann aufsuchend arbeiten, sich kümmern und hinterher sein.

Jetzt kommt der Unterschied: SPD und SSW schlagen Ihnen einen Pakt für mehr Schulsozialarbeit vor. Bund, Land und Kommunen sollen gemeinsam für eine Stärkung der dringend benötigten Strukturen sorgen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Jamaika verweist zum wiederholten Male auf den Bund und findet, damit sei die Arbeit eigentlich getan. Das ist aber falsch. Mit den Mitteln des Bundes fängt die Arbeit erst an. Sie müssen mit Landesmitteln ergänzt werden, und auch die Kommunen sollten etwas in den Topf tun. Schluss mit Zuständigkeits-Pingpong! Wir müssen ins Handeln kommen. Mir wird angst und bange, wenn ich lese, dass die Koalition sich in ihrem Alternativantrag zum scharfen Schwert einer „Bestandsaufnahme“ entschlossen hat.

(Zuruf: Hui!)

Wir brauchen Wege, auf denen wir Kinder und Jugendliche erreichen, die nicht begeistert „Hier“ schreien, wenn die Bildungsministerin mal wieder knapp vor den Sommerferien einen Lernsommer aus dem Boden stampft.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht falsch verstehen: Lernsommer ist in Ordnung. Dass er im letzten Jahr stattgefunden hat, war im Prinzip gut. Schlecht war, dass nur 1 % der Schülerinnen und Schüler teilnehmen konnte. Aber warum sieht es immer so aus, als käme der Sommer für Sie überraschend, meine Damen und Herren?

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir haben angemahnt, Schülerinnen und Schüler nach einem Lockdown im Stuhlkreis und nicht mit Klassenarbeitsplänen zu begrüßen. Sie haben angeordnet, dass Noten in jedem Fall zu erteilen sind und die Schulen damit zusätzlich unter Stress gesetzt. Eine Sportnote ohne Sportunterricht, erteilt nach der Eleganz des Ganges über den Schulhof. Eine Musiknote ohne Musikunterricht, erteilt nach dem Klang des Ranzens beim Aufschlagen auf dem Tisch. Hauptsache, eine Note, Hauptsache, Klassenarbeiten. Das ist nicht unser Weg.

(Beifall SPD - Zuruf CDU: Da haben Sie sich aber intensiv mit auseinandergesetzt!)

Dieses Schuljahr ist kein gewöhnliches Schuljahr. Das nächste wird es auch nicht.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Na bravo!)

Wir brauchen deshalb Unterstützungsangebote für fachliche Lücken - ja -, aber wir brauchen auch Unterstützungsangebote im Sozialen. Wir brauchen mehr als Fahren auf Sicht. Wir brauchen Angebote für Schülerinnen und Schüler, die auf zusätzliche Nachhilfemöglichkeiten, sagen wir mal zurückhaltend reagieren. Wir brauchen einen Pakt für mehr Sozialarbeit. Was wir nicht brauchen, meine Damen und Herren, ist der 117. Jamaika-Selbstbejubelungsantrag. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide das Wort.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder und Jugendliche stehen ohne Zweifel durch Corona unter Druck. Das Leben hat sich auf den Kopf gestellt. Schule hat über längere Zeit als Distanz- und Wechselunterricht stattgefunden. Man

(Tobias von der Heide)

konnte seine Klassenkameraden nicht sehen, und wenn es möglich war, dann nur unter ganz strengen Hygienemaßnahmen. Man soll Abstand zu seinen Freunden halten. Man kann das Gesicht nicht vollständig sehen. Es ist ungewohnt, unbequem und fremd im Vergleich zu der Situation vor Corona.

Auch wenn Schulen mittlerweile wieder Präsenzunterricht gestalten, fehlen immer noch viele Elemente, die Kindheit und Jugend auszeichnen. Man muss sich immer wieder deutlich machen, dass zum Beispiel das Mitmachen in einem Sportverein, die Teilnahme an Sportwettbewerben, das gemeinsame Singen im Chor nicht stattfindet. Man kann abends nicht einen Club oder ein Konzert besuchen. Auch ganz entscheidende Lebensereignisse wie zum Beispiel der 18. Geburtstag oder ein Schulabschlussball finden nicht statt.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Genau! Ja!)

Das kann auf Kinder und Jugendliche natürlich in einer enormen Weise wirken.

Wir haben hier im Plenum schon häufiger über Lernrückstände gesprochen. Es ist richtig, dass wir zusätzliche Lern- und Nachhilfeangebote für das versäumte Lernen angehen wollen. Meine Aufzählung hat aber, wie ich glaube, deutlich gemacht: Eine Kindheit und Jugend unter Coronabedingungen kann sehr beschwerlich sein und erhebliche Auswirkungen auf die sozialen und persönlichen Empfindungen von Kindern und Jugendlichen haben.

Dabei sei aber auch gesagt - das möchte ich betonen -: Kinder und Jugendliche gehen mit der neuen Situation sehr unterschiedlich um. Nicht für jeden sind die Coronabedingungen ein Problem. Aber das gilt eben nicht für alle.

Die Motivation des Antrags der SPD und des SSW ist richtig. Wir müssen Angebote in der Schule schaffen, die nicht nur auf Lernrückstände zielen, sondern auch emotionale Auswirkungen berücksichtigen. Das haben wir als Land übrigens schon mit Angeboten getan, auch wenn Sie es immer wieder zerreden. Ein gutes Beispiel ist der Lernsommer im vergangenen Jahr, der sehr bewusst nicht nur auf Unterrichtsangebote gesetzt hat, sondern auch andere Elemente im Fokus hatte.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Auch bei der Aufstockung des Vertretungsfonds haben wir sehr bewusst zusätzliche Kräfte für die Schulassistenz ermöglicht, wo solche sozialen Themen eine Rolle spielen.

Mit Unterstützung des „Aktionsprogramms Aufholen“ des Bundes gehen wir noch einen Schritt weiter und werden die Unterstützungsmaßnahmen erheblich ausweiten. Dabei ist Schulsozialarbeit mit Sicherheit ein wichtiger Aspekt. Das darf aber nicht der einzige Punkt sein. Sie haben ja einiges gesagt, Herr Habersaat, es wäre aber schön gewesen, wenn das so auch im Antrag stünde.

Wir müssen die Aufstockung des Vertretungsfonds fortsetzen. Wir müssen wieder Ferienangebote schaffen, die zum Beispiel auch auf kulturelle Bildung und Interaktion setzen, wir müssen das Freiwillige Soziale Jahr an Schulen ausweiten. Auch das ist ein wichtiger Punkt.

Daneben wissen wir heute schon - das haben Sie ein bisschen angedeutet, Herr Habersaat -, dass es auch Fälle unter Kindern und Jugendlichen gibt, die über eine soziale Belastung hinausgehen und eine psychische Erkrankung darstellen. Das sollten wir unter keinen Umständen verharmlosen und schnellstmöglich Programme der Frühintervention und Prävention auf den Weg bringen. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Will sagen, ein Pakt allein für Schulsozialarbeit reicht nicht aus. Wir müssen uns spezifischer um die besonderen Problemlagen von Kindern und Jugendlichen kümmern. Das geht am besten mit multiprofessionellen Teams, die die Schüler genau dort unterstützen, wo sie Hilfe und Unterstützung brauchen. Das machen wir als Jamaika mit unseren Ansätzen deutlich; ich habe versucht, das breite Bild unserer Maßnahmen aufzuzeigen.

Dennoch, Schulsozialarbeit ist auch über die Coronazeit hinaus ein wichtiges Thema, um das wir uns stärker kümmern müssen. An vielen Schulen bestand auch vor Corona der Wunsch, die Schulsozialarbeit deutlich auszuweiten. Das Land und die Kommunen kümmern sich schon heute gemeinsam um dieses wichtige Thema. Ungefähr 18 Millionen € stellen wir allein als Land für diese Aufgabe zur Verfügung.

Trotzdem brauchen wir eine gute Grundlage, um über die Perspektiven der Schulsozialarbeit nachzudenken. Dazu brauchen wir eine Bestandsaufnahme - das ist ein guter erster Schritt -, die uns die aktuelle Situation genau beschreibt. Wir sollten uns mit den kommunalen Landesverbänden über einen gemeinsamen Orientierungsrahmen zu diesem Thema verständigen. Das ist wichtig, um schließlich zu be-

(Tobias von der Heide)

stimmen, in welche Richtung wir die Schulsozialarbeit gemeinsam weiterentwickeln wollen.

Das Thema muss uns also wichtig sein, und ich sage bewusst: gern zusammen mit dem Bund. Das machen Land und Kommunen gern zusammen mit dem Bund. Beim Thema Ganztage wird es noch Diskussionen geben. Es wäre gut, wenn wir erst einmal unseren eigenen Orientierungsrahmen definieren. Das Thema muss uns wichtig sein, und das nicht nur zu Coronazeiten. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schulsozialarbeit ist wichtig und gehört inzwischen selbstverständlich zu Schule dazu. Da hat sich Schule in den letzten Jahren wirklich weiterentwickelt - nicht zuletzt, weil das Land einen großen Teil der Kosten übernimmt. Das ist eine gute Investition in Bildung.

Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter unterstützen die Schülerinnen und Schüler bei Problemen, sie haben ein offenes Ohr, haben Zeit für Gespräche, und sie geben keine Noten. Außerdem können sie vertrauliche Infos für sich behalten und müssen sie nicht an die Lehrkräfte weitergeben. Deshalb sind sie für viele Schülerinnen und Schüler wichtige Bezugspersonen und natürlich auch für die Lehrkräfte. Denn die Schulsozialarbeit kann mit ihrer Perspektive bei der Lösung von Problemen zwischen Lehrkraft und Schülerinnen und Schülern helfen.

Im Distanzunterricht war es für die Schulsozialarbeit schwierig, den Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern zu halten, Gespräche kurz auch mal zwischen Tür und Angel waren nicht möglich. Umso wichtiger sind sie jetzt, wo fast alle Schülerinnen und Schüler wieder in der Schule sind - ab nächster Woche wieder alle, vollständig; das ist super.

Jetzt geht es darum, Schülerinnen und Schüler bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie und des Distanzunterrichts zu unterstützen. Lehrkräfte und auch Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte berichten, dass deutlich mehr Schülerinnen und Schü-

ler soziale und psychische Belastungssymptome zeigen. Hier kann auch Schulsozialarbeit helfen.

Deshalb ist es gut, dass aus der Sozialmilliarde vom Bund wahrscheinlich mehr als 6 Millionen € bei uns im Land ankommen werden. Im Moment gibt das Land 18 Millionen € für Schulsozialarbeit aus. Ein Drittel mehr ist da schon eine merkbare Verbesserung.

Aber auch die Kommunen sind sich ihrer Verantwortung bewusst, finanzieren zum Teil zusätzliche Stellen und stocken sie jetzt auf. Wir haben im Moment quasi einen Pakt für Schulsozialarbeit. Wir brauchen aber nicht nur Schulsozialarbeit - darüber sind wir uns im Landtag alle einig.

Corona hat zum einen zu Lücken in den Unterrichtsfächern geführt, je nachdem, wie gut der Distanzunterricht war. Ich bin mir sicher, dass die Schülerinnen und Schüler die Lernrückstände werden aufholen können. Viele Schülerinnen und Schüler haben noch mehrere Jahre bis zum Abschluss.

Es gibt Unterstützung zum Aufholen der fachlichen Lernrückstände auch durch das „Aktionsprogramm Aufholen“ vom Bund; das sind bereits mehr als 30 Millionen € das Land packt die gleiche Summe drauf. Dazu stellen wir unter anderem Geld zur Verfügung für mehr Personal zur Unterstützung für Studierende, Seniorlehrkräfte, Volkshochschulen und Vereine. Dieses zusätzliche Personal an den Schulen ist Gold wert, sagen die Schulen. Kleingruppenarbeit, auch mal eine Stunde Einzelunterricht mit einer Schülerin oder einem Schüler helfen enorm. Auch sie sind dann Teil der Bewältigung der Pandemie. Da wir für dieses Programm wahrscheinlich nicht genug Menschen finden werden, können auch private Nachhilfeeinrichtungen einbezogen werden. Das Land hat auch den Vertretungsfonds um mehrere Millionen Euro aufgestockt und wird das für das kommende Schuljahr wieder tun.

Aber die fachlichen Lernrückstände sind nicht das Hauptproblem, viel größer ist die Aufgabe, die Schülerinnen und Schüler in ihrer sozialen und persönlichen Entwicklung zu stärken. Viele Stunden am Laptop, wenig Bewegung, kein regelmäßiger Tagesablauf oder Probleme in der Familie hinterlassen deutliche Spuren. Lehrkräfte berichten zum Beispiel, dass sie nachts E-Mails von ihren Schülerinnen und Schülern bekommen. Da ist die Konzentrationsfähigkeit am nächsten Morgen natürlich nicht so toll.

Auch für diesen Bereich gibt es im Aufholprogramm viele gute Bausteine, zum Beispiel Camps in den Ferien mit verschiedenen Angeboten oder

(Ines Strehlau)

auch Aktionen im Ganztage. Wir können aus dem Programm auch zusätzliche FSJ-Stellen finanzieren. Auch die Schulassistenten kann mit Landesmitteln weiter aufgestockt werden. Sie beide sind weitere gute Parts in den multiprofessionellen Teams an Schulen.

Bei all den Maßnahmen ist es wichtig, dass diejenigen Schülerinnen und Schüler gezielt erreicht werden, die Hilfestellung brauchen. Die Lehrkräfte wissen am besten, für welche Kinder und Jugendlichen jetzt am dringendsten Unterstützung notwendig ist. Deshalb ist es richtig, dass die Lehrkräfte den Kindern Angebote empfehlen. Im Fokus müssen auch die DaZ-Schülerinnen und -Schüler stehen, für die das gemeinsame Lernen in Präsenz besonders wichtig ist.

Fazit: Schulsozialarbeit ist wichtig, wir werden sie stärken. Wir brauchen aber ein ganzheitliches Paket mit vielen weiteren Elementen. Dieser ganzheitliche Ansatz ist auch für uns Grüne immens wichtig. Die Mittel aus dem „Aktionsprogramm Aufholen“ vom Bund helfen uns sehr. Wir packen noch Landesmittel drauf, um die Unterstützung zu verstärken und sie breiter aufzustellen. Wir werden da ein ordentliches Paket schnüren. Ich bin mir sicher, dass dieses Paket den Schülerinnen und Schülern deutlich hilft, die Coronazeit gut aufzuarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Beschreibung des Kollegen Habersaat heute Morgen war mehr als destruktiv. Ich möchte mit Optimismus und Zuversicht darangehen, aber ohne den Blick für die Realitäten zu verlieren.

Durch fallende Infektionszahlen und fortschreitende Impfungen kommen wir langsam, aber sicher in einen Bereich, wo Schülerinnen und Schüler wieder Präsenzunterricht in der Schule erhalten können. Dass es im Moment ein wenig Verwirrung bei den Bekanntgaben gibt, zeigen mir die Anfragen, die ich gerade erhalte; da muss vom Bildungsministerium vielleicht noch einmal eine zusammenfassende Klarstellung verschickt werden.

Meine Damen und Herren, das heißt aber nicht, dass wir nun einfach auf einen Regelbetrieb zusteuern. Masken, Tests und Impfungen werden uns im Schulbetrieb auch im nächsten Jahr noch begleiten. Schülerinnen und Schüler werden weiterhin mit Hygieneregeln konfrontiert sein.

Daher ist es wichtig, dass wir heute klären, wie wir mit den Folgen des letzten Jahres umgehen, wie wir weitere Folgen vermeiden können. Auch wenn wir heute noch nicht genau wissen, wie sich Lernrückstände konkret auswirken oder Entwicklungsverzögerungen der Schülerinnen und Schüler am Ende der Pandemie festgestellt werden, weisen Untersuchungen bereits heute darauf hin, dass es gravierende Auswirkungen über alle Jahrgänge geben wird.

Insofern ist es begrüßenswert, wenn der Bund mit seinem „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ 2 Milliarden € bereitstellt, damit wir in den Ländern unterstützende Maßnahmen ergreifen können. Aber ich sage auch deutlich: Mit einmalig 200 € pro Kind wird es nicht sehr viel geben können.

(Beifall FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ich erwarte, dass der Bund hier seiner Verantwortung gerecht wird und auch mittelfristig weitere Mittel zur Verfügung stellt. Ich appelliere auch an die Ministerin, dass sie sich mit ihrem Einfluss dort einsetzt und dass auch Sie, liebe Kolleginnen von der SPD, Ihre Chancen nutzen, auf Ihre Parteifreundin und ehemalige Ministerin Britta Ernst in ihrer jetzigen Funktion Einfluss zu nehmen, denn sie ist ja schließlich mit dem Finanzminister im Bund verheiratet.

(Beifall Kay Richert [FDP] - Zurufe SPD)

- Was ist das denn für eine Empörung? Nutzen Sie doch einfach die guten Kontakte, die Sie haben! Das finde ich jetzt ja spannend.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD] - Weitere Zurufe)

Würden Sie für Ruhe sorgen, auch wenn es Ihre Kollegen sind?

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Nein, das hat damit nichts zu tun.

Anita Klahn [FDP]:

Ich weiß, Sie machen das neutral.

(Glocke Präsidentin)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Jetzt hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Vielen Dank.

(Beate Raudies [SPD]: Was für ein modernes Familienbild! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist amateurhaft!)

Die sogenannte Lernmilliarde muss mit Landesmitteln kofinanziert werden. Die Sozialmilliarde Gott sei Dank nur bedingt, denn das Ganze wird leider ein finanzieller Kraftakt für Schleswig-Holstein. Aber wir übernehmen diese Aufgabe, denn wir können damit zu den zusätzlich bereits laufenden Maßnahmen wie den Vertretungsfonds, den Lernchancen.SH-Programm, zusätzlichen Planstellen und Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte zum Aufbau von digital unterstützten Unterrichtsangeboten nun noch eine Reihe von weiteren Maßnahmen hinzufügen.

Und wir wollen zügig einen Aufholprozess in Gang setzen, damit die Schülerinnen und Schüler die fachlichen Lücken schließen können und gleichzeitig bei sozial-emotionalen Belastungen wirksame Unterstützung erfahren.

Aus liberaler Sicht müssen diese Maßnahmen natürlich so konzipiert sein, dass individuelle Lösungen möglich sind und dass Fördern und Fordern gleichermaßen im Fokus stehen.

(Beifall FDP)

Auch wenn wir grundsätzlich der Meinung sind, dass es Aufgabe der Schule mit den Lehrkräften ist, Sorge dafür zu tragen, dass jedes Kind sein individuelles Lernziel erreicht, so sehen und erkennen wir doch die Belastungsgrenzen von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften in der Pandemie ausdrücklich an. Weitere FSJ-Stellen können zu einer Entlastung beitragen. Aber wichtig ist eben auch, die Möglichkeiten externer Anbieter für Nachhilfeangebote und weitere Angebote in Freizeitbereichen einkaufen zu können.

Die SPD fordert mit dem vorliegenden Antrag einen Pakt für Schulsozialarbeit. Ich will nicht verhehlen, dass ich dafür durchaus Sympathie habe. Aber bevor wir die Schulsozialarbeit ausweiten, müssen wir definieren, was wir von Schulsozialarbeit erwarten. Wir brauchen mittelfristig ein fachliches Profil, was Schulsozialarbeit leisten und was sie in Abgrenzung zu anderen Systemen nicht leisten soll. Erst dann können wir in einem zweiten

Schritt über personelle, sächliche und räumliche Ressourcen entscheiden und gute Schulsozialarbeit für unsere Schulen bereitstellen.

(Beifall FDP - Zurufe Birte Pauls [SPD] und Beate Raudies [SPD])

Als Freie Demokratin bin ich der Meinung, dass alle Beteiligten und Betroffenen es verdient haben - unabhängig von Corona -, dass wir die Schulsozialarbeit ein Stück professionalisieren und wertschätzen und damit dann auch die Finanzierungsverantwortung klarer gestalten. Ich freue mich, dass von den Koalitionspartnern an dieser Stelle hier und heute auch dazu ein Bekenntnis abgegeben wurde.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Anita Klahn [FDP]:

Ja, ich nutze jetzt die Empörung der Kollegen.

(Zuruf Bernd Heinemann [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Kommen Sie bitte jetzt zum letzten Satz.

Anita Klahn [FDP]:

Wenn ich darf, formuliere ich den letzten Satz: Wir formulieren diese Ansprüche in unserem Alternativenantrag und bitten um Ihre Zustimmung, den SPD-Antrag werden wir leider ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte eigentlich gedacht, ich müsste Ihnen die Situation von Kindern und Jugendlichen nicht erklären, aber ich glaube, ich muss sie erklären,

(Beifall SSW und vereinzelt FDP)

denn sie befinden sich neben den psychischen Anstrengungen, die eine Pandemie an sich schon mit

(Jette Waldinger-Thiering)

sich bringt, seit Monaten im Wechsel zwischen Präsenz-, Hybrid- und Distanzunterricht. Was Struktur gibt, nämlich der sichere Schulalltag, ist ihnen weggebrochen. Sie konnten monatelang ihre Freundinnen und Freunde nicht treffen und haben ein Jahr lang in Angst gelebt, unbemerkt ältere oder vorerkrankte Familienmitglieder anzustecken. Das macht etwas mit einem.

Dazu kommen die Diskussionen, die lange über sie und ihre Zukunft geführt werden. Wer vor Corona keine Zukunftsängste hatte, der hat sie vermutlich jetzt. Es wird in den nächsten Jahren darum gehen, das aufzufangen, was durch die Krise des letzten Jahres eingebrochen ist. An keiner einzigen Schülerin und keinem einzigen Schüler geht ein Jahr wie das zurückliegende spurlos vorbei. Wir werden erst in den nächsten Jahren wirklich merken, an wie vielen Stellen Schulen ihrer Funktion nicht gerecht werden konnten. Da denke ich nicht nur ans Lesenlernen, ans Kopfrechnen, an die ersten Referate, Hausarbeiten und Praktika. Ich denke auch an Persönlichkeitsentwicklung, Eigenständigkeit und psychische Gesundheit. Schule ist so viel mehr, als fachliche Inhalte zu vermitteln.

Wenn wir gesellschaftlich irgendwie ausgleichen wollen, was unsere Kinder und Jugendlichen im letzten Jahr erlebt haben, müssen wir jetzt mutige Schritte gehen und da investieren, wo unsere Zukunft liegt. Das sind unsere Schülerinnen und Schüler. Dabei ist eben auch klar, dass unsere Lehrkräfte kaum noch Kapazitäten haben, zu reagieren oder es überhaupt mitzubekommen, wenn zu Hause etwas passiert, wo man hätte eingreifen müssen.

Für diese Fälle brauchen wir jetzt umso mehr unsere multiprofessionellen Teams, die wissen, was zu tun ist. Hier sind wir beim Thema unseres Antrags: Die Schulsozialarbeit setzt ganz genau hier an, an der Erfüllung des pädagogischen Auftrags von Schule. Wir fordern daher die Landesregierung auf, gemeinsam mit dem Bund und den Kreisen und Kommunen für Zuverlässigkeit zu sorgen. Wir brauchen einen Pakt für mehr Schulsozialarbeit, die über das hinausgeht, was wir im Land jetzt schon haben. Es muss jetzt darum gehen, dass alle Ebenen die Notwendigkeit und den Bedarf erkennen und gemeinsam dafür Sorge tragen, dass ausreichend finanzielle Mittel bereitstehen. Natürlich müssen sich auch die Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen. Die Schulträger müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Gerade deswegen fordern wir auch den gemeinsamen Dialog.

Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter erfüllen für Kinder und Jugendliche wichtige Funktionen neben

dem inhaltlichen Lernen in Schulen. Sie sind Kontakt- und Vertrauensperson fernab der Familie. Sie sorgen dafür, dass die Rückzugsorte der Schülerinnen und Schüler neben der Schule und dem eigenen Zuhause wie Jugendzentren und Bibliotheken auch sichere Räume sind. Es reicht ja nicht aus, einfach einen Ort bereitzustellen. Es braucht auch schon pädagogische Betreuung.

Wir haben als Küstenkoalition die Schulsozialarbeit enorm gestärkt. 2015 haben wir uns dazu entschieden, als Land den Bundesanteil zu übernehmen und den Kreisen und kreisfreien Städten aus FAG-Mitteln jährlich 13,2 Millionen € zweckgebunden für die Schulsozialarbeit bereitzustellen. Dazu kommen die 4,6 Millionen €, die schon seit 2011 als Mittel für Maßnahmen der Schulsozialarbeit jährlich gewährt werden. Also haben wir - die Zahl haben Sie schon gehört - 18 Millionen € die den Status quo absichern. Das ist eigentlich schon recht gut.

(Beifall Tobias von der Heide [CDU])

Aber jetzt kommen die Auswirkungen der Pandemie dazu. Da ist eben auch klar, dass diese Mittel nicht mehr ausreichen werden, dass das, wofür wir als Küstenkoalition den Weg bereitet haben, nun von Jamaika ausgebaut werden muss. Das Land muss mehr stemmen, und wir als SSW sind gemeinsam mit der SPD dazu bereit.

Lassen Sie mich eines sagen: Für die Schulassistenten, die Jamaika fördern will, haben wir keine vernünftige Stellenbeschreibung, keine vernünftige Ausbildung. Zum Teil sind die meisten Stellen der Schulassistenten noch nicht einmal in Landeshand.

(Tobias von der Heide [CDU]: Weil die Küstenkoalition das - -)

- Nein.

(Tobias von der Heide [CDU]: Warum?)

- Warum? - Weil wir nicht die finanziellen Mittel hatten, um tatsächlich alle- -

(Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

Aber wenn Jamaika das jetzt machen will, dann ist das ein Teil der multiprofessionellen Teams.

(Tobias von der Heide [CDU]: Dann hätten Sie das auch machen können!)

- Nein, wir hätten das nicht machen können. Insofern wäre es gut gewesen - -

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Genau. So ist es, vielen Dank, Kai. Wir hatten viele Gespräche dazu.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete!

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Meine Zeit ist vorüber. - Ich finde es schade, dass Jamaika unseren Antrag so abbügelt.

(Anita Klahn [FDP]: Wir bügeln den nicht ab!)

- Doch, Anita, du hast uns gerade voll abgebügelt.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist ein Paradebeispiel dafür, was sich in diesem Landtag seit Monaten wiederholt. Da wird die Forderung nach mehr Unterstützung für Kinder und Jugendliche erhoben, und ausnahmslos jeder Redner betont dann, wie sehr besonders junge Leute beachtet werden müssten, wie sehr sie unter der Situation litten, dass wir die Kinder und Jugendlichen mehr in den Blick nehmen müssten, dass wir sie nicht alleinlassen dürften und so weiter und so weiter.

Aber leider gibt es keinen Überbietungswettbewerb, wenn es darum geht, die entsprechenden wirksamen Konsequenzen zu ziehen. Das Gegenteil ist der Fall. Vor vier Wochen - Sie erinnern sich - brachte Jamaika allen Ernstes den Vorschlag ein, dass Jugendlichen erlaubt werden sollte, sich einmal pro Woche untereinander in einer Gruppe austauschen zu können. Das war Ihr voller Ernst. Heute tut die SPD mit vollem Ernst so, als ob Kinder und Jugendlichen in der jetzigen Situation mehr Schulsozialarbeiter bräuchten.

In der Analyse der Situation sind wir uns immerhin einig. Das klang an. Wir kennen alle die COPSY-Studie, wir haben alle den Alarm der Experten in den Anhörungen gehört. Wenn wir hören - das klang gestern bei Frau von Kalben an -, dass es in den Kinderpsychiatrien im Moment so aussieht, dass eine Auswahl getroffen werden muss, dass nur noch die akut suizidgefährdeten jungen Menschen behandelt werden können, dann lässt das wohl keinen von uns kalt.

Dabei - und das müssen wir im Auge behalten - ist nicht das Virus das Problem, sondern die Angst und

der Druck, mit der diese Generation seit nunmehr einem Jahr belastet wird. Für Kinder ist ein Jahr ein viel, viel längerer Zeitraum als für uns Erwachsene.

Begründet wurden die Einschränkungen seinerzeit damit, dass Kinder und Jugendliche, für die Corona selbst Gott sei Dank nur in absoluten Ausnahmefällen kritisch werden kann, solidarisch mit der Großelterngeneration sein sollten. Nun: Die Großelterngeneration ist geimpft. Warum werden die Maßnahmen nicht endlich aufgehoben? Warum wird stattdessen so getan, als ob Sozialpädagogik, Lernsommer, Nachhilfe und Gesprächsrunden helfen könnten?

Tatsächlich kann die Botschaft nur lauten: Gebt der Jugend ihren Schulalltag zurück! Wie das verantwortungsvoll zu realisieren ist, habe ich gestern hier beschrieben. Gebt den Kindern ihre Sportvereine zurück! Aber tut das nicht nur so halb, wie jetzt beispielsweise beim Fußball. Da darf einzeln trainiert werden, aber gespielt werden darf noch immer nicht. Gebt den Jugendlichen ihre Freizeittreffs und ihre Diskotheken wieder - aber bitte ohne Abstands- und Maskenpflicht! Denn es geht naturgemäß darum, dass man sich einander annähert.

Nur die Rückkehr zur Normalität kann Kindern und Jugendlichen die Angst und den Druck nehmen. Wer das nicht einsehen will, der handelt grob fahrlässig.

Es wird also Zeit, endlich wieder einmal ein deutliches Zeichen zu setzen, gerade vor dem Hintergrund der heutigen „BILD“-Schlagzeile „KEINE Garantie für Schule nach den Sommerferien - Alle 16 Bundesländer lassen unsere Kinder im Stich“.

Schüler, junge Leute und Kinder brauchen nicht mehr Sozialarbeit, sondern sie brauchen eine wirklich verlässliche Perspektive. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir waren schon einmal weiter. Da wünscht sich die Koalition, heute erst einmal zu klären, wofür Schulsozialarbeit eigentlich gut ist und was die machen soll. 2012 konnte Ekkehard Klug das sehr gut darstellen, wofür Schulsozialarbeit gut ist und was sie machen soll. Das war eine

(Martin Habersaat)

der wenigen Maßnahmen dieses Bildungsministers, die von mir uneingeschränkt unterstützt worden ist,

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

als er damals in die Landesfinanzierung der Schulsozialarbeit eingestiegen ist.

(Anita Klahn [FDP]: In Abgrenzung zu anderen an der Schule Tätigen!)

2015 hat dann die Küstenkoalition einen weiteren großen Schritt geschafft. Die Jüngeren können das vielleicht nicht wissen, aber ich bin mir sicher, bei Frau Heinold oder Herrn Koch kann man sich darüber informieren, was es mit dem Stellenabbaupfad auf sich hatte, gegen den man gewissermaßen „anregieren“ musste und der mit dem Bund vertraglich vereinbart war.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit 2015 ist jedenfalls nichts passiert. Das mag angegangen sein, bevor wir Corona hatten, aber jetzt geht das nicht mehr an.

(Beifall SPD und SSW)

Auch beim Familienbild waren wir schon einmal weiter,

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Aber nicht alle!)

aber das kann ich aus Zeitgründen hier jetzt nicht vertiefen.

Jetzt sagen Sie, unsere Idee, ein Pakt für Schulsozialarbeit, sei ja an sich gut, aber Sie könnten dem nicht zustimmen, weil Sie nicht wüssten, was die Schulsozialarbeit machen sollte.

(Anita Klahn [FDP]: Quatsch!)

Das kann ich aus den genannten Gründen nicht nachvollziehen. Sie sagen weiter, dass man das alles auch viel breiter sehen müsse, weil das viel mehr sei.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Schulassistent: Wenn Schulassistent so ein wichtiges Thema ist - und ich fand schon immer, dass das ein wichtiges Thema ist -:

(Beifall SPD und SSW)

Warum haben Sie das drei Jahre lang verschleppt und ausgesessen, also nichts getan, um das voranzubringen, gar nichts?

(Beifall SPD und SSW - Zurufe FDP)

Sie haben ein Gutachten für Hunderttausende von Euro in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten modert

vor sich hin, ohne dass Sie daraus Konsequenzen ziehen, meine Damen und Herren. Machen Sie doch einmal!

(Beifall SPD und SSW)

Sie wollen die Kooperation von Schule und Jugendhilfe ausbauen. Das finde ich super. Mit welchen Ressourcen soll das denn wer machen? Sagen Sie das doch einmal, meine Damen und Herren! Sagen Sie doch einmal, wer das machen soll?

(Anita Klahn [FDP]: Haben Sie denn eine Lösung? - Zurufe SPD)

Zum Thema „Wir waren schon mal weiter“: Ja, wir sind uns offenbar darin einig, dass multiprofessionelle Teams an den Schulen die Zukunft sind. Aber wenn Sie in Ihren Antrag gucken, dann ist die einzige konkrete Maßnahme für multiprofessionelle Teams die Ausweitung von FSJ-Stellen. Inwieweit ist denn FSJ eine Profession, meine Damen und Herren? Vielleicht müssen wir an der Stelle auch noch einmal ansetzen, was die Frage angeht, wer mit welcher Ausbildung an unseren Schulen tätig ist.

Was Sie heute geliefert haben, war Regierungsrhetorik, Wegwischerei, ein Sich-nicht-den-Problemen-Stellen und schlicht und ergreifend zu wenig. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schon sehr vermessen, was Sie hier machen, Herr Habersaat.

(Widerspruch SPD)

Sie stellen hier einen Antrag, in dem Sie sagen, wir wollen einen Pakt für Schulsozialarbeit, in dem Sie aber gar nicht genau beschreiben, was das eigentlich ist.

(Lachen und Zurufe SPD)

- Ja, es ist überhaupt nicht richtig zu erkennen, was Sie meinen. Sie meinen, Land, Bund, Kommunen sollen irgendetwas machen. Wir als Koalition dagegen stellen dar, was an konkreten Maßnahmen und umfassenden Paketen in dem Bereich stattfindet. Dann fangen Sie an, ein bisschen an irgendwelchen Einzelpunkten rumzunörgeln.

(Tobias von der Heide)

(Lachen SPD)

Das ist doch keine Oppositionspolitik. Dann müssen Sie konkret sagen, wie Sie sich das in den kommenden Monaten vorstellen, insbesondere auch nach Corona.

(Zurufe SPD)

Wir tun das. Wir haben gesagt: Okay, es gibt die 18 Millionen € die wir in die Schulsozialarbeit investieren. Das ist viel Geld. Das ist auch anerkannt worden. Jette Waldinger-Thiering hat das eben gesagt.

Wir haben die Coronazeit, die schwierig ist. Sie sagen: Schulsozialarbeit ist die einzige Maßnahme, die wir machen müssen; darum müssen wir uns kümmern. Wir sagen: Das Spektrum muss sehr viel breiter sein, indem wir Angebote für die Sommerferien machen, den Vertretungsfonds einsetzen, wo es um Schulasistenz und Ähnliches geht, indem wir FSJ an Schulen machen und indem wir uns selbstverständlich auch anschauen, wie wir das Thema Ganztag erweitern können.

(Zurufe SPD)

Ich habe vorhin auch noch das Beispiel gebracht, Kinder, die in psychisch schwierigen Situationen sind, ebenfalls professionell zu unterstützen.

Das ist doch ein riesiges Paket. Da können Sie sich hier doch nicht hinstellen und sagen, die Koalition mache sich über solche Themen gar keine Gedanken!

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dafür ist Ihr Antrag am Ende zu dünn.

(Zurufe SPD)

Ein Zweites soll an dieser Stelle auch noch gesagt werden. Unser Antrag ist auch gar nicht so kurz-sichtig und guckt nur auf Corona, sondern auch wir sagen, hier müssten wir über eine Perspektive nachdenken und uns fragen: Was passiert eigentlich nach Corona? Eine Bestandsaufnahme, die Sie lächerlich machen, macht doch Sinn, weil in den letzten Jahren, auch in den Jahren, die Sie erwähnt haben, sehr viel passiert ist, um vonseiten des Landes mit den Kommunen darüber zu reden, wie die gegenwärtige Situation bei der Schulsozialarbeit ist. Im Anschluss daran wollen wir uns überlegen, wie wir mit diesem Thema in der Zukunft umgehen. Dass es sich hier um ein wichtiges Thema handelt, das haben alle anerkannt.

Ich glaube auch, dass das Thema Ganztag mit dem Bund in den nächsten Monaten zu diskutieren sein wird. Darauf geht unser Antrag deutlicher ein als Ihrer, weil er sich eben auch mit der Frage beschäftigt, was eigentlich nach Corona mit dem Thema Schulsozialarbeit und vielen anderen Elementen passiert.

Ich muss sagen: Ihre Empörung ist gespielt; sie ist Oppositionsrhetorik.

(Lachen SPD und SSW - Beifall FDP)

Am Ende müssen Sie einen Antrag stellen, der ein wenig mehr Substanz hat, wenn Sie an dieser Diskussion anständig teilnehmen wollen. - Danke.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Daneben müssen wir auch darüber sprechen, wie schulische Assistenz und Schulsozialarbeit in den Schulen gestärkt werden kann. Auch hier gibt es durch die Pandemie erhöhte Bedarfe.“

- So sprach der Kollege von der Heide in seiner Pressemitteilung - lang, lang ist es her - vom 5. Mai.

Jetzt schaue ich einmal in Ihren Alternativantrag, was denn von diesen Sätzen übrig geblieben ist. - Sie gucken so komisch; aber ich habe Sie genau zitiert. Nun schauen wir einmal, was davon übrig geblieben ist. Übrig geblieben ist nichts, gar nichts an konkreten Maßnahmen. Wann sollen denn die entsprechenden Schäden, die die Pandemie natürlich ausgelöst hat, behoben werden und wie?

Zum Thema „zu wenig“ darf ich sagen: Unser Alternativantrag ist nicht zu wenig.

Und, Frau Klahn, falls Sie es noch immer nicht kapiert haben sollten: Sie haben die Mehrheit. Sie haben auch die Mehrheit, solche Anträge abzulehnen. Uns hier erzählen zu wollen, wir hätten etwas tun müssen, ist Chuzpe, ehrlich gesagt. Das ärgert mich langsam auch; denn immer dann, wenn Sie nicht mehr weiterwissen, wenn Sie die Opposition an einem heiklen Punkt getroffen hat, sagen Sie, die Opposition müsse nachlegen und dieses und jenes tun.

(Dr. Kai Dolgner)

Wo bleibt das Konzept? Sie haben einen kompletten Regierungsapparat. Wir haben etwas gemacht.

Zur Wahrheit gehört übrigens auch, dass FDP und CDU damals die Erhöhung der Mittel abgelehnt haben.

(Beifall SPD und SSW)

Sie haben die 15 Millionen € die wir beantragt hatten, abgelehnt,

(Beifall SPD und SSW)

weil Sie behauptet haben, wir würden den Kommunen im FAG nicht nur die Mittel nicht geben, sondern sie auch noch mit Aufgaben belasten. Das lag daran, dass sich der Bund damals aus der Finanzierung zurückgezogen hatte. Wir dagegen haben gesagt: Das kann nicht sein, wir geben das Geld für die Erhöhung der Schulsozialarbeit. So wird ein Schuh daraus. Das ist ein Vielfaches von dem, was Herr Klug bereitgestellt hatte.

Ich habe damals übrigens persönlich dafür gesorgt, dass die Kommunen das verteilen können, damit das in dem Bereich keine Stellen des Landes werden. Ich war als kommunalpolitischer Sprecher der Überzeugung, dass die Kommunen vor Ort zusammen mit den Trägern am besten wissen, welche Konzepte sie brauchen. Die definieren im Übrigen auch mit, was vor Ort gemacht wird. Dazu gehört auch, dass Schulsozialarbeit flexibel reagieren kann.

Natürlich braucht es dafür auch eine entsprechend fachliche Aufsicht - das weiß ich sogar als Kommunalpolitiker und nicht nur als Schulpolitiker -, damit Schulsozialarbeit auch präventiv tätig werden kann und nicht nur interventionistisch nach dem Motto: Da gibt es ein Kind mit Problemen im Schulunterricht; holt einen Sozialpädagogen und nimmt das Kind da raus, damit ich meinen Schulunterricht weitermachen kann.

So etwas habe ich gerade von konservativer Seite häufiger gehört. Insofern besteht auch Aufklärungsbedarf, was überhaupt Schulsozialarbeit ist. Dieser Aufklärungsbedarf besteht aber nicht bei uns.

(Beifall SPD und SSW)

Man muss wirklich schon sehr taub sein, um die Alarmglocken jetzt zu überhören, was denn wohl passieren wird, wenn man wieder an die Menschen in den Quartieren rankommt. Deshalb habe ich schon vor über einem Jahr im Kreis Rendsburg-Eckernförde gefordert, dass auch Kitas Sozialarbeit brauchen, weil wir auch dort sonst nicht an die Eltern rankommen. Den Bedarf dafür hatten wir vor-

her schon, und der wird sich nicht vermindert haben.

Mir ist es auch vollkommen egal, über welche Parteigrenzen hinweg diese Forderung besteht. Das ist von Jamaika doch abgebügelt worden. Ihr müsst also noch einmal darüber nachdenken - ihr denkt jetzt seit über einem Jahr darüber nach!

(Lebhafter Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf den Antragstext verweisen. Das ist meine Kritik, liebe SPD.

Sie fordern: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, gegenüber dem Bund sowie den Kreisen und Kommunen eine Initiative zu starten“, dass im Rahmen der Schulsozialarbeit mehr gemacht wird. Wo sehen Sie denn die Verantwortung des Landes? Davon ist in Ihrem Antrag 0,0 enthalten. Und das ist mein Ärger. Sie ignorieren die Resolution der Kreise, dass diese Klarheit darüber haben wollen, wie die Schulsozialarbeit in Zukunft aussieht.

In den letzten acht bis zehn Jahren ist bereits viel passiert. Ich habe deutlich gesagt: Es geht um die Abgrenzung der Schulsozialarbeit zu anderen Hilfesystemen. Das wird sehr unterschiedlich gehandhabt.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wofür haben wir denn einen Bildungsminister?)

- Ihr Beitrag, Herr Dr. Dolgner, hat deutlich gemacht, wie notwendig es ist - mehr denn je -, dass wir das ganz klar definieren und die Verantwortung und Zuständigkeiten hier klarstellen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann nicht verhehlen, dass ich nach aufmerksamem Lauschen der Debatte das Gefühl habe, dass hier

(Eka von Kalben)

gerade etwas hochgeschaukelt wird, eine Empörungsrhetorik, die überhaupt keine Substanz hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Es mag sein, dass wir so etwas gestern auch schon hatten. Es ist aber, wie ich finde, der Sache überhaupt nicht dienlich.

Ich merke, es wäre vermutlich schlauer gewesen, wenn wir zu Beginn der Debatte einen Bericht der Landesregierung hätten hören können, um noch einmal erläutert zu bekommen, wie eigentlich der Sachstand ist.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Ja, aber ein Berichts Antrag, liebe Frau Midyatli, wird normalerweise nicht gegen einen Sachantrag gestellt. Das ist ein parlamentarisches Verfahren, das wir hier so praktizieren. Genau deswegen haben wir das auch nicht gemacht.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich möchte meinen Satz zu Ende bringen, Herr Dolgner.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Aus gutem Grund!)

Uns liegen auch schon aus der letzten Tagung viele Anträge vor, in denen wir sehr wohl auf das riesige Problem für Kinder und Jugendliche an den Schulen hingewiesen haben. Also zu sagen, wir seien insoweit blind und man müsste uns Schulsozialarbeit, Schule oder irgendetwas erklären, ist aus meiner Sicht total absurd.

Auf der anderen Seite müssen wir feststellen, dass uns vom Bund ein Bildungs- und Sozialpaket vorliegt, in dem sich offensichtlich ständig alle Vorgaben ändern, sodass es überhaupt keine Klarheit darüber gibt, wie das im Land umgesetzt werden kann.

Dazu gehört auch, dass es auch seitens des Landes eine vernünftige und große Gegenfinanzierung geben wird. Dank der durch Sie, liebe SPD und lieber SSW, unterstützten Bereitstellung der Notkredite werden wir diese Bundesmittel somit erheblich unterstützen. Das wird dann zu einem richtig guten Paket für Kinder und Jugendliche in der Schule und auch außerhalb der Schule führen. Ich bin mir sehr

sicher, dass wir insoweit etwas richtig Großes auf den Weg bringen werden.

Alles andere, was hier gesagt worden ist, ist nur eine große Verunsicherung von denen, die es nachher ausführen müssen, nämlich die Verbände, die Schulen und die Kitas. Es wird richtig viel Geld in den Bereich kommen. Ich teile die Auffassung: Dies muss so schnell wie möglich passieren. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Eka von Kalben, Sie haben die Empörungsrhetorik und das Empörungspotenzial dieses Themas kritisiert und das, was uns so zur Empörung treibt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, ich kann Ihnen das sagen: Uns treibt der Umgang von Ihnen mit diesem Thema um. Wir finden es empörend, wie Sie das hier wegschwurbeln und wegreden. Und zu dem, was die Kollegin Klahn gesagt hat: Das steht hier und ist in der Welt nach dem Motto: Wir brauchen erst einmal einen Rahmen, weil keiner weiß, was Schulsozialarbeit macht. Du liebe Güte, in welchem Jahrhundert leben wir denn? Also, wir wissen das ganz genau!

(Beifall SPD und SSW)

Zum letzten Satz in Ihrem Antrag: Wir wollen „gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden einen gemeinsamen Orientierungsrahmen für die Schulsozialarbeit ... entwickeln“. Daran ist nichts verkehrt, damit hätten wir schon vor 15 Jahren anfangen können, das haben wir nicht. Jetzt haben sich Strukturen gebildet. Wenn Sie jetzt darangehen und das alles neu entwickeln und dabei so vorgehen wie bei der Kitareform, dann sage ich: herzlichen Glückwunsch! Wir alle freuen uns dann über ganz wenig Bürokratie bei der Verteilung der Mittel, bei der Abrechnung, bei den Stunden und bei den Stellenbeschreibungen.

(Zurufe - Glocke Präsidentin)

Dann wird alles besser in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

(Beate Raudies)

Das ist das Letzte, was die Schulen brauchen, was die Kinder in den Schulen brauchen, was die Lehrkräfte brauchen und all die multiprofessionellen Teams, von denen wir hier immer so gern reden.

Ich will einfach noch einmal sagen, was der Kollege Habersaat auch schon gesagt hat: Wir waren da tatsächlich weiter. Mit großer Freude zitiere ich aus der Pressemitteilung des Ministeriums für Bildung und Kultur vom 23. März 2012 - der Minister hieß damals Klug und kam von der FDP -, selbstverständlich mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin:

„Es wird ... deutlich mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an unseren Schulen geben“, sagte der Bildungsminister. Inhaltlich komme man so einen erheblichen Schritt weiter, die Schulsozialarbeit könne von der vorrangigen Krisenbewältigung zur wirkungsvollen Prävention kommen. Klug betonte, Schulsozialarbeit unterstütze nicht nur den schulischen Bildungsauftrag an besonders herausfordernden Schulstandorten, sie könne und solle drohenden schulischen Misserfolg schon im Vorfeld verhindern helfen.“

Was muss man da noch suchen an Aufgabenbeschreibungen und Orientierungsrahmen? - Da steht alles drin, orientieren Sie sich an Ihrem Kultur- und Bildungsminister, und Sie haben alles, was Sie brauchen! Kommen Sie endlich ins Arbeiten! Es gibt jetzt so viel Geld vom Bund. Fangen wir doch an, es auszugeben, nicht erst in zwei Jahren!

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten von der Heide?

Beate Raudies [SPD]:

Nein.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil die Frau Kollegin von Kalben die Zwischenfrage nicht zugelassen hat. Ich finde es bemerkenswert, dass Sie sagen, es wäre vielleicht besser gewesen, wenn es vorher einen Bericht der Ministerin gegeben hätte, in dem

sie erklärt, was Schulsozialarbeit ist. Wenn das ein Jahr vor der Landtagswahl der Stand der Dinge ist, dann muss ich sagen, das ist wirklich ein Armutszugnis sondergleichen. Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Beifall SPD)

Ich sage es noch einmal: ein Jahr vor der Landtagswahl. Wann wollen Sie denn eigentlich anfangen, das alles umzusetzen? Wir diskutieren in den ganzen Coronadebatten seit Monaten darüber, dass Kinder und Jugendliche mehr in den Fokus rücken müssen. Seit Monaten mahnen wir das an.

(Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

Wir sind diejenigen, die in der Bundesregierung dafür gesorgt haben, dass die Mittel kommen. Wir sind diejenigen, die dafür gesorgt haben, dass in die Presseerklärungen und in die Erklärungen des Landtags mit aufgenommen wurde, dass dies vom Landtag mitfinanziert wird. Das war unsere Bedingung dafür, das mitzumachen. Dann sagen Sie, wir täten zu wenig? - Sie tun gar nichts, das ist das Problem, das man hier feststellen muss.

(Beifall SPD und SSW)

Sie stellen sich hier hin und empören sich. Ich will Ihnen sagen: Die Regierung ist immer nur stark in der Abteilung Selbstlob. Sie loben sich ständig, aber dabei kommt nichts heraus. Für die Kinder und Jugendlichen jedenfalls kommt dabei überhaupt nichts heraus.

(Zurufe)

Man merkt das ja auch. Wenn Frau Klahn nichts Besseres einfällt, als zu sagen, die Bildungsministerin aus Brandenburg möge doch einmal mit ihrem Mann reden, dann sage ich noch einmal: Wir haben die Mittel doch in Berlin besorgt. Wo liegt denn da eigentlich der Punkt?

(Zuruf Anita Klahn [FDP] - Weitere Zurufe)

Wir wollen übrigens nichts gegen die Kommunen tun, sondern wir wollen das gemeinsam mit ihnen machen. Ich kann nur sagen: Ich wünsche dieser Debatte viele Zuhörer und Zuhörerinnen. Dann wissen die nämlich, wer sich hier für Kinder und Jugendliche einsetzt und wer das nicht tut. Wir tun das, Sie tun das nicht.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsident - - Landtagspräsidentin!

(Zurufe)

- Im nordischen Raum haben wir diese Endung nicht, aber: Schwamm drüber, das ist jetzt nicht das Thema. Das Thema ist Schulsozialarbeit. Anita Klahn hat gerade angesprochen, dass die einzelnen Kreise, Kommunen und Schulträger Resolutionen geschrieben haben. Mit Erlaubnis der Landtagspräsidentin zitiere ich einmal aus einem Beschlussvorschlag des Amtes Nordstormarn. Da steht drin, dass die Schulsozialarbeit ausgebaut werden muss, weil nämlich genau die Problematiken, die wir in unserem Antrag und auch in unseren gehaltenen Reden beschrieben haben, benannt werden. Sie sagen aber gleichzeitig, dass Sie eigentlich keine Lust mehr haben, den Umfang der Schulsozialarbeit, der jetzt gestiegen ist, allein zu tragen. Sie fordern das Land auf, mehr Geld dafür zu geben.

Wir können viel darüber sprechen, auch darüber, dass Eka von Kalben gesagt hat, die Ministerin hätte vor der Debatte einen Bericht halten können, um zu sagen: Was passiert da eigentlich? Das hätte man machen können, das wäre aber nicht unsere Aufgabe als Opposition gewesen. Ganz ehrlich, es nützt nichts, wenn die Schulträger an das Land herantreten und sagen: Wir brauchen jetzt Kontinuität. Wir sehen, dass die Schulsozialarbeit ausgedehnt werden muss. Dann kann Anita Klahn sich nicht hinstellen und sagen: Wir müssen erst einmal eine Bestandsaufnahme machen. Sie haben das alle in ihre Resolutionen reingeschrieben.

Ganz ehrlich, so geht keine gute Schulpolitik. So geht das auch nicht, wenn man sich gut um die Kinder kümmern will. Die sind nämlich unsere Zukunft. Besonders in diesen Coronazeiten zeigt sich durch ein Brennglas, wo unsere Herausforderungen sind. Diese müssen wir gemeinsam benötigen. Die Kinder sind unsere Zukunft.

Wenn Sie unseren Antrag einfach wegbügeln, ohne ihn an den Ausschuss zu überweisen, damit wir miteinander darüber diskutieren können, dann sage ich: Sorry, das finde ich ganz schön schwach.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat das Wort die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schleswig-Holstein hat mit dem besten Aufholprogramm, das man für Kinder und Jugendliche machen kann, bereits begonnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Denn das ideale Mittel, um Lernrückständen und psychosozialen Folgen der Pandemie entgegenzuwirken, ist möglichst viel Präsenzunterricht für möglichst viele Schülerinnen und Schüler.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Die soziale Begegnung im Klassenraum und die Wiederaufnahme des Unterrichts helfen unseren Kindern und Jugendlichen mehr als jedes andere Aufholprogramm. Ich bin deshalb froh und dankbar, dass Schleswig-Holstein Spitzenreiter bei der Pandemiebekämpfung ist und dass wir in der kommenden Woche nahezu alle Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 6 wieder im Präsenzunterricht beschulen können. Bei den Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 7 ist es nur noch in Kiel und im Herzogtum Lauenburg so, dass wir in den allgemeinbildenden Schulen im Wechselunterricht beschulen müssen. Bei der aktuellen Entwicklung des Infektionsgeschehens können wir hoffen, dass wir zum Ende der kommenden Woche alle Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen im ganz normalen Präsenzunterricht haben. Das ist die wirklich gute Nachricht des Tages.

(Beifall CDU)

Es ist übrigens erstaunlich, dass es andere Bundesländer gibt, auch SPD-regierte Bundesländer, die angekündigt haben, bis zu den Sommerferien nur Wechselunterricht durchzuführen.

Meine Damen und Herren, diese gute Nachricht verdanken wir übrigens der Tatsache, dass wir mit unseren konsequenten Schutzmaßnahmen und deren Einhaltung durch die Bevölkerung, durch Lehrer, durch Eltern und Schüler, durch den konsequenten Einstieg in das obligatorische Testen an un-

(Ministerin Karin Prien)

seren Schulen, sobald die Tests zur Verfügung standen, so miteinander vorangekommen sind.

Aber bei aller Freude über diese Entwicklung ist es völlig unbestritten - darüber besteht offensichtlich auch Einigkeit in diesem Haus -, dass die letzten Monate bei Kindern und Jugendlichen massive Spuren hinterlassen haben, und zwar nicht nur im kognitiven Bereich, sondern auch im Hinblick auf den psychosozialen Bereich, und dass dadurch erhebliche Unterstützungsbedarfe ausgelöst worden sind. Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie besonders gelitten.

Meine Damen und Herren, das haben wir als Landesregierung natürlich von Anfang an, seit März 2020, im Blick gehabt. Wir haben uns von Anfang an sowohl um die psychosozialen Belange als auch um die Lernrückstände der Schülerinnen und Schüler ganz besonders gekümmert. Wenn wir darüber sprechen, Lernrückstände aufzuholen, geht es ausdrücklich nicht nur um fachliche Kompetenzen, sondern auch um die überfachlichen Kompetenzen, also um soziale, personale und methodische Kompetenzen.

Die Entwicklungschancen der Schülerinnen und Schüler bei diesen Kompetenzen sind durch die Pandemie in Wahrheit sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dementsprechend wird Schule sehr differenziert und individuell damit umgehen müssen.

Die Landesregierung hat für den Abbau von Lernrückständen und die Unterstützung der Kompetenzentwicklung bereits mit dem „Lernsommer 2020“ zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Die Schulen hatten mit dem Beginn des Schuljahrs 2021 zusätzliche Mittel für Unterstützungspersonal, unter anderem für zusätzliche Schulassistenten, zur Verfügung.

Wir haben zum 1. Februar dieses Jahres das Programm „Lernchancen“ gestartet, damit Schülerinnen und Schüler mit zusätzlicher Unterstützung bereits während des laufenden zweiten Halbjahres ihre Abschlussprüfung und ihre Lernziele besser erreichen können und vorhandene Rückstände aufholen können. Immer geht es auch um überfachliche Kompetenzen.

In den Sommerferien - das haben wir der Öffentlichkeit und im Bildungsausschuss bereits vorgestellt - gibt es ein umfassendes Lernangebot, bei dem wir auf die Erfahrungen aus dem Lernsommer 2020 zurückgreifen. Es wird wieder Unterstützungsangebote in den Kernfächern geben, aber auch Unterstützungsangebote für die personalen und sozialen Kompetenzen, in den Bereichen Sport,

musikalische und kulturelle Bildung. Außerschulische Bildungsangebote werden hier explizit einbezogen.

Aber, meine Damen und Herren, die Aufarbeitung dieser Pandemie ist zu Recht auch ein nationaler Kraftakt. Deshalb begrüßt die Landesregierung das „Aktionsprogramm Aufholen“ des Bundes, und zwar ausdrücklich beide Säulen. Beide Säulen sind wichtig, und wir sind froh, dass nunmehr beide Programme auf den Weg gebracht wurden. Das hat eine ganze Weile gedauert, übrigens nicht bei der Lernmilliarde, sondern eher bei der sozialen Milliarde hat es ein bisschen zu lange gedauert.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Die Bund-Länder-Vereinbarung zu beiden Säulen des Programms liegt übrigens erst seit dem vergangenen Wochenende vor.

Meine Damen und Herren, die Initiative wird uns helfen; das ist auch von den Vertretern der Regierungsfractionen schon dargestellt worden. Wir werden in der Lage sein, trägerneutral und schulformunabhängig Unterstützungsprogramme umzusetzen, von denen alle Schülerinnen und Schüler, auch die der berufsbildenden Schulen, auch in den Bildungsgängen, die dort zu einem allgemeinbildenden Abschluss führen, profitieren werden.

In der ersten Säule des Aktionsprogramms werden wir mit rund 1 Milliarde € Nachhilfe- und Förderprogramme für Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland unterstützen können. Die weitere Milliarde ist dafür gedacht, die soziale Unterstützung für die psychosozialen Folgen der Krise für Kinder und Jugendliche abzufedern. Auch davon können unsere Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein, unter anderem über die Anbieter von Bildungsangeboten im Jugendhilfebereich, sehr gut profitieren, zum Beispiel durch zusätzliche kulturelle Bildungsangebote in den Ferien, durch die Ausweitung der Ganztagsbetreuung und von Betreuungsangeboten in den Ferien.

Auch dadurch werden die sozialen und persönlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gestärkt. Wir ermöglichen ihnen Begegnungen mit Gleichaltrigen und eröffnen ihnen Wege in Erfahrungswelten außerhalb der Familien.

Ja, es gibt weitere Mittel für die Verstärkung der Angebote der schulischen Sozialarbeit und für die Freiwilligendienstleistungen. Das ist auch gut so. Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, das zu erreichen.

(Ministerin Karin Prien)

(Beifall CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir können die Plätze der verschiedenen Angebote im Bereich des Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahres ausbauen - das haben wir in den letzten Jahren übrigens auch zusätzlich auf den Weg gebracht - und damit nicht nur zusätzlich junge Menschen zur Verstärkung des sozialen Miteinanders an die Schulen bringen, sondern den jungen Menschen auch ein Jahr der beruflichen Orientierung ermöglichen, um auch nach der Pandemie die richtigen Wege für den Berufseinstieg zu suchen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie warten darauf!)

- Es ist übrigens ein außerordentlich erfolgreiches Programm, das wir hier bereits im Bereich der Schulsozialarbeit machen.

Wir wollen diese Mittel nutzen, um die Schulsozialarbeit in ihrer schon vorhandenen Struktur bedarfsgerecht zu erweitern und die wichtige Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule zu stärken. Deshalb sind wir mit den Vertretern der kommunalen Landesverbände im Gespräch, um insbesondere durch Aufstockung von bestehenden Verträgen die etablierte Beziehungsarbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter zu erweitern.

Ich bin an dieser Stelle für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und für die guten Strukturen, die wir hier in unserem Land haben und die natürlich auch Sie mitgeholfen haben in der Küstenkoalition aufzubauen, außerordentlich dankbar, weil genau die uns geholfen haben, in der Krise eine gute Bewältigung zu ermöglichen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich muss jetzt auch sagen: Natürlich sind wir seit 2019 dabei, gemeinsam mit dem Sozialministerium und den kommunalen Landesverbänden diesen Prozess zur Erstellung einer Bestandsaufnahme zur Schulsozialarbeit im Land voranzubringen und einen Orientierungsrahmen zu erarbeiten. Frau Klahn hat natürlich recht: Selbstverständlich gibt es in jedem Kreis unterschiedliche Konzepte und Richtlinien zur Schulsozialarbeit. Es ist richtig, diese gemeinsam auszuwerten, um dann zu einem gemeinsamen Orientierungsrahmen zu kommen. Wir stehen mit dieser Auswertung kurz vor dem Abschluss. Insofern sind die Dinge auch hier auf einem guten Weg.

Ich bin zuversichtlich, meine Damen und Herren, dass wir in dieser Kontinuität der Zusammenarbeit und mit unserem „Lernchancen“-Programm, unserem „Lernsommer“-Programm und mit den zusätzlichen Bundes- und Landesmitteln es gut schaffen werden, in Schleswig-Holstein die psychosozialen Folgen dieser Krise für unsere Kinder und Jugendlichen zu bewältigen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Die Landesregierung hat die verabredete Redezeit um 4 Minuten und 20 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung. - Ich sehe, dass die SPD-Fraktion davon Gebrauch machen will. Das Wort hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das gibt mir die Möglichkeit, noch einmal kurz auf die Resolution einzugehen, die hier schon mehrfach angesprochen, aber noch nicht ausführlich gewürdigt wurde, wie ich finde.

Landauf, landab wird in den Kommunen derzeit eine Resolution beraten und vielfach beschlossen, die vor allem zwei Inhalte hat: Erstens. Gefordert wird aufgrund der Dinge, die wir hier auch besprochen haben, eine Ausweitung der Schulsozialarbeit. Zweitens steht darin, dass das Land die Kosten für die Schulsozialarbeit komplett übernehmen soll. Das steht in dieser Resolution.

Nun haben Sie mit uns aber eine verantwortungsvolle Opposition, die sich nicht etwa diese Resolution zu eigen macht, sondern die sagt: Wir brauchen einen Pakt, bei dem Bund, Land und Kommunen gemeinsam Lösungen finden. Aber Frau Klahn steht hier, wundert sich und fragt, was das Land damit zu tun haben soll und warum das Land zuständig sein soll.

Wir sagen: Ein Pakt beinhaltet, dass man etwas gemeinsam tut, dass es eine Verantwortungsgemeinschaft gibt. Das meint: Wir wollen kein Zuständigkeits-Pingpong, sondern jeder trägt dazu bei, dass es erfolgreich wird.

Frau Ministerin Prien, wir machen hier Politik für Schleswig-Holstein. Es ist immer gut, Ideen aus anderen Bundesländern zu übernehmen. Weniger gut finde ich es, andere Bundesländer als Ausrede zu benutzen.

(Martin Habersaat)

(Zuruf CDU: Das machen Sie doch!)

Wir haben einen dringenden Handlungsbedarf. Ich habe mich im ersten Redebeitrag darüber aufgeregt, dass Sie jetzt erst auf die Idee kommen, eine Bestandsaufnahme zu machen. Jetzt erfahre ich: An diesem Orientierungsrahmen wird schon seit zwei Jahren ergebnislos herumgedoktert.

Sie bitten also Ihre Regierung nicht, wie es in Ihrem Antrag steht, jetzt einen Orientierungsrahmen zu entwickeln, sondern eigentlich heißt das doch: Sie bitten Ihre Regierung, jetzt endlich zu Potte zu kommen und diesen Orientierungsrahmen, an dem seit zwei Jahren gearbeitet wird, auch einmal vorzulegen.

(Beifall SPD)

Das als Fazit einer solchen Debatte - da bleibe ich bei meinem ersten Fazit - ist einfach zu dünn und bringt uns überhaupt nicht vorwärts. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Wir haben eine Wortmeldung. Herr Koch: Dreiminutenbeitrag oder Restredezeit?

Tobias Koch [CDU]:

Restredezeit.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Restredezeit. - Dann hat das Wort für die CDU-Fraktion jetzt der Abgeordnete Tobias Koch für die Restredezeit von 4 Minuten und 20 Sekunden.

Tobias Koch [CDU]:

Geben Sie dann bitte noch einen Dreiminutenbeitrag?

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Darf ich eben zu Ende sprechen, Herr Koch?

(Zuruf SPD: Begleiten Sie uns ruhig noch eine Runde! - Anita Klahn [FDP]: Eine Bestandsanalyse! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Der Multiprofessionalität der CDU vielleicht!)

Ich möchte anregen, dass wir zunächst die Restredezeit der Fraktionen abarbeiten. - Gibt es noch weitere Beiträge für die Restredezeit der Fraktionen. - Das ist nicht der Fall, bis auf den Beitrag des Kollegen Koch. - Sie haben jetzt das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Jetzt sind wir aber gespannt auf die Inhalte, die Sie vortragen, nachdem Sie so viel der Form gewidmet haben!)

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, die 1 Minute wird nicht den großen Unterschied machen. Ich wollte nur einmal zum Ausdruck bringen, dass ich etwas erstaunt bin über den Debattenverlauf, den wir heute Morgen hier erlebt haben. Die SPD bringt ihren Antrag für den Pakt für mehr Schulsozialarbeit ein, der im Grunde erst einmal ein Gesprächskreis sein soll. Land, Kreise, Kommunen, Schule sollen miteinander sprechen - das ist Ihr Antrag. Das steht wörtlich so in dem Antrag. Wir sagen: Wir sprechen nicht mehr, wir gehen sofort in die Umsetzung. Wir machen das. Wir nehmen das Geld.

(Lachen und Zurufe SPD: Was? Wo denn?)

- Ja. Wir nehmen das Geld vom Bund. Das haben nicht Sie besorgt, das haben die zurückgetretene SPD-Bundesfamilienministerin und die noch im Amt befindliche CDU-Bundesbildungsministerin besorgt, die 2 Milliarden € Wir nehmen das Geld und setzen es für mehr Schulsozialarbeit ein. Wir machen aber noch viel mehr, als Schulsozialarbeit zu finanzieren - das hat der Kollege von der Heide sehr deutlich gemacht -, wir decken nämlich ein breites Themenspektrum ab. Das machen wir alles.

(Unruhe SPD)

Da brauchen wir keine Gespräche mehr zu führen, da gehen wir sofort in die Umsetzung. Da machen wir mehr, als Sie fordern.

Dann haben wir die Resolution der Kreise und der Schulträger. Ich bin dem Kollegen Habersaat sehr dankbar für die Positionierung der SPD. Denn was wir hier erleben, ist schon erstaunlich - dazu sollten wir schon Gemeinsamkeiten entwickeln -, dass jetzt Kommunen und Schulträger sagen: „Ja, wir erkennen den Bedarf und brauchen mehr Schulsozialarbeit“, und dann sagen: „Aber wir wollen das selber nicht mehr finanzieren, das soll bitte schön komplett das Land finanzieren“. - Deswegen bin ich Ihnen dankbar, Herr Kollege Habersaat: Das ist nicht die Position der SPD. Das ist nämlich sehr wohlfeil, was die Kommunen und die Schulträger machen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich sage nur Straßenausbaubeiträge - ganz dünnes Eis! - Weiterer Zuruf: Oha!)

(Tobias Koch)

- Jetzt habe ich Sie gerade einmal dafür gelobt, dass Sie hier als SPD eine vernünftige Position vertreten. Machen Sie nicht mit solchen Zwischenrufen alles gleich wieder kaputt!

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

An der Stelle sollten wir wirklich Gemeinsamkeiten entwickeln. Hier müssen wir schon sehen: Wir haben unterschiedliche Interessen zwischen Land und Kommunen. Der Wunsch der Kommunen, dass das Land alles bezahlen soll, ist rein finanziell verständlich. Aber die Lösung, die wir damals mit Ekkehard Klug in der CDU-FDP-Koalition formuliert haben, zu sagen: „Land, Kreise und Schulträger zu jeweils einem Drittel“, ist doch eine gute Regelung. Wenn jetzt die Kreise und die Schulträger sagen: „Das soll wirklich alles das Land finanzieren“, sollten wir uns gemeinsam dagegen verwahren.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das spricht überhaupt nicht dagegen, dass wir die Schulsozialarbeit ausbauen, aber bitte schön immer gemeinsam, statt dem Land den Schwarzen Peter zuzuschieben und zu sagen: Das soll jetzt alles das Land bezahlen. - Das ist keine Position, die wir unterstützen sollten.

(Zuruf SPD: Das ist doch unser Antrag!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Tobias Koch [CDU]:

Auch einem Kommunalpolitiker sei hier das Wort gegönnt, ja.

(Unruhe)

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Da bin ich froh, dass der Kommunalpolitik noch das Wort gegönnt ist. Allerdings dachte ich mir, ehrlich gesagt, als Sie von Zusammenarbeit gesprochen haben und davon, dass wir das zusammen entwickeln sollten - Sie wissen wahrscheinlich, dass ich dafür eigentlich immer zu haben bin -: Dann gehe ich davon aus, dass Sie zumindest der Ausschussüberweisung unseres Antrags die Zustimmung geben wollen.

Wie soll man denn sonst etwas zusammen entwickeln, wenn Sie die Ideen des einen einfach abbügeln? Man kann die Ideen erst einmal nicht gut finden, aber zusammen et-

was zu entwickeln, bedeutet auch, dass man zusammen daran sitzt und nicht einfach nur die Vorlage des einen immer akzeptieren muss.

Die konkrete Frage an Sie lautet: Wären Sie bereit, dass wir dieses Thema, das - offensichtlich für Sie überraschend - doch mehr Widerhall gefunden hat, als Sie einkalkuliert haben, vernünftig im Ausschuss besprechen? Das hindert die Regierung in keiner Weise daran, inzwischen schon so mit Verve voranzugehen, wie Sie es für sich in Anspruch genommen haben.

(Zuruf SPD: Ja, genau!)

- Herr Kollege Dr. Dolgner, das brauchen wir nicht zu tun. Das Gemeinsame haben wir bereits.

(Lachen SPD)

Wir haben die Regelung, dass wir möglichst mit Drittelanteilen - Land, Kreise und Schulträger - die Schulsozialarbeit finanzieren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie und Herr von der Heide gemeinsam!)

- Nein, nein, Herr Kollege Dr. Stegner.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Da waren wir nicht gemeint! Entschuldigung, das habe ich missverstanden!)

Es war schon damals die gemeinsame Absprache zwischen Land, Kommunen und Schulträgern, genau so zu verfahren. Diese Gemeinsamkeit gibt es bereits. Daran wollen wir nichts ändern. Ich habe die SPD so verstanden, dass auch Sie daran nichts ändern wollen. Dazu müssen wir uns nicht zusammensetzen.

Auch dass wir mehr machen wollen, wissen wir schon: Das sind die Bundesmillionen. Die werden wir mit eigenen Landesmillionen zusätzlich unterfüttern. Das ist das, was wir mit dem gestrigen Beschluss zum Notkredit gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Insofern bedarf es keiner weiteren Ausschussberatung.

Stimmen Sie vielleicht lieber unserem Antrag zu, der konkreter ist und das Ganze jetzt angeht. Dann hätten wir ein gutes Ergebnis. Alles andere ist wirklich Spiegelfechterei, die ich vonseiten der Opposition verstehen kann, die aber der Sache einfach nicht dient.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das war also nur Umarmungsrhetorik! Verzeihen Sie, dass ich sie ernst genommen habe! - Weiterer Zuruf:

(Tobias Koch)

Haben Sie sich nicht geknuddelt gefühlt? - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Erst will man mit uns gemeinsam etwas machen, und dann wird unser Antrag nicht überwiesen!

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Ich stelle fest, dass exakt 1 Minute und 20 Sekunden auf der Uhr stehen geblieben sind. Insofern wäre ich doch mit einem Dreiminutenbeitrag gekommen. - Vielen Dank, Frau Präsidentin, ich schließe hiermit meinen Beitrag.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Da kann man sich die warmen Worte eigentlich auch sparen! - Serpil Midyatli [SPD]: Ihr könnt jetzt übrigens klatschen!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Ist jetzt Ausschussüberweisung beantragt worden?

(Beate Raudies [SPD]: Ja, natürlich!)

- Also, es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2948 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/3032 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dann ist die Ausschussüberweisung mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2948, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Abgeordneten des SSW und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich lasse dann abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3032. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der Abgeordneten der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung, und wir treten in die Mittagspause ein. Ich

bitte Sie, im Plenarsaal zu bleiben, da Herr Prof. Dr. Danker den Abgeordneten die Ergebnisse der vom Landtag in Auftrag gegebenen Folgestudie zur geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive vorstellt. Die Präsentation wird rund 60 Minuten dauern. Ich danke Ihnen.

(Unterbrechung 11:59 Uhr bis 15:03 Uhr)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Ich begrüße auf der Tribüne Herrn Professor Dr. Danker, Frau Hoffmann, Frau Oertel, Frau Zeidler, Frau Lommer, Herrn Waitzmann, Frau Marx und Herrn Dr. Lotto-Kusche zu dieser Debatte. Schön, dass Sie da sind!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 62 auf:

Folgestudie: Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der Schleswig-Holsteinischen Legislative und Exekutive

Bericht

Drucksache 19/2953

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste hier bei uns im Plenarsaal! Heute können wir die Ergebnisse der fraktionsübergreifend in Auftrag gegebenen Folgestudie zur geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Schleswig-Holstein präsentieren. Gegenstand des Projektes in dieser Legislaturperiode war es, neben der Legislative auch die Landesverwaltung, die Justiz und die kommunale Ebene in den Blick zu nehmen.

Dafür, dass Sie, Herr Professor Dr. Danker und ihr gesamtes Team, uns heute trotz coronabedingter Einschränkungen die Ergebnisse präsentieren, möchte ich Ihnen allen meinen Dank, meinen Respekt und meine Anerkennung aussprechen.

(Beifall)

Ich möchte mich außerdem bei meinen Kollegen im begleitenden Beirat des Landtags und stellvertretend bei unserem Vorsitzenden Burkhard Peters für

(Barbara Ostmeier)

die gute Zusammenarbeit und die gute Leitung durch dieses Projekt bedanken. - Herzlichen Dank!

(Beifall)

Die heute vorgelegte Untersuchung stellt bereits die zweite im Auftrag dieses Hohen Hauses durchgeführte Kontinuitätsstudie dar. Dass Sie und Ihr Team, verehrter Professor Danker, sich bereit erklärt haben, sich dieser Herausforderung erneut zu stellen, kann nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden. Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass es für Ihr Institut etwas unerwartet und ungeplant kam.

So war doch bereits die Erstellung der ersten Studie mit einem enormen Engagement und Zeitaufwand verbunden. Sicher konnten Sie in diesem Fall zum Teil auf den bestehenden Datensatz und die bewährte Methodik zurückgreifen, aber die ersten Abstimmungsgespräche mit dem Beirat haben deutlich gemacht, wie umfangreich die Fragestellung war. So haben wir gemeinsam - der Beirat und Ihr Team - das Studienkonzept erarbeitet. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde deutlich, dass es einer Fortentwicklung der Methodik und eines Ausbaus der bestehenden Datenbank bedurfte.

So ist die Untersuchung, wie sie uns heute vorliegt, bundesweit einmalig. Mit der ausgefeilten Methodik, der schieren Anzahl der Personen und Einzelbiographien sowie dem Umfang der Studie haben wir bundesweit Maßstäbe gesetzt - Sie haben bundesweit Maßstäbe gesetzt, wir haben den Auftrag gegeben. Schleswig-Holstein hat hier seine historische Verantwortung wahrgenommen und seine Vergangenheit vorbildlich aufgearbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns gemeinsam mit Professor Dr. Danker und seinem Team dazu entschieden, Untersuchungsgruppen aus den Feldern Sozialverwaltung, Justiz, Polizei und Kommunalpolitik Schleswig-Holsteins in den Blick zu nehmen. Ich möchte Ihnen allen ans Herz legen, diese Studie zu lesen. Die vorliegenden Ergebnisse sind nicht wirklich überraschend, aber in Teilen doch unerwartet bedrückend und müssen vor allen Dingen immer im Kontext bewertet werden. Die Debatte heute kann diesem Anspruch unmöglich gerecht werden.

Dass die Studie für die Untersuchungsgruppen der Landessozialverwaltung, der Polizei und der Justiz besonders hohe Verstrickungs- und Belastungsgrade aufzeigen würde, war insbesondere vor dem Hintergrund der Vorgängerstudie zu erwarten. Dass dies aber so deutlich ausfallen würde, war dann doch überraschend. In allen drei Gruppen zeigt sich

ein hoher Anteil von Personen, die intensiv am nationalsozialistischen Unrecht mitgewirkt haben oder sogar direkt in Verbrechen verstrickt waren. Besonders markant zeigt sich diese Verstrickung bei Polizei und Justiz. Auch mich als Innenpolitikerin und Juristin machen diese hohen Zahlen wirklich betroffen.

Die Studie hat es noch einmal sehr deutlich gemacht: Die Gruppe der teilweise Schwerstbelasteten in Justiz, Polizei und Verwaltung war immens groß. An vielen zentralen Stellen saßen NS-belastete Menschen, ehemalige Nationalsozialisten und sogar Männer, die in schwerste und bis heute einmalige Verbrechen verstrickt waren. Allein die Anzahl der Personen ist in ihren Dimensionen erschreckend.

Aber es war wohl der große Personalbedarf, der die britische Besatzungsmacht und diejenigen, die unsere Verwaltung, Justiz und Polizei wiederaufgebaut haben, dazu bewog, auch diese stark belasteten Personen irgendwie in den Wiederaufbau einzubinden - gerade, weil anders ein Wiederaufbau wohl kaum möglich gewesen wäre. Unser seinerzeit junger Rechtsstaat musste oder wollte diese Personen also irgendwie einbinden. Dafür wurde jedoch ein hoher ethischer Preis bezahlt. Für die Opfer des Nationalsozialismus muss das schrecklich gewesen sein. Noch heute schaudert es uns bei der Vorstellung, wie viele Personen mit schwerer Schuld an zentralen Stellen in unserem Land saßen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Aber trotz der äußerst problematischen personellen Kontinuitäten in der Landesverwaltung - das ist die positive Botschaft - gelang es nach dem Krieg, in Schleswig-Holstein einen funktionierenden demokratischen Rechtsstaat aufzubauen.

Ein ganz anderes Bild zeigt sich bei der Untersuchung der Kommunalpolitik. In dieser 143 Personen umfassenden Gruppe weisen - in Anführungsstrichen - nur 29 % der ausgewählten Akteure eine Mitgliedschaft in der NSDAP auf. Auf kommunalpolitischer Ebene wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit offensichtlich sensibler und aufmerksamer mit vorheriger NS-Belastung umgegangen. Vielleicht können die selbstbestimmten Kommunen auch als Säule für das Gelingen des rechtsstaatlichen Wiederaufbaus betrachtet werden.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Barbara Ostmeier)

In der deutschen Geschichte sollte ein solcher Wiederaufbau der Rechtsstaatlichkeit übrigens noch einmal gelingen. Die Dimension des Unrechts und der Verbrechen in der DDR waren natürlich andere als in der NS-Zeit - ohne Frage. Aber auch vor 30 Jahren, nach der Wende in der ehemaligen DDR, standen die neuen Länder 1990 vor personellen Herausforderungen. Auch hier ist das Experiment gelungen. In beiden Fällen macht die Erkenntnis Mut, dass man eine Demokratie auch mit belasteten Personen aufbauen kann. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beweisen hier also ihre Wehrhaftigkeit und Stärke.

Geschichte wiederholt sich nicht, und Schlüsse aus der Vergangenheit lassen sich nur geringfügig ziehen. Aber für aktuelle Problemfälle in der Welt, wie Syrien, Libyen oder Venezuela, macht unsere Studie Hoffnung, dass ein friedliches Zusammenleben, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auch nach Bürgerkrieg und Diktatur gelingen können. Ob Schleswig-Holstein beim Umgang mit den Tätern Vorbild sein kann, bleibt hingegen höchst fraglich.

Abschließend möchte ich sagen: Wie bereits bei der Ausgangsstudie ging und geht es ausdrücklich nicht darum, mit dem Finger auf jemanden zu zeigen. Ich bedanke mich bei allen demokratischen Fraktionen für die sachliche, fokussierte, eben nicht an Parteipolitik orientierte Auseinandersetzung mit der Studie.

Vielleicht ist eine der Lehren, die wir aus der Studie ziehen können, diejenige, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit starke Modelle sind. Die Verbrechen und die Schuld in der NS-Zeit waren einmalig und die Krise nach 1945 gewaltig. Dennoch konnten sich Grundrechte und Demokratie wieder behaupten.

Die zweite Lehre ist, dass wir es heute gar nicht erst so weit kommen lassen dürfen, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefährdet werden.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Die Querdenkerbewegung und die jüngsten antisemitischen Ausschreitungen lehren uns, dass wir immer wachsam sein müssen und es die dauerhafte und ständige Aufgabe aller Demokraten ist, unser

Gemeinwesen zu schützen und immer wieder aufs Neue zu verteidigen.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Professor Danker, und Ihrem Team, und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über eine beeindruckende Studie, die ein wichtiges Feld der schleswig-holsteinischen Nachkriegsgeschichte ausleuchtet. Auch ich möchte mich für meine Fraktion bei Professor Uwe Danker und seinem Team für die hervorragende Arbeit bedanken.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die Ergebnisse zur Kontinuität in Justiz, Polizei, Kommunalpolitik, aber auch Sozialverwaltung nach der NS-Zeit sind hochinteressant, teilweise bedrückend und bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte. Ich denke, diesen Eindruck teilen wir alle nach der Präsentation heute Mittag. Lassen Sie mich grundsätzlich beginnen.

Bis 1933 war die deutsche Gesellschaft politisch, sozial und kulturell sehr pluralistisch. Sie war in viele soziale Milieus aufgespalten, die zum Teil miteinander kommunizierten und die sich zum Teil heftig bekämpften. Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wurde diese Gesellschaft mit ungeheurer Geschwindigkeit neu formatiert zu dem antipluralistischen Modell, das im „Wörterbuch des Unmenschen“ als „Volksgemeinschaft“ Niederschlag fand.

Jeder einzelne Deutsche musste seine Haltung dazu finden. Die Frage, ob man den Mut zum Nonkonformismus oder gar zum Widerstand hatte, schloss für die meisten auch die Frage ein, welchen Risiken man seine Familie und sich selbst aussetzen wollte.

Die ganz große Mehrzahl der Deutschen ist nicht den Weg in den Widerstand oder ins Exil gegangen. Der Druck, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, war so effektiv, dass die Nazi-Partei schon ab dem 1. Mai 1933 eine Aufnahmesperre verhängte.

(Dr. Ralf Stegner)

Sie war allerdings so durchlässig, dass sich die Mitgliedszahlen auf 2,5 Millionen fast verdreifachten.

Nach Kriegsende wurde die deutsche Gesellschaft wieder neu formatiert, diesmal mit zwei verschiedenen Blaupausen. Beide Modelle standen vor der Frage: Wie gehen wir mit den Mitgliedern einer Partei um, die zuletzt fast 8 Millionen Menschen organisiert hatte, und den Mitgliedern ihrer Nebenorganisationen, die in unterschiedlichem Maße in die Regimeverbrechen verstrickt waren und die nicht alle eine Zwangsmitgliedschaft kannten? Es gehört übrigens zu den Lebenslügen der DDR, die Verantwortung für diese Frage ausschließlich dem westdeutschen Staat zuzuweisen, obwohl sie selbst Recycling der ehemaligen Nationalsozialisten betrieb.

(Vereinzelter Beifall)

Eine kollektive Bestrafung sämtlicher Parteimitglieder war unmöglich. Das Nürnberger Urteil von 1946 richtete sich gegen das Korps der politischen Leiter der NSDAP, das heißt alle Funktionsträger vom Kreisleiter aufwärts, aber nicht gegen die Mitglieder insgesamt. Diese mussten mit dem Makel leben, einem verbrecherischen Regime gedient zu haben, und hatten natürlich in völlig unterschiedlichem Maß persönliche Schuld auf sich geladen.

Auch für die unbelehrbaren alten Nazis stellte sich die Frage, wie man sich auf die neuen Bedingungen einstellen sollte. Die meisten versuchten, einer eventuellen Strafverfolgung durch deutsche Behörden oder gar einer Auslieferung an Länder zu entgehen, in denen sie ihre Verbrechen begangen hatten. Wir haben uns hier im Plenum und bei Veranstaltungen des Landtags mit dem besonders skandalösen Fall des SS-Generals Reinefarth auseinandergesetzt.

Auch die wieder zugelassenen demokratischen Parteien dienten als vermeintlich sicheres Versteck. Wilhelm Schepmann, letzter Stabschef der SA, der unter falschem Namen in die SPD eintrat, ist ein Beispiel dafür. Neben solchen nationalsozialistischen B-Promis gab es die taktisch weitaus geschickteren Networker, die als „Naumann-Kreis“ um den Goebbels-Staatssekretär Werner Naumann zeitweilig so erfolgreich waren, Einfluss auf die FDP zu nehmen, dass erst das Einschreiten der britischen Behörden diesen Unterwanderungsversuch beendete. Die deutschen Behörden sahen sich dazu nicht aufgerufen.

Man sieht, dass das neue Deutschland neben den strafrechtlichen Fragen vor der Herausforderung stand, beim Aufbau der Demokratie auf Menschen angewiesen zu sein, die im Herzen damals Demo-

kratiefeinde waren. Ein vollständiger Verzicht auf das Expertenwissen von Menschen, die im öffentlichen Dienst gearbeitet hatten, wäre faktisch unmöglich gewesen. Dennoch hatte das sicher Auswirkungen auf die Sozialisation dieser Generation.

Hätte man jede Lehrerin und jeden Lehrer, die die inhumane Pädagogik eines Ernst Kriek oder Alfred Baeumler verinnerlicht hatten, aus dem Schuldienst entfernt, wären wohl fast alle deutschen Schulen bis 1950 geschlossen worden. Auch die Universitäten und Historischen Seminare waren durchdrungen vom braunen Zeitgeist, und personelle Kontinuitäten waren eher die Regel als die Ausnahme.

Da verwundert es wenig, dass es so lange gedauert hat, bis die kritische zeitgeschichtliche Aufarbeitung einsetzte. In Schleswig-Holstein war 1992 die Gründung des damaligen Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte ein Meilenstein. Sonst hätten wir eine solche Studie wie die heutige gar nicht.

Die alleinige Zahl der ehemaligen NSDAP-Mitglieder macht deutlich, dass bei der Betrachtung von Eliten-Kontinuitäten Differenzierung entscheidend ist. Die jetzt vorgelegte Studie bietet einen - wie ich finde - hervorragenden Forschungsansatz und beleuchtet das in Justiz und Verwaltung. Sie zeigt fatale Kontinuitäten auf. Nur rund 5 % der Juristen vor 1933 hatten eine demokratische Orientierung, während 35 % ultrarechte Demokratiefeinde waren.

Die Studie zeigt eine erschreckende Kontinuität in der Polizeiführung. Da waren Leute exponiert nationalsozialistisch. Man kann sich vorstellen, welche Verhöre, „Sonderaktionen“, wie man es nannte, und anderen Unrechtshandlungen gegen die Opfergruppen der Nazi-Diktatur damit verbunden gewesen sind.

Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, dass dezidierte Nazi-Gegner wie der christdemokratische Justizminister Gottfried Kuhnt und sein sozialdemokratischer Nachfolger Rudolf Katz im Sinne eines Neuanfangs Tür und Tor für die Rückkehr von Nazi-Juristen in die Justizverwaltung öffneten. Die kamen teilweise übrigens mit dreisten Lügen über ihr eigenes Wirken ungeschoren davon, obwohl tatsächlich viele Todesopfer ihren Weg säumten.

Man kann heute unmöglich auf all die Dinge eingehen, über die man reden müsste, aber man sieht, was es alles gibt. Ich empfehle Ihnen sehr, in die Studie hineinzugucken. Das ist einerseits erschreckend und andererseits außerordentlich lehrreich.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

(Dr. Ralf Stegner)

Natürlich ist es positiv, dass der Aufbau des demokratischen Staats in Schleswig-Holstein gelungen ist. Die Studie fasst zusammen: Auch mit schwer belastetem Personal lässt sich demokratische Herrschaft etablieren. Das ist das Positive. Man kann sagen: Die Kraft der Demokratie ist am Ende stark, sie setzt sich durch. Das ist gut und ermutigend, auch für andere Teile der Welt, da haben Sie recht, Frau Kollegin Ostmeier.

Aber es ist auch wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, dass den Preis dafür die ehemaligen Verfolgten bezahlt haben, die in der Nachkriegszeit in Behörden oder Gerichten vielfach ihren Verfolgern in Uniform oder Robe begegnet sind. Oder wenn sie ein Entschädigungsverfahren betrieben haben, das von den Leuten abgelehnt worden ist, die dafür gesorgt haben, dass es überhaupt eine Entschädigung geben musste. Ich stelle es mir ziemlich peinvoll vor, dies erleben zu müssen, und das muss uns bis heute beschämen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Schleswig-Holstein gehörte zu den frühesten Hochburgen des Nationalsozialismus und war zum Ende und nach dem Krieg Rückzugsort für führende Nazis. Das sind zwei Gründe dafür, dass wir als Landtag eine besondere Verantwortung für die Aufarbeitung haben. Ich finde es gut, dass wir das in einer so modernen Form tun, was vielleicht noch zu weiteren Erkenntnissen führt als anderswo.

Mit der heutigen Aussprache und der öffentlichen Präsentation der Studie sollte dieser Prozess keinen Abschluss finden, sondern in eine neue Phase eintreten. Meine Fraktion möchte schon jetzt anregen, dass wir als Landtag auch in der kommenden Legislaturperiode ein weiteres Feld ausleuchten. Das stünde uns gut zu Gesicht. Ein möglicher Ansatzpunkt dafür wäre das Gesundheitswesen mit so mancher unseligen Tradition, vor allem im Bereich der Psychiatrie. Dazu haben wir hier schon oft etwas gehört.

(Vereinzelter Beifall SPD, FDP und SSW)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal Herrn Professor Danker und seinem Team für die geleistete Arbeit danken. Ich glaube, man muss aus der Geschichte lernen, wenn wir vermeiden wollen, dass so etwas, was in Deutschland geschehen ist, jemals wieder passieren kann. Die große Hoffnung ist, dass daraus eine Perspektive entsteht, dass eine starke Demokratie daraus erwächst. Das ist hier der Fall. Dass es vereinzelt immer wieder Leute gibt, die das nicht begriffen haben, ist leider auch so. Umso mehr müssen wir uns damit beschäftigen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, SSW und Jörg Hansen [FDP])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Burkhard Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Professor Danker und sehr geehrtes Team! Heute Mittag haben Sie uns die zentralen Ergebnisse der im April 2018 in Auftrag gegebenen Studie in sehr beeindruckender Weise dargestellt. Ich glaube, das Gefühl der Beklemmung hier im Saal war teilweise mit Händen zu greifen.

Schon die Erkenntnisse aus der ersten Studie, welche die Landtage und die Landesregierung von 1946 bis 1987 in den Fokus nahmen, waren sehr bemerkenswert. Mein damaliger Landtagskollege und vorheriger Beiratsvorsitzende Jürgen Weber hat das so zusammengefasst: Die Studie hat das Bild Schleswig-Holsteins als Sonder- und Extremfall von Karrierewegen ehemaliger Nationalsozialisten nicht widerlegt, sondern umfassend bestätigt.

Meine Damen und Herren, dies gilt nach dem Vortrag von heute Vormittag noch viel mehr für große Teile der untersuchten Berufs- und Verwaltungsbereiche, namentlich Justiz, Polizeioffizierskorps, aber auch für bestimmte Bereiche der Landessozialverwaltung.

Ich befürchte, dass eine entsprechende Analyse anderer Funktions- und Beamtengruppen in unserer schleswig-holsteinischen Exekutive, aber auch im Bildungssystem, ein ähnliches Bild ergeben würde. Richtig, Herr Kollege Stegner: Auch die im März im Sozialausschuss vorgestellte Studie zu den langjährigen missbräuchlichen Medikamentenversuchen an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Psychiatrien des Landes weist aus meiner Sicht auf eine Kontinuitätsproblematik hin.

Meine Damen und Herren, ein Beispiel aus der Studie, welches mich als Jurist besonders erschreckt hat, möchte ich hier kurz darstellen. Es findet sich im Beitrag zum strafrechtlichen und politischen Umgang mit NS-Justizverbrechen.

Am 19. Mai 1944 beantragte Werner Rhode, Staatsanwalt bei dem Sondergericht am Deutschen Landgericht in Prag, gegen die tschechische Schneiderin Anna Ková die Todesstrafe. Der einzige Anklagevorwurf lautete: Sie habe sich mit ihrem ehemaligen Arbeitgeber, dem aus dem Prager Ghetto geflo-

(Burkhard Peters)

henen Juden Franz Guempel, zum Kaffee, zum Essen und zu Spaziergängen getroffen. Die Angeklagte wurde antragsgemäß zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Rhode beantragte als Ankläger am Sondergericht in Prag in vielen ähnlichen Bagatellfällen solche Todesstrafen.

Zehn Jahre später, im Juli 1954, ist Herr Rhode bereits Erster Staatsanwalt in Kiel, ein halbes Jahr später Oberregierungsrat im Landesjustizministerium als Personalreferent. Er macht also gerade eine steile Karriere, als ihn die Vergangenheit einholt. Die NS-Justizverbrechen an den Sondergerichten der Nationalsozialisten geraten aufgrund internationalen Drucks in den Fokus von strafrechtlichen Ermittlungen, mindestens wegen des Versuchs oder des Vorwurfs der Rechtsbeugung. Seit Januar 1960 werden also auch Ermittlungen gegen Herrn Rhode geführt. Sachbearbeiter ist der Kieler Oberstaatsanwalt Paul Adolf Thamm. Dessen Rolle im Nationalsozialismus wird in der vorliegenden Studie als exponiert nationalsozialistisch eingestuft, als Verfolgungsakteur in der Variante B, also ein Mann, bei dem nach Quellenlage zumindest eine persönliche Nähe zu, wenn nicht gar Verstrickung in NS-Gewaltverbrechen unterstellt werden muss.

Wie beurteilt Thamm strafrechtlich das Agieren seines Berufskollegen Rhode vor 16 Jahren in Prag? - Die strafrechtlichen Ermittlungen gegen ihn werden 1960 eingestellt. Seine Justizkarriere geht bruchlos weiter. 1978 wird er im Rang eines Leitenden Ministerialrates pensioniert.

Meine Damen und Herren, viele Erkenntnisse aus der Studie sind ebenso beklemmend. Es wurde schon intensiv auf die Rolle des Polizeikorps in Schleswig-Holstein hingewiesen. Ich möchte das jetzt nicht alles wiederholen.

Wie lässt sich mit einem solchen Führungspersonal eine rechtsstaatlich orientierte demokratisch gesinnte Polizei aufbauen? Waren nicht die meisten dieser Akteure ab 1948 maßgeblich in Personalentscheidungen eingebunden, die den Geist der Polizei noch über weitere Jahrzehnte mitprägten? Wie übertrugen sich ihre Denkmuster und Vorstellungswelten auf die nächsten Generationen der von ihnen ausgebildeten und geführten jüngeren Beamtinnen und Beamten? Die gleichen Fragen gelten für den Bereich der Justiz.

Der bedeutende Wert der vorliegenden Studie liegt darin, mit dem bereits für die erste Kontinuitätsstudie neu entwickelten und wirklich wegweisenden Methodenarsenal prägende Elemente des herr-

schen Geistes nach 1945 in wichtigen exekutiven Strukturen in Schleswig-Holsteins eingefangen zu haben, und zwar empirisch mit biografisch genau belegten Einordnungen, mit exakten Zahlen und Diagrammen auf Grundlage der untersuchten Lebensläufe von mehr als 480 Personen. Damit gelingt es, die geistige und moralische Befindlichkeit der Nachkriegszeit genauer als bisher zu beschreiben.

Ich bin sehr froh, dass wir uns vor zwei Jahren einstimmig dazu entschlossen haben, diese Folgestudie in Auftrag zu geben, und dass wir erneut Professor Danker und sein Team für diese wichtige Arbeit gewinnen konnten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Vor uns liegt das Ergebnis einer ebenso arbeitsintensiven wie wissenschaftlich akribischen Recherche- und Auswertungsarbeit eines perfekt zusammenarbeitenden Teams der Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History an der Europa-Universität Flensburg. Ihnen gilt unser aller großer Dank.

Ich gehe davon aus, dass diese Studie mindestens die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und Anerkennung in der Geschichtswissenschaft erhalten wird wie schon die erste Studie. Aber sie wird hoffentlich vor allem ihren Weg in die Ausbildung und Fortbildung von Juristinnen und Juristen, von Polizeivollzugskräften und zum Beispiel in die Lehrpläne unserer Verwaltungsfachhochschule in Altenholz finden, denn sie zeigt uns auf: Exekutive Funktionsebenen stehen in der Gefahr, missbraucht zu werden. Sie sind aber auch in hohem Maße anpassungsfähig. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Professor Danker, ich danke Ihnen und Ihrem Team für die geleistete Forschungsarbeit. Als Mitglied des Beirats durfte ich Ihre Arbeit mit Abstand und in Abständen begleiten. Ich war fasziniert von Ihrer methodischen Herangehensweise und den Erkenntnissen, die Sie

(Jan Marcus Rossa)

aus Ihrer Arbeit zogen. Sie und Ihr Team leisten damit einen ganz wichtigen Beitrag für die Aufarbeitung unserer NS-Vergangenheit und weisen deren Kontinuität in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland, aber insbesondere in Schleswig-Holstein, eindrucksvoll nach.

Sie verfolgen einen methodischen Ansatz, der - soweit ich dies als Laie überhaupt beurteilen kann - einzigartig ist. Die Datenmenge, die Sie ermittelt haben, um Lebensläufe zu durchleuchten und historisch einzuordnen, und die die Grundlage dafür gewesen ist, dass Sie in der Lage waren, die für Ihre Forschung relevanten Personen nach Grundorientierung zu sortieren und innerhalb dieser Orientierungen eine verfeinernde Typisierung vornehmen konnten, ist wirklich beeindruckend.

Wir haben an Beispielen, die Sie uns heute auch vorgestellt haben, nachvollziehen können, mit welcher Akribie Sie vorgegangen sind und wie verantwortungsvoll Sie Lebensläufe bewertet und eingeordnet haben.

Mein Dank gilt aber auch meinem Kollegen Burkhard Peters, dessen Initiative wir sowohl die erste als auch die zweite geschichtswissenschaftliche Kontinuitätsstudie zu verdanken haben. Das ist hier zu erwähnen.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bereits gestern darüber gesprochen, dass wir eine besondere Aufarbeitungskultur in Deutschland haben, wenn es um die Frage geht, wie stark die Eliten des Dritten Reiches auch in der Bundesrepublik Deutschland gewirkt haben, wenn wir herausfinden möchten, wie stark politische, gerichtliche oder behördliche Entscheidungen durch NS-Gedankengut beeinflusst oder sogar geprägt waren. Da muss man sich eben alle Protagonisten anschauen, die Schlüsselpositionen vor dem 8. Mai 1945 und danach innehatten. Da sind wir nun mithilfe Ihrer Studie einen großen Schritt vorangekommen. Ich will an dieser Stelle nur auf zwei Teilaspekte eingehen, die für mich wirklich bemerkenswert gewesen sind.

Das eine betrifft die Kommunalpolitik in Süderdithmarschen. Im Jahre 1948 schien die Welt in Ordnung. Nur eine Person konnte als exponiert nationalsozialistisch ermittelt werden. Das war ja zunächst eine gute Nachricht. Aber was passierte dann?

1955 waren plötzlich zehn Akteure exponiert nationalsozialistisch, eine Verzehnfachung gegenüber

1948. Hinzu kommen dann noch vier Akteure, die als systemtragend karrieristisch eingeordnet wurden. Wenn man dann die Zahlen vergleicht, kommt man zu dem Ergebnis: In der Kommunalpolitik Süderdithmarschens gab es 1948 2,3 % der Akteure, die nationalsozialistisch vorbelastet waren. Und innerhalb von nur sieben Jahren stieg dieser Anteil auf über 35 % an. Das spricht, meine Damen und Herren, für sich.

Ein anderer Themenbereich, der mich naturgemäß besonders interessierte, war und ist die schleswig-holsteinische Justiz. Die Ergebnisse der Kontinuitätsstudie sind für meinen Berufsstand wirklich erschütternd. 80 % der Akteure der Gruppe der sogenannten Justizjuristen waren Mitglieder der NS-DAP, 15 % waren SA-Angehörige. Ein Viertel der untersuchten Personengruppe wurde als Verfolgungsakteure eingeordnet. Weiter haben die Forscher um Professor Danker festgestellt, dass sehr viele der untersuchten Justizjuristen einschlägige Erfahrungen als ehemalige Akteure an NS-Sondergerichten und/oder der NS-Wehrmachtsjustiz aufwiesen. Kein gutes Ergebnis für die Justiz und durchaus besorgniserregend für einen Rechtsstaat.

Dass die einschlägige Prägung von Angehörigen der Justiz durch das NS-Regime erhebliche Bedeutung für die Rechtsprechung hatte und damit Unrecht perpetuiert hat, macht ein seit Jahrzehnten schwelender Meinungsstreit in der Jurisprudenz deutlich. Ich spreche hier von der zwischen Rechtsprechung und Schrifttum nach wie vor offenen Streitfrage, ob Mord im Verhältnis zum Totschlag ein eigenständiges Delikt ist oder nur ein Qualifizierungstatbestand. Das ist zunächst ziemlich rechtstheoretisch. Aber dieser Meinungsstreit hat tatsächlich sehr bedeutsame Auswirkungen auf die Strafbarkeit der sogenannten Schreibtischtäter, die aufgrund der Rechtsprechung des BGH eben oft nicht wegen Beihilfe oder Anstiftung zum Mord verurteilt werden konnten und deren Taten daher auch frühzeitig verjährten - und das, meine Damen und Herren, obgleich der Unrechtsgehalt der Schreibtischtäter mindestens genauso schlimm war wie derjenigen, die diese Todesmaschinerie dann umgesetzt haben.

(Beifall FDP, SPD und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Erst sehr spät und meines Wissens auch nach Beendigung meines eigenen Studiums, also in den 90er-Jahren, vollzog sich in der BGH-Rechtsprechung eine Wandlung im Zusammenhang mit den Prozessen um die Aufarbeitung der Mauer- und Grenzto- ten. Hier korrigierte man die Rechtsprechung. Der

(Jan Marcus Rossa)

BGH hatte sich aber nicht einfach der herrschenden Literaturmeinung angeschlossen und Mord als Qualifizierungstatbestand vom Totschlag qualifiziert, sodass eben ein Gehilfe oder ein Anstifter auch dann wegen Mordes hätte verurteilt werden können, wenn der Tötende, der Täter, der Haupttäter selbst das Mordmerkmal nicht verwirklichte. Nein, der BGH entschied sich, an seiner wirklich fragwürdigen Rechtsprechung festzuhalten und das rechtspolitische Problem über eine Strafschärfung zu lösen.

Mit Verlaub: Das ist Vertuschung der Tatsache, dass über Jahrzehnte hinweg die Gerichte in Deutschland die Schreibtischtäter des NS-Regimes vor harten und gerechten Strafen geschützt haben. In zahllosen Fällen wurde so verhindert, dass die Schreibtischtäter, diejenigen also, die die Vernichtungsmaschinerie des NS-Regimes erdacht und dann administrativ umgesetzt hatten, nicht dem Unrechtsgehalt ihres Handelns entsprechend verurteilt werden konnten. Sie hätten als Mörder verurteilt werden müssen und nicht als Totschläger.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auch dieses Beispiel zeigt, wie wichtig eine umfassende Geschichtsaufarbeitung ist, an der Sie, Herr Professor Danker, und Ihr Team mitgewirkt haben. Dafür herzlichen Dank.

Ich freue mich auf die nächste Kontinuitätsstudie. Wir haben noch viel aufzuarbeiten. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der heute vorgelegten Untersuchung setzen wir die Untersuchung, die den Landtag in der Zeit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg betraf, weiter fort. Auch ich möchte mich natürlich im Namen des SSW ganz herzlich bei Herrn Professor Danker und auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese richtig hervorragende Studie bedanken, die wahrscheinlich auch bundesweit Aufsehen erregen wird. Ich hoffe natürlich auch, dass unsere kleine Geschäftsbeziehung, die wir jetzt haben, vielleicht auch noch ihre Fortsetzung findet.

(Beifall SSW)

Meine Damen und Herren, es ging darum, nun auch Kontinuitäten in Justiz, Verwaltung und Polizei aufzeigen zu können und zu sehen, ob das, was für den Landtag festgestellt wurde, auch für die Kommunalpolitik galt.

Betrachten wir also erst einmal die Kommunalpolitik. Da ist eine der untersuchten Kommunen die Stadt Flensburg mit den damals ganz aktuellen deutsch-dänischen Umbrüchen. Auf der anderen Seite steht der Kreis Süderdithmarschen als eine der ehemaligen Hochburgen des Nationalsozialismus.

Die Untersuchung zeigt, dass man in Flensburg anfangs noch im Vergleich weniger ehemalige Nazis in der Ratsversammlung hatte, dies sich aber nach und nach - ich nenne es einmal - der allgemeinen Tendenz anpasste. Soll heißen: Auch hier fassten Menschen schnell wieder Fuß, die mit den Nazis gemeinsame Sache machten oder gar schwere Schuld auf sich geladen hatten.

In Süderdithmarschen erfolgte dieser Prozess sogar noch etwas schneller. Eigentlich verwundert dies ein wenig, denn im Gegensatz zum Landtag, dem naturgemäß die räumliche Nähe zu den Menschen fehlt, setzen sich die kommunalen Vertretungen ja aus den Menschen vor Ort zusammen. Jeder kennt jeden, und jeder kennt die Verfehlungen des jeweils anderen.

Dass trotzdem Menschen mit schlimmer Vergangenheit wieder in Amt und Würden kamen, kann man nur auf eine Art und Weise erklären: Die meisten Menschen waren sich bewusst, dass auch sie Schuld auf sich geladen hatten und deshalb zu einem Großteil eine ähnliche Vergangenheit hatten wie diejenigen, die sie wieder in ihre Ämter wählten.

Ein etwas anderer Mechanismus wirkte sich bei der Polizei und der Justiz aus. Hier benötigte man Fachpersonal und übernahm dieses größtenteils ohne Umschweife. Nur wer nachweisbar schwerste Verbrechen begangen hatte, musste mit einer Art Wartezeit rechnen. Aber selbst dann war eine spätere Übernahme in den Staatsdienst nicht ausgeschlossen.

Eigentlich hatte man immer vermutet, dass informelle Seilschaften dazu geführt hätten, dass Nazis wieder Fuß fassten. Das mag auch eine Rolle gespielt haben. Aber eigentlich bedurfte es dieser Seilschaften nicht. Die Quote derer, die das Naziregime in Polizei und Justiz schützte, war vergleichsweise hoch. Genau deshalb schien man keine Wahl zu haben, wenn man neu anfangen wollte, als eben genau diese Leute wieder zu übernehmen.

(Lars Harms)

Aus heutiger Sicht wirkt dies grauenhaft, aus damaliger Sicht mag man keine andere Möglichkeit gesehen haben. Und auch hier muss man sagen, dass die breite Bevölkerung dies wohl auch deshalb zuließ, weil man selbst oft nicht besser als diese Menschen war.

Dies lässt sich auch anhand der gesellschaftlichen Konflikte belegen, die es Ende der 50er bis in die 70er-Jahre hinein gegeben hat. Es war vorwiegend die Jugend, die dies anprangerte. Es waren diejenigen, die die angebliche Gnade der späten Geburt hatten. Dies ist übrigens auch eine Beschreibung derjenigen, die sich entlasten wollten. Man hatte natürlich auch vor und während der Nazizeit die Möglichkeit, sich nicht an deren Unwesen zu beteiligen. Aber das nur am Rande.

Prägend war nämlich, dass trotz Demokratisierung der Bundesrepublik der Nazi-Ungeist nicht weg war. Im Gegenteil, die Vorgänge beispielsweise rund um die Kinderheime in dieser Zeit zeigen eindeutig, dass viele immer noch so dachten wie schon vor 1945. Hier ist sozusagen auch die Kontinuität zu sehen, die sich durch die jungen Jahre der Bundesrepublik gezogen hat. Verhalten der Polizei, Rechtsprechung, Verwaltungshandeln, aber auch politisches Handeln waren eben doch noch vom Gedankengut der Nazis durchsetzt. Das war auch kein Wunder, wenn beispielsweise 80 % aller Juristen vorher stramme Nazis waren.

Die Untersuchung macht aber auch deutlich, dass es extreme menschliche Abgründe gab. Menschen, die verfolgt und gequält wurden, sahen sich nicht nur diesen Altnazis in Justiz, Verwaltung und Politik ausgesetzt, sondern manchmal war man genötigt, mit diesen beruflich zusammenzuarbeiten. Man saß im selben Büro oder Tür an Tür. Heute kann man sich das nicht mehr vorstellen.

Opfer und Peiniger zusammen an einem Arbeitsplatz. Man schwieg, ließ die Sache ruhen und machte sich an den Aufbau der neuen Republik. Wie das möglich war, kann man nach heutigem Ermessen gar nicht nachvollziehen. Auch das mag im Übrigen einmal wissenschaftlich untersucht werden, wie da die Mechanismen laufen. Aber es ist so, wie wir es auch schon bei der Landtagsstudie festgestellt hatten: Irgendwie ist es gelungen, die neue Demokratie aufzubauen - trotz der enormen Verbrechen, die geschehen waren.

Diese Verbrechen werden eben auch durch die einzelnen Biografien in all ihrer Schrecklichkeit sichtbar. Wer die Studie liest und die Verbrechenbiografien nachvollzieht, für den ist klar, dass Nazis und

extremistische Bestrebungen immer und überall auch in der Zukunft bekämpft werden müssen, meine Damen und Herren. Auch dazu trägt diese Studie bei. Wir lernen immer mehr aus dieser Vergangenheit, und es ist gut, dass wir diese Studie in Auftrag gegeben haben. Es ist fantastisch, dass wir so gute Leute gefunden haben, die für uns diese Studie geschrieben und die harte Arbeit geleistet haben. - Vielen Dank noch einmal.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank an Herrn Professor Danker und sein Team für die Studie. Historiker haben einen Weg, an die Dinge heranzugehen. Wir sind im Unterschied dazu gewählte Abgeordnete und dürfen - ich würde es einmal so nennen - mehr urteilen. Wir dürfen auch Störgefühle benennen. Ich habe ein Störgefühl bei einem Fazit der Studie, das ich auch schon bei der ersten Studie hatte, die zu ähnlichen Ergebnissen gekommen ist, wenn auch nicht in dieser Intensität.

Es sei positiv, dass eine Demokratie auf oder mit Menschen aufgebaut werden konnte, die sich stark verstrickt haben. Das fühlt sich für mich so an, als würden die Opfer ein zweites Mal vorgeführt werden, weil sie erst unter Verbrechern zu leiden hatten und dann zusehen mussten, wie genau diese es wieder an die entscheidenden Stellen im Staat schaffen. Es sind in erster Linie die Eliten, die davonkommen, die Kontinuität für sich selbst gewährleisten und die sich hinterher freuen konnten, davongekommen zu sein.

Professor Danker hat gesagt, es ist ein ethischer Preis, den man für diese Aufbauleistung zahlt. Wenn wir Empfehlungen für andere Staaten abgeben. Gibt es Möglichkeiten, diesen ethischen Preis zu reduzieren? Kann man Dinge anders machen? Was sind unsere Empfehlungen? Es wieder genauso machen? - Fragen wir uns selbst. Es gibt manche im Raum, die ein Problem mit der Partei DIE LINKE haben, weil da ehemalige SED-Täter drinsitzen. Finden wir, sie bauen den Staat wieder mit auf, und das ist es? Oder braucht es nicht vielleicht doch ein bisschen mehr?

(Martin Habersaat)

In der Studie und im Beirat sowie vorhin mit der Presse haben wir diskutiert: Es gab durchaus eine Phase der Unsicherheit nach 1945 für diese Eliten. Zumindest 1945, 1946 und 1947 waren Jahre, in denen diese kurze Zeit außer Amt und Würden waren, in denen sie teilweise auf der Flucht waren und teilweise auch in Gefängnissen saßen und zumindest einmal kurze Zeit sehen mussten, wie es ist, wenn man nicht an den Schaltstellen sitzt.

Kann man empfehlen, dass es eine Art Schuldeingeständnis geben muss, bevor es hinterher weitergehen kann? Wie muss es sich angefühlt haben für Leute, die in Schleswig-Holstein den alten Tätern wieder begegnet sind? Es war für mich eine neue Erkenntnis: Wir haben gelernt, dass es wahrscheinlich keine sich bewusst bildenden Netzwerke waren, sondern man kannte sich, man verstand sich, man hatte ähnliche Erfahrungen gemacht, und das funktionierte schon, ob man das nun aktiv als Netzwerk betrieb oder nicht. Auf solche Strukturen trafen nun Opfer. Wie geht man damit um?

Ich finde das Thema spannend. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir weitermachen. Ich würde zu den vorgeschlagenen Themen Medizin und Psychiatrie die Medikamentenforschung hinzunehmen. Das ist ein Teilbereich, damit haben wir uns als Landtag in Teilen schon befasst. Justiz und ihre Urteile und Urteilsbegründungen werden von Professor Danker genannt. Auch das Schulwesen scheint mir ein interessanter Aspekt zu sein.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Martin Habersaat [SPD]:

Es gab an verschiedenen Schulen in Schleswig-Holstein eine Form des Geschichtsunterrichts in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg, die auch auf diese Kontinuitäten hindeutet. - Frau Präsidentin, vielen Dank für die 40 Bonussekunden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Es ist beantragt worden, den Bericht, Drucksache 19/2953, an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Bevor wir weitermachen mit der Tagesordnung: Nach Mitteilung der Fraktion sind die Abgeordnete

Sandra Redmann und auch die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering vom SSW erkrankt. Wir wünschen beiden gute Besserung.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Jedes Kind muss schwimmen können

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2954

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3021

Schnellstmöglich mit der Schwimmbildung beginnen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3023

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kathrin Bockey.

Kathrin Bockey [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem vorangegangenen Thema ist es gar nicht so einfach, sich plötzlich dem Sport zu widmen. Trotzdem möchte ich gern feststellen: Jedes Kind muss schwimmen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Lesen, Schreiben, Rechnen - das sind die grundlegenden Fertigkeiten, die ein Kind im Grundschulalter erlernt. In meiner Generation gehörte auch das Schwimmen dazu, und es war mein Vater, der es mir beigebracht hat. Wie sagte meine Schülerpraktikantin Finia so schön und treffend: Schwimmen muss man können, um sich selber retten zu können.

Schleswig-Holstein, das ist das Land zwischen den Meeren mit einer Gesamtküstenlänge von über 1.300 km und zahlreichen Flüssen und Seen. Es liegt auf der Hand: Sicher schwimmen zu können, ist in unserem Bundesland besonders wichtig.

(Beifall SPD)

Im Idealfall melden Eltern heute ihre Kinder zum Schwimmkurs an, und im Glücksfall ist es die Schule, die ihrer Verpflichtung, Schwimmen zu lehren, nachkommt beziehungsweise nachkommen kann. Selbstverständlich war schon vor Corona we-

(Kathrin Bockey)

der das eine noch das andere, und im Moment läuft so gut wie gar nichts.

Unsere Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss zum Thema Sport in Coronazeiten hat die Dramatik der Situation noch einmal verdeutlicht. Durch Corona und die damit verbundenen Hallenschließungen werden 20.000 Kinder nicht schwimmen lernen, und mit jedem Monat steigt diese Zahl. Gleichzeitig haben Rettungsorganisationen wie die DLRG in der Anhörung deutlich gemacht, dass die Ausbildung von Rettungsschwimmern momentan so gut wie brachliegt. Wir sind im Begriff, ein riesiges Loch in die bestehenden Strukturen zu reißen. Rettungsschwimmer und Rettungsschwimmerinnen lassen sich nicht von einem Tag auf den anderen ausbilden, und sie brauchen das regelmäßige Training.

Es dürfte zwar ausgebildet werden, faktisch findet dies aber so gut wie gar nicht mehr statt. Der Grund? - Ende April waren laut Umfrage des DLRG-Landesverbands 70 der rund 90 Hallenbäder nicht in Betrieb. Damit entfällt die Ausbildung von Rettungsschwimmern in vielen Landesteilen genauso wie der Schwimmunterricht.

Die Coronapandemie zeigt: Dort, wo es vorher bereits Mängel gab, hat sich die Situation noch verschlimmert. Unsere Lehrerinnen und Lehrer kämpfen seit über einem Jahr dafür, ihre Schülerinnen und Schüler in den Kinderzimmern vor den Bildschirmen nicht zu verlieren. Bezogen auf das Schwimmen gab es gar keinen Kampf, weil die Hallenbäder geschlossen waren und vielfach sogar das Wasser aus den Becken abgelassen war. Das müssen wir ändern, und zwar sehr schnell.

(Beifall SPD)

Wir müssen diesem Trend entgegenwirken, indem wir Kommunen und Hallenbetreiber konkret unterstützen, Schwimmflächen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört, überall, wo es möglich ist, Hallenbäder und Freibäder parallel zu betreiben und damit die Hallenbadsaison zu verlängern.

Wir müssen jetzt im Rahmen der Coronahilfen finanzielle Anreize schaffen, damit wieder Wasser in die Becken gelassen werden kann, bildlich gesprochen, selbst dann, wenn in näherer Zukunft noch keine Lockerungen für den allgemeinen Schwimm- und Badebetrieb beschlossen werden.

Wir brauchen konkrete und schnelle Umsetzungsstrategien für mehr kurzfristige Schwimmmöglichkeiten. Der reine Verweis auf die Freibadsaison, die bald startet, reicht nicht aus. Wir wissen doch alle:

Schwimmunterricht hat weitere sinnvolle Nebeneffekte. Wir geben den Kindern die Möglichkeit, die eigenen vier Wände zu verlassen, Sport zu treiben, Neues zu erlernen und Selbstsicherheit zu gewinnen, im Zweifelsfall die Sicherheit, sich selbst retten zu können.

Gerade für die Kinder, die in den Sommerferien zu Hause bleiben müssen, wäre ein Intensivkursus Schwimmen eine willkommene und sinnvolle Freizeitgestaltung. Dafür braucht es aber mehr Schwimmflächen.

Der Betrieb von Schwimmbädern ist kostenintensiv und überfordert heute schon viele Kommunen. Es ist deshalb nicht realistisch zu glauben, dass die Hallen ohne den normalen Badebetrieb flächendeckend geöffnet sein können. Selbst dann besteht der Mangel ein Stück weit fort, wenn dafür andere Dinge im Bereich der Hallenbäder geschlossen werden.

Hier liegt die Verantwortung des Landes, Coronahilfen auszuschütten, damit wir im Sommer gerade auch die außerschulischen Schwimmkurse deutlich intensivieren können. Es würde im Übrigen auch den Rettungsschwimmern in ihrer Ausbildung helfen, wenn mehr Flächen zur Verfügung stünden.

Hier ist schnelles Handeln gefordert, und es ist unser besonderes Anliegen, dass wir aus den Anhörungen, die wir machen, nicht nur Erkenntnisse gewinnen, sondern dass wir diese auch umsetzen. Das ist ja wichtig.

Ich denke, aus sportlicher Sicht sollten wir den „Lernsommer“ zum „Schwimmernsommer“ machen. - In diesem Sinne herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, Christian Dirschauer [SSW] und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße auch den Präsidenten des Landessportverbandes, Herrn Tiessen, der auf der Besuchertribüne die Debatte verfolgt. Wieder haben wir eine sportpolitische Debatte hier, und ich freue mich als Sportpolitikerin natürlich sehr darüber.

Die Forderung, dass jedes Kind, eigentlich jede Bürgerin und jeder Bürger, in Schleswig-Holstein

(Barbara Ostmeier)

schwimmen können sollte, teilen wir alle, und das unterstützen wir natürlich auch. In einem Land zwischen den Meeren mit zahlreichen wunderbaren Binnenseen sollte das eine Selbstverständlichkeit sein. Auch da sind wir ganz einer Meinung.

Dass das noch immer nicht so ist, galt schon vor der Pandemie. Da haben wir in der letzten Legislaturperiode schon alle gemeinsam an einem Strang gezogen und viel investiert.

Aber leider bedeutet „Problem erkannt“ nicht immer „Problem gebannt“. So verhält es sich auch mit diesem Antrag. Statt eines inhaltlichen Ansatzes zur Lösung des Problems fällt der SPD leider eine irgendwie geartete finanzielle Unterstützung aus Landesmitteln nach dem Gießkannenprinzip für die Trägerinnen und Träger von öffentlichen und privaten Schwimmbädern ein. In Ihrer Rede haben Sie immerhin etwas konkretisiert, woher das Geld kommen soll, aber es ist ein Antrag, der sich ausschließlich auf die finanzielle Unterstützung der Maßnahmen bezieht.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die Begründung können wir teilen, aber Ihr Antrag - und über den stimmen wir ab - handelt nur von der finanziellen Unterstützung.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Uns ist das zu wenig, denn die Herausforderung, Schleswig-Holstein zu einem Land der Schwimmerinnen und Schwimmer zu machen, ist wesentlich komplexer. Sie haben gerade selbst auf die Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss hingewiesen, die sechs Stunden umfasste. Das Fazit des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Schwimmverbands war: Es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung von Schule, Eltern, Vereinen, Kommunen und Ministerien, um die mittlerweile eineinhalb Jahre verlorener Zeit für die Kinder - dort wurde sogar die Zahl von 30.000 Kindern erwähnt - zu überbrücken.

Wenn Sie sagen, es passiere nichts, dann ist das falsch. Unsere Innenministerin hat sich ganz konkret bereits, ich glaube, Anfang April mit allen relevanten Akteuren zusammengesetzt und inzwischen schon eine konzertierte Aktion zur Schwimmoffensive unternommen.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Kommunen sind schon angeschrieben worden. Die DLRG und alle anderen sitzen an einem Tisch.

Durch zahlreiche sehr konkrete Maßnahmen hat diese Landesregierung frühzeitig Weichen gestellt: 7,5 Millionen € für kommunale Schwimmstätten,

(Zuruf SPD: Gießkanne!)

seit Mitte März eine Öffnung für Schwimmunterricht, insbesondere an den Grundschulen, in der Corona-Bekämpfungsverordnung und aktuell weitere Lockerungen zur zusätzlichen Nutzung von Freibädern sowie Schwimmen als zentrales Thema beim Sportland Schleswig-Holstein.

Immerhin gibt uns der Antrag der SPD die Möglichkeit, dies noch einmal öffentlich darzustellen. Damit sind wir bei dem Punkt: Es braucht tatsächlich noch mehr Öffentlichkeitsarbeit. Es passiert im Grunde ja viel mehr. Deswegen wünschen wir uns eine Kampagne, die öffentlichkeitswirksam alle - die Kommunen, den Landessportverband, den Schwimmsportverband, die DLRG - zusammenführt, die sagen: Wir wollen jetzt starten. Wir brauchen jede Frau und jeden Mann, um das kurze Zeitfenster zu nutzen, in dem großflächig leer stehende Wasserflächen noch nicht für die Öffentlichkeit freigegeben sind. Das bietet eine Chance, und damit sollten wir jetzt beginnen.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich bei unserer Bildungsministerin, Karin Prien, bedanken. Die landesweite Beteiligung der Grundschulen ist für den Erfolg dieses Projekts von essenzieller Bedeutung. Denn die Grundschulen sind der Ort, an dem wir wirklich jedes Kind erreichen können.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Um die Menschen auch außerhalb der Schulen und Vereinen erreichen zu können, brauchen wir dringend eine höhere Anzahl von Kursen im Freizeitbereich. Sie haben es erwähnt; da sind wir einer Meinung. Meines Wissens laufen aber bereits Gespräche zwischen der Landesregierung und der DLRG und dem Schleswig-Holsteinischen Schwimmverband, inwiefern diese vorübergehend zur Verfügung gestellt werden können. Wir bitten die Landesregierung, bisher nicht genutzte Mittel aus dem Sportbereich hierfür entsprechend umzuschichten.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Wir brauchen zusätzliche freie Wasserzeiten. Ganz richtig; das haben wir in unserem Antrag formuliert. Deswegen wollen wir auch hier, dass gemeinsam geschaut wird, wie wir diese Defizite beheben können. Aber dazu bedarf es eben einer Beteiligung

(Barbara Ostmeier)

der Kommunen, die bereit sind, sich als Gemeinschaftsaufgabe jeder Herausforderung zu stellen. Wir brauchen auch die Eltern, die bereit sind, ihre Kinder in den Schwimmunterricht zu geben.

Flankierend bitten wir die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, das „Aktionsprogramm Aufholen“ auch für eine Schwimmoffensive nutzbar zu machen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jörg Hansen [FDP])

Für uns ist das Schwimmen eine Basisfähigkeit - diese Ansicht teilen Sie; Sie haben es erwähnt -, und wir sollten jedem Kind die Möglichkeit zuteilwerden lassen, diese zu erlernen.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, allein die Einforderung von Landesmitteln ist doch etwas zu kurz gesprungen. Der Antrag des SSW kommt uns da eher entgegen. Ich finde aber, dass er in unserem Antrag mit aufgefangen wurde. Ich bitte daher um breite Unterstützung zu unserem Antrag. Die Gemeinschaft der Sportfachverbände hat ihre Bereitschaft, dieses wichtige Thema gemeinsam anzugehen, bereits Anfang März im Ausschuss formuliert. So sollten auch wir gemeinsam dieses komplexe Thema angehen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Schön, dass wir heute auch hier in diesem Haus über dieses wichtige Thema sprechen. Ich denke, viele von uns können sich noch daran erinnern, wie es war, schwimmen zu lernen, oder wie es war, als die eigenen Kinder schwimmen gelernt haben; das ist für manche vielleicht näher dran. Ich meine dieses Gefühl, wenn man zum ersten Mal ohne Unterstützung eine Bahn schwimmt, wenn man zum ersten Mal taucht und einen Ring hochholen kann, und vor allen Dingen die Freiheit, die es bedeutet, zum ersten Mal ohne besondere Aufsicht am Strand, am Badesee oder an einem Fluss unterwegs zu sein. Das macht direkt deutlich, wie wichtig das Schwimmen gerade auch hier im Land für die Freiheit der Menschen ist.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Viele von uns profitieren noch heute von dem, was sie oder ihre Kinder im Schwimmunterricht gelernt haben. Das Schwimmenlernen ist eine Frage der Sicherheit, es ist aber auch eine Frage gesellschaftlicher Teilhabe in einem Land, in dem das Wasser so präsent ist.

Gerade deshalb ist es unserer Meinung nach richtig, das hehre Ziel zu formulieren, dass jedes Kind in diesem Land schwimmen lernen können muss. Genau das machen wir. Corona hat uns da in den letzten eineinhalb Jahren die Arbeit natürlich nicht erleichtert. Genau deshalb ist es richtig, dass wir noch einmal reagieren und eine ganz relevante Anzahl an Maßnahmen und Initiativen vorschlagen, die dazu beitragen, dass das Schwimmernangebot für die Kinder und für die Erwachsenen hier im Land noch einmal verbessert wird.

Ich finde, es ist über alle Verbände hinweg sehr schön bei der gemeinsamen Anhörung, die wir am 10. März 2021 im Innenausschuss durchgeführt haben, bei der es eigentlich gar nicht nur um das Thema Schwimmen ging, deutlich geworden, wie sehr auch andere Fachverbände ein Interesse daran haben, beim Schwimmenlernen hier im Land zu unterstützen. Das war auch ein Impuls, den wir, so glaube ich, alle gemeinsam gern noch einmal aufgreifen, um zu zeigen: Uns eint das Ziel, dass die Kinder in diesem Land tatsächlich schwimmen lernen.

Es ist kurzfristig schon einiges geschehen, beispielsweise mit der Ermöglichung des Schwimmunterrichtes in den Grundschulen mit dem, was die Landesregierung darüber hinaus mit der Eröffnung der Freibäder zuletzt auf den Weg gebracht hat.

Wir machen eine Reihe von Vorschlägen, die noch notwendig sind, um auch über den Sommer eine Intensivierung des Schwimmernangebotes aufrecht erhalten zu können, beispielsweise mit der Schwimmernoffensive, mit der Stärkung des Angebotes an Schwimmkursen, mit der Aufnahme des Schwimmens in das „Aktionsprogramm Aufholen“.

Ganz wichtig: Wir fokussieren uns nicht nur darauf, dass Kinder und Jugendliche schwimmen lernen, sondern wir sagen: Dazu gehört auch, dass Rettungsschwimmerausbildung stattfindet und dass Trainerinnen- und Trainerausbildung stattfindet. Denn wenn wir beispielsweise die Impulse aus der Anhörung aufgreifen wollen, dass eher fachfremde Trainerinnen und Trainer ihre Unterstützung anbieten, dann müssen wir auch die entsprechende Ausbildung gewährleisten können.

(Joschka Knuth)

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dafür braucht es zusätzliche Zeiten in den Schwimmbädern und in den Freibädern, die Geld kosten. Dafür ist noch Geld beim Land verfügbar. Da machen wir möglich, dass das für die Schwimmausbildung junger Menschen hier im Land eingesetzt wird.

Und wir als Jamaikakoalition - ich glaube, dass kann man an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen - zeigen auch über diese kurzfristige Herausforderung hinaus deutlich, dass das Schwimmenlernen uns ein wichtiges Anliegen ist - mit der zusätzlichen Finanzierung für die Sanierung von Schwimmbädern im Land.

(Beifall Hauke Göttisch [CDU])

- Genau, Kollege Göttisch.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Barbara Ostmeier [CDU])

Ich glaube, es ist das Ziel, das uns eint. Es ist uns allen klar, wie wichtig bei uns im Land zwischen den Meeren mit Seen und Flüssen die Schwimmausbildung junger Menschen ist. Wenn wir sagen, dass jedes Kind schwimmen lernen können muss, dann sagen wir auch, dass perspektivisch jeder Mensch in diesem Land schwimmen lernen können muss. Das führt dazu, dass die Sicherheit an unseren Stränden erhöht wird, dass gesellschaftliche Teilhabe möglich ist, wenn man auch diesen Ort, an dem Menschen sonst so gern Urlaub machen, in seiner Gänze erleben möchte.

Wir werden in den nächsten Monaten eine gemeinsame Kraftanstrengung brauchen. Die Maßnahmen für diese gemeinsame Kraftanstrengung liegen auf dem Tisch. Wir können sie alle gemeinsam umsetzen und auch unterstützen: Das Werben dafür, dass Vereine und Verbände sich beteiligen, dass Eltern ihre Kinder auch zum Schwimmenlernen geben. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe als Politik in den nächsten Monaten. Ich freue mich sehr, wenn wir alle gemeinsam dieses Anliegen unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Hansen.

Jörg Hansen [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Joschka Knuth, ich erinnere mich ganz genau an meinen ersten Sprung ins tiefe Wasser. Das war in Wassersleben bei Flensburg. Kollege Dirschauer, 15 Minuten schwimmen im tiefen Wasser, danach stieg man auf den Bootssteg und hatte es geschafft, den Freischwimmer. Das Abzeichen kam sofort auf die Badehose, und man war stolz wie Oskar. Selbstverständlich war man nicht nur stolz, sondern man war auch sicher.

Wer nicht schwimmen kann, dem bleibt vieles verwehrt oder der begibt sich in Lebensgefahr. Deswegen kann man gar nicht früh genug beginnen.

Entschuldigung, das ist zwar nett, aber die Zeit läuft nicht.

Präsident Klaus Schlie:

Das kriegen wir schon wieder hin. Schwimmen ist wichtiger. Der Kollege Göttisch weiß das.

Jörg Hansen [FDP]:

Das vergangene Jahr ist ein verlorenes Jahr für die Schwimmausbildung, ein Jahr ohne Schwimmausbildung ist ein Jahr zu viel. Das Sportland Schleswig-Holstein als Bundesland zwischen den Meeren kann nicht zulassen, zu einem Land der Nichtschwimmer zu werden. Genauso wenig wollen wir zulassen, dass gesagt wird, wir hätten nichts dagegen unternommen, so wie es der Antrag der SPD suggeriert. Wir Jamaika-Fraktionen haben immer verdeutlicht, dass uns der Schwimmunterricht sehr wichtig ist. Dass nicht ausreichend Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer das Schwimmen lernen, ist ein Problem, das wir nicht erst seit Corona kennen, jedoch hat die Coronapandemie das Problem nicht unerheblich verschärft. Die Aerosole in den Hallenbädern waren das Problem.

Die Christian-Albrechts-Universität hat hierzu ein Projekt aufgelegt. Ich gehe davon aus, dass uns das Modell-Projekt in Flensburg Erkenntnisse bringen wird, wie weit wir uns weiter vorwagen können. Aber das hilft uns in der jetzigen Situation nicht sofort weiter.

Die Rettungsschwimmer - darauf ist eingegangen worden - haben bereits Befürchtungen in Bezug auf die anstehende Badesaison geäußert. Die körperliche Fitness vieler Menschen ist auf der Strecke geblieben, und zahlreiche Kinder haben das Wasser und seine Gefahren noch gar nicht kennengelernt. Daher will ich an dieser Stelle ausdrücklich loben,

(Jörg Hansen)

dass die Landesregierung bereits während der Pandemie auf die steigenden Nichtschwimmerzahlen reagiert hat. Mit der Corona-Bekämpfungsverordnung in der Fassung vom 26. März dieses Jahres hat sie die rechtlichen Grundlagen für den Schwimmunterricht, insbesondere auch an den Grundschulen, geschaffen und im April dieses Jahres gemeinsam mit dem Schwimmverband, der DLRG, dem LSV und den kommunalen Landesverbänden zu einer gemeinsamen Schwimmlernoffensive aufgerufen.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind doch Initiativen, die man nicht negieren kann.

Darüber hinaus ist es seit dem 17. Mai 2021 möglich, den Schwimmunterricht in den Freibädern Schleswig-Holsteins abzuhalten. Das einfache Fordern von Haushaltsmitteln durch die SPD löst das Problem bei Weitem nicht. Das verschließt vor allem die Augen davor, dass den Kommunen seit diesem Jahr jährlich 7,5 Millionen € für kommunale Schwimmstätten zur Verfügung gestellt werden.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Dafür danke ich ausdrücklich unserer Finanzpolitikerin Annabell Krämer. Ich frage mich, wo da die SPD war.

(Beifall FDP)

Entweder ist das von ihr nicht sauber recherchiert oder es wurde bewusst weggelassen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Die Argumentation der SPD gerät da aber ins Schwimmen,

(Zurufe FDP)

denn der SPD-Antrag reduziert das Thema auf monetäre Aspekte. Es ist für mich daher ein Schaulfensterantrag, der lediglich auf den ersten Blick als das erscheint, was wir jetzt gerade brauchen.

(Beifall FDP)

Ein Lob an den SSW: Der SSW ist da zumindest etwas kreativer. Aber er hat Pech. Das Pech des SSW ist, dass er sich an den falschen Antrag gehängt hat. Er hätte zu unserem Antrag eine Ergänzung formulieren müssen, dann wäre es richtig gut.

(Lars Harms [SSW]: Ihr wart zu langsam! Ihr habt auf unserem aufgebaut!)

- 50 % gut, da ist noch Steigerungspotenzial.

Wir Jamaikafaktionen sind über das bloße Fordern von Mitteln hinausgegangen, weil es damit allein eben nicht getan ist. Es sollte uns vielmehr darum gehen, Konzepte zu entwickeln, um freie Wasserzeiten vermehrt für die Schwimmausbildung nutzen zu können. Damit einhergehen sollte eine Erhöhung der Angebote von Schwimmkursen im Freizeitbereich. Hierzu sollen die Restmittel aus dem 2019 beschlossenen Fonds „Schleswig-Holstein lernt Schwimmen“ wie im Antrag beschrieben eingesetzt werden. Das fordern wir in unserem gemeinsamen Antrag der Jamaikakoalition.

Es erschließt sich mir auch nicht, warum die SPD pauschal die Schwimmausbildung bei gleichzeitiger Untersagung des allgemeinen Badebetriebes fordert. Dass der Infektionsschutz höchste Priorität haben muss, ist selbstverständlich und soll hier auch gar nicht infrage gestellt werden. Aber die Kinder sollen nicht bloß schwimmen lernen, sie sollen auch die Fähigkeit und das Selbstbewusstsein vermittelt bekommen, sich im Element Wasser so sicher wie möglich zu bewegen. Nur so haben sie eine erste Chance, in Gefahrensituationen oder bei Badeunfällen überhaupt reagieren zu können - ganz abgesehen von Erwachsenen oder Jugendlichen, die nach einem Jahr ohne Schwimmen ganz einfach aus der Übung gekommen sind oder sich überschätzen. Hier müssen wir ansetzen.

Unser Ziel muss jetzt also sein, das Schwimmen insgesamt konkret zu fördern. Wir sind uns im Ziel also einig, aber allein Geld macht nicht glücklich. Ganz abgesehen davon, dass wir bereits Dinge realisiert haben, stellt sich die Frage: Was ist denn, wenn wir den SPD-Antrag beschließen würden, aber die Hallen leer bleiben?

Fazit: Im Ziel sind wir uns einig. Jamaika wird konkret und beantwortet genau diese Frage. Der SPD-Antrag gehört ins Nichtschwimmerbecken. Ich bitte, unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Schwimmen gehört Wasser, das ist klar. Darum wohl auch der Antrag der SPD-Fraktion, die Träger der Schwimmbäder zu unterstützen. Nach meinem Dafürhalten gehören Schwimmbäder absolut zur Daseinsvorsorge. Ihre Unterstützung bei

(Lars Harms)

den laufenden Kosten muss daher selbstverständlich sein, und das ist vornehmlich Aufgabe der Kommunen.

Zum Schwimmenlernen gehört aber mehr als ein Gebäude und Wasser, nämlich fachliche Anleitung, motivierende Schwimmlehrer und Freude am Wasser.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Das ist ein wichtiger Unterschied: Schwimmen und Schwimmenlernen. Wer schwimmen kann, ist in der Lage, auch brenzlige Situationen zu meistern, sich über Wasser zu halten und gegebenenfalls auch eine kleine Strecke zurückzulegen. Alles das können Nichtschwimmer nicht. Sie geraten in Panik, wenn sie aus einem Boot fallen oder in eine Untiefe geraten. In Sekundenschnelle verschwinden diese Menschen unter Wasser und ertrinken. Die DLRG weist darauf hin, dass dieses Ertrinken in der Regel völlig still vonstattengeht. Die Luft in den Lungen ist nicht da, um laut um Hilfe zu rufen. Die Strandretter wissen es in hunderten von Fällen: Eben war der Kopf noch zu sehen, und Sekunden später nicht mehr. Also, meine Damen und Herren: Guter Schwimmunterricht rettet Leben. Das muss das Ziel sein.

(Beifall SSW und Barbara Ostmeier [CDU])

Darum ist die Unterstützung von Schwimmunterricht von zentraler Bedeutung. Wir müssen Schwimmunterricht finanziell unterstützen, wenn wir keinen Generationenabriss riskieren wollen. „Generationenabriss“ sage ich deswegen, weil in der Schule der Schwimmunterricht an eine bestimmte Klassenstufe gebunden ist. Findet der Unterricht aber über Monate in Distanz statt, ist die Klassenstufe und damit auch der mögliche Schwimmunterricht vorbei. Einige Kinder werden keinen Schwimmunterricht erhalten, wenn wir einfach nach Plan weitermachen.

Ich bin nicht davon überzeugt, dass der Schwimmunterricht nachgeholt werden wird - jedenfalls nicht in allen Fällen. Da bin ich eher skeptisch. Wenn wir an die Dinge denken, die nach Corona nachzuholen sind, steht der Schwimmunterricht möglicherweise nicht ganz oben auf der Liste. Darum müssen wir jetzt den Schwimmunterricht ermöglichen. Die Träger benötigen oftmals Geld für den coronabedingten Mehrbedarf. Das will ich nicht in Abrede stellen, den sollte man auch absichern. Da geht es um Beschilderung, Hygieneprodukte und die Einweisung des Personals.

Daneben müssen wir aber auch qualifizierte Schwimmlehrer gewinnen, und wir müssen auch konkret Schwimmkurse anbieten können. Nach meinem Dafürhalten ist das die Hauptaufgabe, die in den nächsten Wochen ansteht. Einige Kommunen, wie beispielsweise Flensburg, haben bereits wichtige Entscheidungen getroffen. Die Schwimmlehrerinnen und -lehrer sind meist Lehrkräfte in den Schulen oder - wie in Kiel, Lübeck oder Flensburg - Sportstudenten. Letztere waren übrigens oftmals die ersten, denen in der ersten Coronawelle im letzten Frühling die 450-€-Jobs gekündigt wurden. Die haben selber ein großes Interesse daran, endlich wieder ihrer Tätigkeit nachgehen zu können.

Daneben sind aber eben auch die Vereine eine wichtige Säule des Schwimmunterrichts. Auch sie sind angemessen zu unterstützen, damit überhaupt Schwimmunterricht stattfinden kann.

Für mich ist die Einbindung der Schulen der nächste logische Schritt. Da kommen wir zu dem, was wir zusätzlich vorschlagen, nämlich, dass das beliebte Ferienschwimmen in diesem Jahr ein Teil des Lernsommers sein muss, weil die Kinder sonst einfach viel zu schlecht oder gar nicht schwimmen können, um ein Abzeichen zu machen.

Die angehenden Seepferdchen sowie Kinder und Jugendliche, die mitunter höhere Abzeichen machen, müssen erst einmal grundlegenden Schwimmunterricht erhalten. Für dessen Organisation sollten die Schulen unterstützt werden. Der Lernsommer bietet eigentlich einen tollen Rahmen. Daneben ist übrigens auch der Bustransport zu den Schwimmstätten coronagerecht zu organisieren.

Sie sehen also: Wir haben viele Aufgaben, die erledigt werden müssen, damit überhaupt Schwimmunterricht stattfinden kann. Nach unserer Auffassung wäre es schön, wenn das Schwimmenlernen Teil des Lernsommers wäre. Dann ließe sich vielleicht unkompliziert und schnell, ohne große Hürden etwas organisieren und aufholen, was wir sonst in den vergangenen Monaten nicht haben erreichen können, meine Damen und Herren.

Ich möchte mich bei der Kollegin Ostmeier und dem Kollegen Hansen für das wohl berechtigte Lob für den SSW-Antrag bedanken. Ich gehe davon aus, dass die Grünen dieses Lob natürlich auch teilen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selbstverständlich!)

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, habe ich keine Probleme, Ihnen mitzuteilen, dass

(Lars Harms)

auch der SSW für den Koalitionsantrag stimmen wird. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem ersten Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Kathrin Bockey.

Kathrin Bockey [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hansen, ich begeben mich mit unserem Antrag total gerne ins Nichtschwimmerbecken. Schön wäre es allerdings, wenn in diesem Nichtschwimmerbecken auch Wasser wäre, sodass man den Antrag zum Schwimmen bringen könnte.

Damit komme ich gleich auf das grundlegende Problem des Jamaika-Antrages. Ich möchte Ihnen einmal ganz ehrlich sagen, was der heutige Tag - sowohl der Vormittag als auch die jetzige Diskussion - gezeigt hat: Wenn Ihnen seitens der Jamaikakoalition nichts mehr einfällt, dann verweisen Sie auf den Bund, oder Sie werden von der Komplexität eines Themas erschlagen und brauchen erst einmal langwierige Prüfaufträge und Abstimmungsprozesse, um ins Rollen zu kommen.

(Wortmeldung Annabell Krämer [FDP])

Da sage ich Ihnen ganz ehrlich: Unser Antrag hatte eine andere Intention. Unser Antrag hatte die Intention, eine coronabedingte Fehlentwicklung sofort und schnell auszugleichen. Das nennt man konkrete Lagebewältigung!

(Beifall SPD - Jörg Hansen [FDP]: Nicht zugehört!)

Insofern lässt mich Ihre leicht hämische Äußerung zu unserem Antrag relativ kalt, weil man an der Gesamtheit sieht, dass es Ihnen nicht darum geht, dass Kinder wirklich kurzfristig und schnell schwimmen lernen können. Sie können doch nicht allen Ernstes einen Antrag formulieren, in dem es darum geht, zu prüfen, ob man Wasserflächen und freie Zeiten, die es jetzt noch geben sollte, irgendwo generieren könnte!

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Bemerkung der Abgeordneten Annabell Krämer?

Kathrin Bockey [SPD]:

Nein. - Die DLRG hat in der Anhörung zum Thema Sport und Corona sehr deutlich gemacht, dass das eigentliche Problem darin besteht, dass kein Wasser in den Schwimmbecken ist und es keine Wasserflächen gibt. Insofern werden wir nirgendwo freie Wasserflächen finden.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo wollt ihr denn dann Schwimmunterricht geben?)

- Wir wollen Schwimmunterricht geben, indem wir die Wasserbecken befüllen und die Kommunen dabei unterstützen, dies sofort zu tun.

(Lars Harms [SSW]: Wasserhahn auf!)

- Naja, mit dem Aufdrehen des Wasserhahns ist es nicht getan!

(Lars Harms [SSW]: Haben wir in Husum gemacht! - Weitere Zurufe)

- Aber, Herr Harms, das Problem ist doch zweierlei: Natürlich gibt es in der einen oder anderen Region auch Probleme, Menschen zu finden, die es umsetzen. Das mag sein. Das verschärft sich natürlich, wenn die DLRG ihre eigenen Rettungsschwimmer und anderen Schwimmlehrer et cetera nicht ausbilden kann. Das andere ist aber, dass dort, wo Sie es tun könnten, häufig das Wasser und die Wasserfläche im Moment fehlt. Das war das Ergebnis der Anhörung. Darauf haben wir reagiert.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Einen weiteren Kurzbeitrag leistet nun der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte das Problem noch einmal gern anhand der Lage in der Stadt Flensburg verdeutlichen. Schon vor Corona gab es in Flensburg Bedarf, der nicht gedeckt werden konnte - nicht nur fürs Schwimmenlernen, sondern - das muss man dazusagen - auch für zusätzliche Angebote wie das therapeutische Schwimmen. Das muss man immer mit bedenken, es hat eine große Bedeutung.

Nach aktuellen Bedarfsanalysen, die wir gerade durchgeführt haben, fehlen in Flensburg 215 Stunden pro Woche beziehungsweise 10.000 Stunden pro Jahr für Schwimmunterricht und therapeutische

(Dr. Heiner Dunckel)

Anwendungen, also mehrere tausend Stunden für den Schwimmunterricht.

Ich habe gestern Abend nach der Landtagssitzung das Vergnügen gehabt, mit Schwimmvereinen und Trägern über dieses Thema zu sprechen, und will Ihnen die O-Töne nicht vorenthalten: Vorher hatten wir 13 Nichtschwimmerkurse, jetzt nur vier, und wir können immer noch nicht alle Bahnen nutzen. Unsere Warteliste platzt aus allen Nähten, aber wir haben die Zeiten und die Trainerinnen und Trainer nicht. Im Normalbetrieb brauchen wir vier Jahre, um die Warteliste abzuarbeiten. Wir müssen zum Teil von vorn anfangen; die Kinder haben das Schwimmen schlicht verlernt.

Frau Kollegin Ostmeier, es geht auch ums Geld. Auch hierzu ein O-Ton: Die Finanzierung der Vereine ist ein großes Problem, da die Platzanzahl für die Kurse sehr begrenzt ist und wir keine Neuaufnahmen verzeichnen können. - Deswegen die Bitte von allen Schwimmvereinen, dass die Nutzungsentgelte noch einmal überprüft werden. Sie bitten explizit um finanzielle Unterstützung, weil sie den Schwimmunterricht sonst nicht realisieren können. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat nun der Spätschwimmer-Kollege Hauke Götttsch.

Hauke Götttsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn mich der Präsident direkt angesprochen hat - ich bin mittlerweile ein kleiner Experte geworden. Ich habe immer gedacht: Wenn der Bauer nicht schwimmen kann, liegt das an der Badehose. Daran liegt es aber nicht. Ich habe letztes Jahr - der eine oder andere hat das in der Presse vielleicht miterlebt - mein „Seepferdchen“ gemacht.

(Beifall)

Liebe SPD, die Problematik ist nicht das Geld. Die Leute vor Ort und gerade die DLRG sind sehr engagiert; Herr Matzen ist leider nicht mehr da, er ist für den Jugendbereich zuständig, mit ihm habe ich mehrere Gespräche geführt. Wir brauchen die Ausbilder, dann wird das vor Ort schon geregelt.

Das Schwimmbad, in dem ich schwimmen gelernt habe, wird gerade saniert, und es wird rechtzeitig öffnen. Damit ist die Schwimmfläche da, aber die Zeiten fehlen. Es liegt nicht am Geld, sondern an

der Zahl der Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrer. Daran müssen wir mehr arbeiten.

Ich stimme zu, dass man einen Schwimmsommer machen sollte; meiner war letztes Jahr. Das muss nicht unbedingt in den Lernsommer integriert werden, das kann man vor Ort sehr gut regeln. Die Eltern sind zusammen mit den Kommunen mit sehr viel Engagement in Gange. Das können die selbstständig mit ein bisschen Unterstützung machen, es geht nicht nur ums Geld. Die Koalition und die Regierung haben richtig viel Geld reingebracht, sie haben richtig viel gemacht; darauf können wir stolz sein.

Wir haben letzte Woche im Kreis Rendsburg-Eckernförde eine Videokonferenz mit den Sportvereinen durchgeführt. Da wurde uns das in allen Bereichen so dargestellt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Kollegin Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Herr Präsident! Ich möchte kurz auf Sie eingehen, Herr Dunckel. Niemand hat bestritten, dass es auch ein finanzielles Problem gibt.

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt hat die Abgeordnete Ostmeier das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Herr Götttsch hat ja recht, dass wir schon viel getan haben und mit dem Geld-zur-Verfügung-Stellen im FAG schon im Vorhinein einiges getan wurde. Wer unseren Antrag richtig lesen möchte, der kann auf Seite 2 lesen - das Schöne ist ja, dass wir jetzt alles verschriftlichen und Sie es nachlesen können -, dass in Punkt 3 steht, dass durch Umschichtungen aus nicht abgerufenen Mitteln des Fonds „Schleswig-Holstein lernt Schwimmen“ insgesamt 400.000 € zusätzlich zur Verfügung gestellt werden sollen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das entspricht dem, was Sie fordern. Ich habe gesagt, dass allein die Forderung nach finanziellen Mitteln zu kurz gesprungen ist. Das ergibt sich aus

(Barbara Ostmeier)

den unterschiedlichen Maßnahmen, die wir dargestellt haben. Herr Dunckel, ich lasse es nicht im Raum stehen, dass niemand erkannt habe, dass auch Geld erforderlich ist. Das haben wir erkannt, und wir stellen durch die Umschichtungen im Einvernehmen - das kann die Ministerin gleich sagen, da werden Gespräche mit den Betroffenen geführt - zusätzliches Geld bereit.

Ich denke, dass unser Antrag umfangreicher ist und Ihr Antrag deshalb abgelehnt werden kann.

Auch wenn ich meinem Kollegen Götttsch jetzt widerspreche - in unserer Fraktion darf man sich übrigens widersprechen, und ich bin die fachpolitische Sprecherin; Herr Götttsch läuft sich hier auch noch für das Bronzezeichen warm, dann kriegt er einen Blumenstrauß -: Die Frage, ob Schwimmenlernen in den Lernsommer integriert werden kann, ist durchaus zu überlegen.

Meine Kollegen und ich plädieren dafür, dass wir den Antrag an den Bildungsausschuss überweisen, um dort gemeinsam zu überlegen, wie das integriert werden kann. Das können wir heute so pauschal nicht beschließen. Daher beantragen wir Ausschussüberweisung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich finde, dass wir Ihrem Antrag durchaus gerecht werden. Unser Antrag verdient die Zustimmung. Wir rufen eben nicht immer verzweifelt nach Bundesmitteln. Da kann ich andere in dieser Runde angucken, die das tun. Wir haben vielmehr gesagt: Es gibt ein Bundesprogramm. Wenn wir sagen, Schwimmen ist eine Basisfähigkeit, finde ich es völlig richtig, die Mittel dafür einzufordern.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selbstverständlich!)

Wenn Zuständigkeiten ganz klar in die Verantwortung des Bundes fallen, müssen wir den Bund, gerade in Zeiten knapper Kassen, in die Pflicht nehmen. Das passiert auch an anderer Stelle. Der heutige Antrag und Ihre Forderung zeigen ganz deutlich, wie wichtig das ist; wo wir eine Landeszuständigkeit im Sport haben, da brauchen wir jeden Cent.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, Sie müssen zum Schluss kommen.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ich komme zum Schluss. - Wir brauchen jeden Cent für den Sport. Deswegen finde ich es richtig, an an-

derer Stelle den Bund zu fordern - da wo er zuständig ist. - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Nunmehr hat für die Landesregierung die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sütterlin-Waack, das Wort.

(Zurufe)

- Es ist ja kaum zu glauben, dass ich das übersehen habe. Dann hat zu einem weiteren Kurzbeitrag die Abgeordnete Annabell Krämer das Wort.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kollegen! Meine Zwischenfrage wurde mir ja verwehrt. Hier wurde gesagt, es sei nicht nur ein monetäres Problem. Dann wurde gesagt, dass mangelnder Schwimmunterricht ein Coronaproblem sei. Ich bin der Meinung, Corona wirkt wie ein Brennglas darauf. Wir haben ein strukturelles Problem: das Bädersterben, das wir in unserem Land schon seit zig Jahren haben.

Da frage ich: Liebe Sozialdemokratie, was haben Sie eigentlich in all den Jahren, als Sie die Landesregierung angeführt haben, gegen das Bädersterben in Schleswig-Holstein getan? - Nichts!

(Widerspruch SPD)

Sie haben nicht einen einzigen Cent in die strukturelle Förderung von Schwimmstätten gegeben, Sie haben nicht einen einzigen Euro Betriebskostenunterstützung gewährt.

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Bemerkung?

Annabell Krämer [FDP]:

Ja.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte!

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Frau Krämer, ich bewundere immer Ihre Meinungsfestigkeit bei Dingen, bei denen Sie nicht dabei waren. Wir haben schon in der letzten Wahlperiode - übrigens auch durch das Lobbying von Frau

(Präsident Klaus Schlie)

Ostmeier; wir haben damals als Küstenkoalition Initiativen der Opposition aufgenommen -

(Martin Habersaat [SPD]: Das waren noch Zeiten!)

ein Programm zur Sanierung von Schwimmstätten aufgelegt. Das nur noch einmal, um Ihre Frage zu beantworten. Es ist blöd, wenn man auf rhetorische Fragen eine Antwort bekommt, aber damit müssen Sie jetzt leben.

(Beifall SPD und SSW)

Annabell Krämer [FDP]:

Herr Dr. Dolgner, ich sehe es Ihnen nach, Sie sind kein Finanzpolitiker, und man kann mit den Begriffen auch einmal durcheinanderkommen. Ich habe von struktureller Betriebskostenförderung gesprochen, Sie haben von einem Investitionsprogramm gesprochen, von einem Sanierungsprogramm. Dieses Problem haben wir ja öfter: Das Problem für die Kommunen ist in der Regel nicht, dass sie Schwimmstätten nicht saniert bekommen, sondern es sind die Betriebskosten. Sie schaffen es nicht, ein Bad kostendeckend zu führen. Eine Schwimmstätte, die Schwimmunterricht gewährt, können Sie nicht kostendeckend führen.

Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Das bekommen Sie vielleicht mit Spaßbädern hin, die privatwirtschaftlich geführt werden. Aber keine Kommune wird es jemals schaffen, ihr Bad kostendeckend zu führen.

(Jörg Nobis [AfD]: Doch, die HolstenTherme in Kaltenkirchen!)

Ich habe eben erwähnt, dass die SPD oder die Küstenkoalition das damals nicht getan haben. Das scheint nicht an den Grünen gelegen zu haben, denn die waren sofort Feuer und Flamme für den Vorschlag, das in FAG aufzunehmen. Dafür bin ich ihnen bis heute dankbar.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erkläre Ihnen auch gern, warum das so wichtig ist.

Präsident Klaus Schlie:

Wir müssen schon ein bisschen darauf achten, dass die Zeitlängen der Erklärungen dann auch angemessen ist. Wenn Sie das noch in einem Satz erklären, ist das okay. Sonst - -

Annabell Krämer [FDP]:

Aber es sieht so aus, als wenn noch eine zweite Frage gestellt werden soll.

Präsident Klaus Schlie:

Ja, vielleicht gibt es die Chance zu einer zweiten Erklärung bei der zweiten Bemerkung. Die gestatten Sie offensichtlich. - Bitte!

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Da Sie beim FAG auf eine Verhandlungs- und nicht auf eine Bedarfslösung gesetzt haben, ist Ihnen vielleicht entgangen, dass Sie das im FAG normalerweise so ausstatten müssen, dass natürlich der tatsächliche Betriebskostenanteil gedeckt ist.

Zweitens ist Ihnen offensichtlich nicht bewusst, dass Sie einen Vorwegabzug für die 7,5 Millionen € gemacht und das in Ihre Quote eingerechnet haben. Das heißt, faktisch haben Sie den Kommunen nur vorgeschrieben, dass sie das Geld dafür zu verwenden haben. Dadurch haben sie aber nicht einen Cent mehr. Wenn Sie das als Förderprogramm hätten gestalten wollen, dann hätten Sie das nicht in die Quote einrechnen dürfen. Das heißt, Sie haben summa summarum eigentlich nur in die Selbstständigkeit der kommunalen Finanzierung eingegriffen und nichts anderes gemacht, während wir unser Geld damals nicht über das FAG, nicht in die Quote eingerechnet haben, sodass das echtes zusätzliches Geld war.

Übrigens bin ich Finanzpolitiker, wenn auch nur kommunaler Finanzpolitiker. Tut mir leid, wahrscheinlich habe ich Ihnen gegenüber da nicht die notwendige Demut. Ich bin stellvertretender Haupt- und Finanzausschussvorsitzender des Kreises Rendsburg-Eckernförde - und das schon ein bisschen länger.

Wir können uns gern über die kommunalen Finanzen noch länger unterhalten, aber ich befürchte, dass wir dann - -

- Das würde die Zeit dieser Zwischenbemerkung weit überschreiten. Ich glaube, die ist jetzt verstanden worden.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich weiß es nicht!)

Annabell Krämer [FDP]:

Herr Dr. Dolgner, vielen Dank, dass ich tatsächlich noch einmal auf das FAG eingehen und Ihre Erin-

(Annabell Krämer)

nerungslücken noch einmal etwas schließen darf. Herr Dr. Dolgner, die Mittel, die wir als Vorwegabzug herausnehmen - wo Sie sagen, Sie hätten stattdessen ein Förderprogramm gemacht, ein investives; das heißt, Sie haben nur für einige Jahre Mittel zur Verfügung gestellt -, stellen wir jetzt unbefristet zur Verfügung, wir gehen in die strukturelle Förderung. Wissen Sie was? - Wir haben die Mittel erst einmal zusätzlich reingegeben, bevor wir sie umverteilt haben. Das ist nämlich frisches Geld gewesen. Dafür haben wir gesorgt.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie haben das in die Quote gerechnet! - Weitere Zurufe)

Das ist der Unterschied, Herr Dr. Dolgner. Wir als Koalition sind zum ersten Mal in die Schwimmstättenförderung eingestiegen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie haben das in die Bedarfsquote gerechnet!)

Wissen Sie, was wir noch gemacht haben? Wir binden das an gegebenen Schwimmunterricht. Das ist nämlich das strukturelle Problem, das wir haben. Wir sorgen dafür, dass die kommunalen Träger jetzt endlich dahin kommen, dass sie ihren Schulen - entschuldigen Sie den ungepflegten Ausdruck - Pfeffer unter dem Hintern machen, dass die ihren Schwimmunterrichtsverpflichtungen nachkommen. Denn wenn die Schulen in die Schwimmstätten gehen, dann klingelt es in der Kasse der Kommunen.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Kollegin, bei allem Verständnis. Wir müssen schon aufpassen und dürfen nicht drei Reden in eine packen. Ich glaube, die Bemerkung von Dr. Dolgner ist jetzt umfassend erklärt.

(Vereinzelte Heiterkeit und Beifall)

Falls Sie jetzt noch zum Schwimmen insgesamt etwas hätten, haben Sie noch kurz Zeit, dann dürfen Sie das jetzt sagen.

Annabell Krämer [FDP]:

Ich habe noch 2 Minuten, das finde ich fantastisch.

(Heiterkeit)

Also nein. Wir schlagen doch ganz viele Fliegen mit einer Klappe. Wir stärken den Schwimmunterricht dadurch, dass es im Interesse des Schulträgers liegt, dafür zu sorgen, dass die Schülerinnen und Schüler Schwimmunterricht bekommen.

Ich erinnere mich an mein erstes Jahr hier im Landtag. Da gab es einen Bericht über den gegebenen Schwimmunterricht in den Schulen. Die Quote lag damals bei über 90 %. Da habe ich noch gedacht, komisch, in meiner Gemeinde habe ich nicht das Gefühl, dass 90 % aller Klassen den Schwimmunterricht wahrnehmen. Aber das kann auch ein Problem vor Ort sein. Jetzt geben wir Anreize, dass die Schulen da hingehen. Wir geben Anreize für die DLRG.

Ich sage noch etwas: Schwimmunterricht ist in Schleswig-Holstein seit März 2021 wieder möglich. Das war mit das Erste, was wir in der Coronazeit wieder ermöglicht haben.

(Beifall Jörg Hansen [FDP])

Es gibt keinen Grund, ein einziges Freibad hier im Land geschlossen zu halten. Und es gibt Mittel seitens des Landes, 7,5 Millionen €- frisches Geld, jedes Jahr. Jamaika hat das erste Mal etwas strukturell für die Schwimmstätten getan. Da lassen wir uns von Ihnen nichts anderes vorwerfen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Nun sag noch einer, wir hätten hier keine lebendigen Debatten. - Jetzt hat das Wort für die Landesregierung die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Tiessen! Von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern haben Sie, meine Damen und Herren, jetzt schon gehört, wie wichtig das Schwimmenlernen sowohl für Erwachsene also auch für Kinder ist. Deshalb lasse ich den ersten Teil meiner Rede weg.

Frau Bockey - wo ist sie? Da! -: Es trifft einfach nicht zu, dass nichts passiert.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Stand 17. Mai 2021 sind 30 % unserer Schwimmbäder in Schleswig-Holstein wieder geöffnet, und täglich werden es mehr.

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Herr Dunkel, ich war letzte Woche in Flensburg, dazu sage ich gleich noch etwas. Ich habe mir das dort angeguckt, und ja, es ist genau so, wie Frau Ostmeier es eben gesagt hat, es gibt weiteres Geld für den Schwimmunterricht. Dazu sage ich gleich noch etwas.

Herr Dr. Dolgner, ein Vorschlag zur Güte: 11,5 Millionen € - das habe ich eben noch einmal rausgesucht - in den Jahren 2015 bis 2020 zur Förderung der kommunalen Schwimmstättensanierung. Nichts mit Vorababzug, sondern tatsächliches Geld von der Küstenkoalition und von der Jamaikakoalition.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Landesregierung beschäftigten uns intensiv mit der Frage, wie wir den Infektionsschutz gewährleisten können und gleichzeitig Schwimmkurse möglich machen können. Sie wissen alle, dass das eine schwierige Gratwanderung ist, ich habe es eben schon gesagt: Wir wollen, dass die Kinder Schwimmen lernen. Wir wollen gleichzeitig aber auch niemand fahrlässig Infektionsgefahren aussetzen.

Mit der geänderten Corona-Bekämpfungsverordnung vom 26. März 2021 haben wir nun einen ersten Schritt gemacht, Schwimmkurse von Kindern bis 14 Jahren sind mit Hygienekonzepten wieder möglich. Das Bildungsministerium hat seinerseits am 19. April 2021 sämtlichen Grundschulen empfohlen, nach Rücksprache mit den Schwimmsportstätten vor Ort den Schwimmunterricht wieder aufzunehmen.

So nutzen wir die dann noch leeren Schwimmhallen bestmöglich aus. Wir fangen an, den Rückstand - ich gebe gern zu, in der Pandemie war ein völliges Runterfahren notwendig - in der Schwimmausbildung schnellstmöglich wieder aufzuholen. Auch vor der Pandemie hatten wir die Schwimmausbildung von Kindern im Blick. Die DLRG erhält aus dem Landeshaushalt jährlich 30.500 € für die ehrenamtliche Schwimm- und Rettungsausbildung.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Über einen Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom Januar 2019 kamen bereits 150.000 € hinzu.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Von 2019 bis 2021 stehen dadurch pro Jahr 50.000 € zusätzlich für Schwimmkurse im Land zur Verfügung. Leider konnten diese Summen während der Pandemie und während der Badschließungen nicht vollständig abgerufen werden. Durch die neue Regelung in der Corona-Bekämpfungsverordnung vom 26. März 2021 müssen diese Restmittel aber nicht verfallen. Zusätzlich können wir kurzfristig weitere Gelder mobilisieren. Frau Ostmeier hat das eben gesagt. Wir stocken die Mittel für den Schwimmunterricht auf insgesamt 400.000 € auf.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Wir haben Gespräche mit der DLRG und dem Schleswig-Holsteinischen Schwimmverband geführt. Beide stehen sozusagen auf den Startblöcken und sind im wahrsten Sinne des Wortes ins Wasser gesprungen. Ich habe mir das letzte Woche in Flensburg angesehen. Ich bin den Verbänden daher für Ihre Bereitschaft und vor allem für die vertrauensvolle Zusammenarbeit sehr dankbar.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gemeinsam können wir es schaffen, dass wir keine Jahrgänge mehr verlieren. Gemeinsam sorgen wir so dafür, dass unsere Kinder wieder sicher schwimmen lernen. Ich freue mich, wenn Sie diesen von uns als Landesregierung mit Ihnen gemeinsam eingeschlagenen Weg weiter unterstützen. - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Antrag des SSW in der Drucksache 19/3021 abstimmen, der an den Bildungsausschuss überwiesen werden soll. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, dass das einstimmig beschlossen worden ist.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2954, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, die Abgeordneten des Zusammenschusses der AfD und der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Präsident Klaus Schlie)

Dann lasse ich über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3023, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP, CDU, die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das ist niemand. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Erasmus+ ab 2021: Eine zukunftsorientierte Programmausgestaltung während und nach der Pandemie ermöglichen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2958

Dieser Tagesordnungspunkt ist nach der Verständigung der Geschäftsführungen so zu erledigen, dass die Reden dazu zu Protokoll gegeben werden. Ist das korrekt?

(Zuruf: Ja!)

Ist darüber noch etwas abzustimmen?

(Zuruf: Überweisung!)

- Überweisung? - Ich frage nur, weil mir dazu etwas vorliegt. An welchen Ausschuss soll überwiesen werden?

(Zuruf: An den Bildungsausschuss!)

- Logisch, an den Bildungsausschuss. - Wer mit der Überweisung des Antrags an den Bildungsausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, dass das einstimmig so beschlossen ist. - Vielen Dank.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 auf:

Die repräsentative Demokratie lebt vom Vertrauen

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2959

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Maskenaffäre haben sich in Berlin und München wahre Abgründe aufgetan. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass sich gewählte Abgeordnete mitten in einer Krise wie der Coronapandemie als Raffkes und Krisengewinnler erweisen - außerhalb dieser Krise natürlich auch nicht. Zwar gilt auch in diesen Fällen selbstverständlich zunächst die Unschuldsvermutung. Allerdings geht es mit dem vorliegenden Fehlverhalten um mehr als nur um strafrechtliche Fragen. Wer sich an der Krise bereichert, wer sein Mandat einsetzt, um Kasse zu machen, wer sich selbst die Taschen vollmacht, wenn andere in Not sind, der hat den moralischen Anspruch verloren, Mitglied eines Parlamentes zu sein.

(Beifall CDU und Dennys Bornhöft [FDP])

Es beschämt mich, dass es sich dabei um Mitglieder von CDU und CSU gehandelt hat.

Die Schnelligkeit, mit der Partei und Fraktion auf den Rückzug von allen Ämtern, die Niederlegung des Mandats und den Parteiaustritt gedrängt haben, zeigt allerdings auch, dass die Selbstreinigungskräfte in unserer Demokratie durchaus funktionieren. Ebenso gilt es zu attestieren, dass es sich bei diesem Fehlverhalten nur um wenige, bedauerliche Einzelfälle gehandelt hat.

Im Schleswig-Holsteinischen Landtag gibt es nämlich keinen Anlass, in irgendeiner Weise an der Integrität der Abgeordneten zu zweifeln. Das gilt auch im Hinblick auf die 40 weiteren Bundestagsabgeordneten verschiedener Fraktionen, deren Namen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Masken veröffentlicht worden ist. Diese Kolleginnen und Kollegen haben nichts anderes getan, als in der Krise ihren Job zu machen und zu helfen.

In einer Situation, in der medizinische Masken händeringend gebraucht wurden, aber zum damaligen Zeitpunkt kaum zu bekommen waren, haben sie Kontakte hergestellt, haben das zuständige Ministerium auf Unternehmen in ihren Wahlkreisen hingewiesen, die in die Produktion von Masken eingestiegen waren. All das gehört zu den originären Aufgaben von Abgeordneten. Genau dafür sind sie gewählt, aber eben nicht, um dafür Provisionen zu kassieren; denn dafür bekommen Abgeordnete bereits ihre Diäten und sind damit auch angemessen und ausreichend bezahlt.

(Beifall CDU und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Tobias Koch)

Meine Damen und Herren, auch wenn der Schaden zuallererst die Unions-Parteien betrifft, so schadet derartiges Fehlverhalten am Ende uns allen. Es stellt die Integrität von Abgeordneten infrage und zerstört das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen. Deshalb gilt es, jetzt Konsequenzen zu ziehen, um die Wiederholung dieser bitteren Erfahrungen so weit wie möglich auszuschließen.

Im Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetz und in den Verhaltensregeln ist bereits jetzt geregelt, dass die Ausübung des Mandats im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Mitglieds des Landtages stehen muss. Weiter heißt es in § 46 Absatz 2:

„Für die Ausübung des Mandats darf ein Mitglied des Landtages keine anderen als die gesetzlich vorgesehenen Zuwendungen oder andere Vermögensvorteile annehmen. Unzulässig ist insbesondere die Annahme von Geld oder von geldwerten Zuwendungen, die nur deshalb gewährt werden, weil dafür die Vertretung und Durchsetzung der Interessen der oder des Leistenden im Landtag erwartet wird.“

Gleichlautende Formulierungen finden sich allerdings auch im Abgeordnetengesetz auf Bundesebene. Die jetzigen Vorkommnisse haben somit Regelungslücken aufgezeigt, die eine bezahlte Lobbytätigkeit dennoch zugelassen haben.

Um dies zukünftig auszuschließen, haben die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD einen Entwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes in den Deutschen Bundestag eingebracht, der zwischenzeitlich auch mit Teilen der Opposition eingebracht worden ist. In Schleswig-Holstein befinden wir uns ebenfalls in fraktionsübergreifenden Gesprächen, die voraussichtlich schon im Juni zur Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes führen werden, um bezahlte Lobbytätigkeit zu verbieten.

Meine Damen und Herren, ich will dabei aber betonen, dass es weder in Berlin noch in Kiel darum geht, so weit in die Berufsfreiheit einzugreifen, dass Nebentätigkeiten gänzlich verboten werden. Als CDU-Fraktion wollen wir, dass auch in Zukunft Freiberufler, Selbstständige, Landwirte und Unternehmer Mitglied des Landtages werden können, ohne ihre berufliche Existenz aufgeben zu müssen.

(Beifall CDU und FDP)

Wir brauchen ihre Expertise und ihre Lebenserfahrungen, damit dieses Parlament weiterhin ein Spiegelbild unserer Gesellschaft bleibt. Nicht derjenige

ist am unabhängigsten, der außer Landtag nichts anderes kann, sondern derjenige, der auch draußen in der Welt seine Frau oder seinen Mann steht. Das gilt es bei allen angedachten Änderungen zu bedenken.

Über das Abgeordnetengesetz hinaus wird in Berlin auch über Änderungen im Strafgesetzbuch und im Parteiengesetz diskutiert. In beiden Fällen haben wir keine eigene Regelungskompetenz. Deswegen nur ganz kurz einige Anmerkungen zu diesen Vorschlägen.

Bei der Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit ist es allein mit einer Erhöhung des Strafmaßes nicht getan. Es muss auch die Formulierung des Tatbestandes angepasst werden; denn ansonsten läuft diese Regelung des Strafgesetzbuches zukünftig so ins Leere, wie das bisher leider der Fall war.

(Beifall FDP, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Bei der Änderung des Parteiengesetzes muss ein fairer Wettbewerb zwischen den Parteien auch bei der Finanzierung gewahrt werden. Allein bei den Parteispenden anzusetzen, greift deshalb zu kurz, wenn gleichzeitig die Parteienfinanzierung aus umfangreichen Unternehmensbeteiligungen ausdrücklich erlaubt bleiben sollte.

Meine Damen und Herren, wieder einmal zeichnet es den Schleswig-Holsteinischen Landtag aus, dass wir uns auf den heutigen Antrag über alle Fraktionsgrenzen hinweg gemeinsam verständigt haben. Ich bin zuversichtlich, dass dieses auch bei der Änderung des Abgeordnetengesetzes gelingen wird. Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Coronapandemie hat Maßnahmen erforderlich gemacht, die wir lange Zeit für undenkbar gehalten hätten: Ausgangssperren oder Kontaktverbote sind ein massiver Eingriff in Freiheitsrechte, aber auch

(Dr. Ralf Stegner)

eine besondere Belastungsprobe für unser demokratisches System.

Anders als in repressiven Systemen lebt unsere repräsentative Demokratie vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen. Eine Reihe von Vorfällen hat dieses Vertrauen in den vergangenen Monaten erschüttert: Abgeordnete, die hohe Provisionen für die Vermittlung von Masken kassiert haben, dubioser Lobbyismus für kaukasische Diktaturen, Provisionen oder Vermögensvorteile, die Mandatsträgern als Gratifikation für den politischen Einsatz gewährt wurden. Nichts davon ist im strafrechtlichen Sinne illegal. Politisch jedoch muss man das verurteilen. Wer sein Mandat nutzen will, um sich persönlich zu bereichern, hat in unseren Parlamenten nichts verloren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und AfD)

Das muss der demokratische Konsens sein.

In keinen dieser Skandale sind nach derzeitigem Stand Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus unserem Land oder gar aus diesem Hause verwickelt. Das ist die gute Nachricht. Trotzdem sollten die Vorfälle auch für uns Anlass sein, die bestehenden Regelungen für Landtagsabgeordnete auf den Prüfstand zu stellen.

Ich bin sehr froh, dass sich die demokratischen Fraktionen gemeinsam auf den Weg gemacht haben, über das Abgeordnetengesetz zu sprechen. Zwei Punkte sind dabei für meine Fraktion zentral:

Wir wollen unmissverständlich klarmachen, dass bezahlte Lobbyistustätigkeiten neben dem Mandat nicht zulässig sein dürfen. Und wir wollen auch verbindlicher machen, was unser Abgeordnetengesetz schon heute vorsieht, dass die Ausübung des Mandats im Mittelpunkt der Tätigkeit von Abgeordneten zu stehen hat. Darauf haben die Wählerinnen und Wähler einen Anspruch. Wer sich für ein öffentliches Mandat bewirbt, hat andere Ansprüche an Transparenz zu gewährleisten als andere Menschen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das heißt nicht, dass wir andere Betätigungen nicht wollen. Wir wollen, dass Abgeordnete sich neben ihrem Mandat natürlich ehrenamtlich oder kommunalpolitisch engagieren. Das ist wertvolles gesellschaftliches Engagement. Wir wollen auch, dass unser Parlament die Breite der Bevölkerung repräsentiert. Gerade Selbstständige, Freiberufler, die kein Rückkehrrecht haben, sollen Nebentätigkeiten haben dürfen.

Ich möchte mir den Hinweis erlauben, dass ich mir wünsche, dass es nicht nur einen Ansatz dafür gibt, dass im Parlament Rechtsanwälte und Notare angemessen vertreten sind, sondern auch mehr Frauen. Auch das ist ein Punkt, den wir, wie ich finde, noch zu leisten haben.

Ich bin auch dankbar dafür, dass wir die Gelegenheit nutzen wollen, um über - -

(Zuruf)

- Ja, weil wir über die repräsentative Vertretung der Bevölkerung gesprochen haben. Da, finde ich, ist an der einen oder anderen Stelle durchaus noch Nachholbedarf. Meine Fraktion jedenfalls sieht das so.

(Christopher Vogt [FDP]: Meine auch!)

Wir wollen aber auch über die Transparenz von Gesetzentwürfen reden. Der sogenannte exekutive Fußabdruck ist ein gutes Instrument, um offenzulegen, welche Interessen und Einflüsse in einem solchen Verfahren zusammenkommen.

Ich glaube übrigens, dass darin eine große Chance liegt, um zu verdeutlichen, dass Interessenvertretung keineswegs anrüchig ist. Wir sind beispielsweise unseren Verbänden in Schleswig-Holstein dankbar dafür, dass Politik durch die Anhörungen, die wir durchführen, praxistauglicher wird. Diese heißen nicht zufällig Anhörungen, sondern man soll die Menschen anhören und daraus etwas lernen.

Abgeordnetenbestechung ist noch nicht so lange Straftatbestand im Strafgesetzbuch. Insbesondere im Vergleich zum Beamtenrecht ist diese Regelung aber bisher kaum wirksam. Das liegt daran, dass nur solche Bestechungen erfasst werden, bei denen die Gegenleistung eines Mandatsträgers auf eine Zahlung folgt. Es ist ein gutes Signal, dass wir uns einig sind, dass wir auch dies verändern wollen. Der SSW, der sich hier auch geäußert hat, hat völlig recht: Da müssen die Formulierungen klar angepasst werden.

(Beifall SSW)

Wir hinken in Deutschland anderen Ländern hinterher, um das deutlich zu sagen. Es ist schlimm genug, dass das so lange gebraucht hat.

Auch die Veränderungen im Parteienrecht, die diskutiert werden, sind vernünftig. Für meine Fraktion ist klar: Der Einfluss einzelner finanzstarker Akteure auf die Politik muss begrenzt werden. Künftig sollte eine jährliche Höchstgrenze von 100.000 € pro Spenderin oder Spender greifen. Das ist immer noch viel Geld. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Diese

(Dr. Ralf Stegner)

Stückelung bei Spenden ist auch etwas, das - sagen wir einmal - unappetitlich ist, wenn ich das im Zusammenhang mit Essen einmal sagen darf. Ich glaube, das muss in der Politik auch anders gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Politikerinnen und Politiker sind keine besseren Menschen als andere, sondern es sind ganz normale Menschen wie die Bürgerinnen und Bürger, die uns wählen, auch. Schwarze Schafe wird es immer geben. Entscheidend ist, dass aus Einzelfällen kein System wird, dass wir Fehlentwicklungen entgegentreten und dass wir verstehen, dass ein schlechtes Beispiel immer uns alle trifft. Wir haben ein großes Interesse daran, gemeinsam zu zeigen, dass Politik keineswegs ein schmutziges Geschäft ist.

Ich ärgere mich immer sehr darüber, wie schlecht unsere Parteien geredet werden. Die demokratischen Parteien bestehen aus Menschen, die sich weitgehend idealistisch engagieren, die die Welt besser machen wollen. Das gilt für alle demokratischen Parteien hier. Deswegen ist es in unserem großen Interesse, dafür zu sorgen, dass wir zeigen, dass das repräsentative System funktioniert, dass es transparent ist, dass die Leute wissen, worauf sie sich einlassen, und dass wir dafür sorgen, dass diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten, das im wahrsten Sinne des Wortes bezahlen müssen.

Vielen herzlichen Dank, ich bedanke mich auch sehr bei den Fraktionen für die - wie ich finde - außerordentlich konstruktiven Gespräche. Wir haben jetzt ein bisschen Übung. Wir machen das zu verschiedenen Themen. Es ist ein gutes Zeichen, dass wir es schaffen, dass demokratische Parteien diesseits und jenseits von Regierung und Opposition Ding gemeinsam hinkriegen. Ich bin zuversichtlich, dass das gelingt, und ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Demokratie lebt von Vertrauen - hier im Haus, wenn wir miteinander Verabredungen treffen, aber Demokratie lebt vor allem von dem Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger in uns und in unsere

Arbeit setzen als diejenigen, die sie gewählt haben und die sie vertreten.

Das Vertrauen in die Institutionen des Staates, in das Parlament, die Regierung oder die Justiz ist überlebensnotwendig für diesen Staat. Fehlt dieses Vertrauen, fehlt auch die Akzeptanz für die Maßnahmen, die beschlossen werden. Dass diese Akzeptanz extrem wichtig ist, darüber haben wir im letzten Jahr hier sehr häufig diskutiert und dies immer wieder betont.

Dabei bekommt man Vertrauen nicht automatisch geschenkt. Es ergibt sich nicht aus dem Amt, weil man gewählt ist. Warum auch? Man muss es sich erarbeiten - natürlich durch verlässliche Politik, aber genauso auch durch integriertes Verhalten. Es darf nicht einmal der Eindruck entstehen, dass wir uns hier zum Selbstzweck oder zur Selbstbedienung treffen. Unser Eid verpflichtet uns, zum Wohl der Bevölkerung zu arbeiten. Natürlich dürfen wir unterschiedlicher Meinung darüber sein, was dem Wohl der Bevölkerung am besten dient, aber ganz sicher gehört dazu nicht, dass wir uns mit Maskengeschäften, mit Aktienoptionen oder mit anderen Vorteilen bedienen, um politische Entscheidungen zu treffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist übrigens nichts Neues. Für Transparenz und Gemeinwohlverpflichtung kämpfen wir schon sehr lange. In der letzten Legislatur haben wir dazu in Schleswig-Holstein auch schon einiges auf den Weg gebracht. Das war nicht immer ein ganz einfacher Kampf, auch mit den heute handelnden Kollegen, aber sei es drum: Ich freue mich über jeden Paulus.

Die heutige Resolution verpflichtet uns. Sie ist ein Auftakt. Sie bedeutet aber auch, dass wir nun Butter bei die Fische bringen müssen. Dazu gehören für uns Abgeordnetenregeln, die nicht hinter der Bundesregelung bleiben, eine klare Ausweisung der Nebeneinkünfte, ein Parteiengesetz auf Bundesebene zu unterstützen, das den demokratischen Erfolg der Parteien eben nicht davon abhängig macht, wie groß die Spendenbeteiligung ihrer Klientel ist, dass wir die Abgeordnetenbestechung im Strafgesetzbuch wirklich so formulieren, dass damit realistisch die Chance besteht, auch solche Straftatbestände aufzudecken, die wir erlebt haben, und Transparenz über die Entstehung von Gesetzen, der sogenannte legislative Fußabdruck.

Menschen, die in die Politik gehen, brauchen unsere Unterstützung. Auch das zeigen übrigens die letzten Jahre und die vielen Angriffe gerade auf eh-

(Eka von Kalben)

renamtliche Politikerinnen und Politiker. Deshalb ist es natürlich wichtig, dass wir keine Regelungen schaffen, die Menschen abschrecken, in die Politik zu gehen, sondern wir wollen dafür werben, dass dieses Haus voll bleibt und dass Menschen sich politisch engagieren. Es gibt Stimmen, die meinen: Wenn wir zu viel regeln, dann wirkt das abschreckend, dann könnte es sein, dass die Menschen sich nicht mehr auf ein Amt bewerben, dass man sich angreifbar macht, weil man öffentlich ist. Es wird von gläsernen Abgeordneten und Ähnlichem gesprochen.

Aber ich glaube, es ist genau anders herum. Wenn wir Transparenz der Einnahmen schaffen, dann ist das nicht mehr Gängelung, sondern das schafft mehr Transparenz, das schafft gerade Unterstützung in der Bevölkerung. Wenn die Bevölkerung das Gefühl hat, sie kann uns vertrauen, und wenn sie auch eine Transparenz darüber hat, wie wir arbeiten, dann wird sie sich auch solidarisch mit uns zeigen. Wenn Menschen ihren Politikerinnen und Politikern vertrauen, dann schützen sie sie auch. Dann solidarisieren sie sich gegen die Feindinnen und Feinde der Demokratie.

Ich bin fest davon überzeugt: Demokratie lebt von Vertrauen, und ich freue mich auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in weiterhin konkreten Schritten hin zu einem Abgeordnetengesetz. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt SPD und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Stegner, Sie haben eben gerade in Ihrer Rede wieder einmal die Begrenzung von Spenden in den Raum gestellt. Ich weiß nicht, ob sich gerade die SPD da einen Gefallen tut, wenn wir faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Parteien gewährleisten wollen. Wenn wir das wollen, und ich glaube, das ist sogar verfassungsrechtlich geboten, dann müssen die Einnahmemechanismen der Parteien gleichartig und gerecht sein. Die Konsequenz wäre, dass dann auch Einnahmen aus Unternehmensbeteiligungen der Höhe nach begrenzt sein müssen, denn es kann nicht sein, dass unverhältnismäßig hohe Gewinne aus Unternehmensbeteiligungen nicht durch Spenden kompensiert wer-

den können, die andere Parteien akquirieren müssen.

(Beifall FDP und CDU)

Deswegen sollten wir an der Stelle noch einmal überlegen, ob das der richtige Weg ist. Ich weise auch darauf hin: Wenn Sie das wollen, dann gilt auch für Unternehmensbeteiligung das Stückelungsverbot. Das heißt, alle Unternehmensbeteiligungen werden zusammengerechnet. Herr Stegner, wenn Sie und Ihre Partei da in Vorleistung gehen, dann wollen wir wohlwollend prüfen, ob der Lösungsansatz taugt.

(Beifall FDP und CDU)

Ein anderes Problem ist, dass seit Jahren - das zeigen die Umfragen - das Vertrauen in die Politik und ihre Protagonisten erheblich sinkt. Man muss besorgt sein, wenn nur noch 60 % der Menschen überhaupt Vertrauen in unsere Institutionen und Organisationen haben. Erschreckend ist auch, dass 42 % der Bürger die deutschen Politiker eher für korrupt halten - so ausdrücklich. Vorherrschend ist die Meinung, dass Politiker zu abgehoben wären, nur Eigeninteressen verfolgten und zu wenig normale Leute Politik machten.

Wie das passieren konnte, ist eine schon in den 80er-Jahren häufig gestellte Frage, und überzeugende Antworten haben wir seither so richtig nicht gefunden. Ich halte viele Vorwürfe, die den Politikern gemacht werden, für nicht berechtigt. Die meiste Zeit meines Lebens und auch meines Berufslebens war ich kein Politiker. Ich bin ziemlich spät dazu gekommen. Insofern habe ich die Perspektive als Bürger noch nicht so ganz verloren. Aber trotzdem besteht heute akuter Handlungsbedarf, um diesen Vertrauensverlust zu stoppen und möglicherweise umzukehren.

Um es auch einmal klar zu sagen: Wir gewinnen Vertrauen nicht allein dadurch zurück, dass wir einmal wieder wegen dem Fehlverhalten einzelner strengere Verhaltensregeln für schleswig-holsteinische Abgeordnete schaffen. Wir stellen uns nicht dagegen, wir müssen aber auch sehen, dass wir schon heute sehr strenge Abgeordnetenregelungen haben, die zwar nicht gesetzlich, aber in unseren Verhaltensregeln geregelt sind. Daran wirken wir auch gern mit.

Aber dies allein wird Vertrauen nicht zurückbringen. Verlässlichkeit und Offenheit spielen meines Erachtens die zentrale Rolle, wenn man Vertrauen bei den Bürgern zurückgewinnen will. Da haben wir viel zu oft versagt. Nehmen wir zum Beispiel

(Jan Marcus Rossa)

die letzte Europawahl: Es wurde Einfluss versprochen. Wir haben dafür geworben, dass die Wähler zur Wahl gehen, damit sie auf die Besetzung des Europaparlaments und auf die Kommission Einfluss nehmen. Und was passiert kurz nach der Wahl? - Uns wird eine Kommissionspräsidentin präsentiert, die sich nicht zur Wahl gestellt hatte. Das sind Dinge, mit denen wir bei den Bürgern Vertrauen verlieren, und das zu Recht.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Jörg Nobis [AfD])

Oder nehmen wir ganz aktuell die Coronapolitik: Über Monate hinweg werden am Bundestag und allen Landtagen vorbei - wohlgemerkt: das sind die gewählten Vertreter des Volkes - im Verordnungsweg massive Grundrechtseinschränkungen beschlossen, was rechtsstaatlich und öffentlich hätte diskutiert werden müssen.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Wenn man dauerhaft Vertrauen gewinnen will, muss man sein Verhalten dort ändern.

Was mich überrascht, ist eine andere Erkenntnis: Die Mehrzahl der Menschen sehen nach einer Umfrage Kompromisse in der Politik als Aufgabe der eigenen Prinzipien und werfen das den Politikern auch ausdrücklich vor. Ich habe da durchaus ein anderes Verständnis: Kompromisse dienen der Lösungsfindung und dienen auch dazu, möglichst einen breiten Konsens in der Gesellschaft herzustellen. Kompromisse haben den großen Vorteil, dass am Ende Ergebnisse erzielt werden, die weder Gewinner noch Verlierer kennen. Das halte ich, wenn es darum geht, Vertrauen zu schaffen, für förderlich und sinnvoll. Nur so können wir auch Vertrauen zurückgewinnen.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Wir werden in Zukunft unsere politischen Entscheidungsprozesse transparenter machen müssen. Wir werden unsere Entscheidungen besser erklären müssen. Wir müssen auch Kompromisse erläutern und erklären, damit wir für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nachvollziehbar werden. Wenn uns das gelingt, gewinnen wir auch Vertrauen zurück. Da bin ich mir sicher. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, Tobias Koch [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat schon vorbildliche Regelungen zur Offenlegung von sogenannten Nebeneinkünften. Das heißt aber nicht, dass hier nicht noch etwas verbessert werden kann. Wir haben zwar keine Erkenntnisse, dass sich irgendwelche Abgeordnete dieses Landtages etwas zuschulden haben kommen lassen, aber es ist natürlich klug, die Verfehlungen von Abgeordneten aus dem Bundestag und dem Bayerischen Landtag zum Anlass zu nehmen, um auch unsere Regelungen zu überprüfen und anzupassen.

Dabei möchte ich aber vorausschicken, dass Nebeneinkünfte nicht per se etwas Schlechtes sind. Wenn also Abgeordnete ihre bisherige Selbstständigkeit weiterführen, weiter ihrem Beruf nachgehen oder auch ihr Angestelltenverhältnis in Teilzeit weiterführen, dann sichert dies ihre Unabhängigkeit, und dann ermöglicht es auch nach dem Ausscheiden aus dem Landtag eine Rückkehr in den bisherigen Beruf.

Ich erinnere deshalb auch daran, dass man nur für fünf Jahre in den Landtag gewählt wird. Das ist ein Mandat auf Zeit, und dann werden die Karten wieder neu gemischt. Dann muss es auch möglich sein, dass Abgeordnete - und „Abgeordnetinnen“, wie man so schön sagt - eine entsprechende Sicherheit bekommen können.

Ein Ausscheiden aus dem Landtag nach fünf Jahren ist nämlich nicht ungewöhnlich, und deshalb muss auch dies bei der Bewertung von Nebeneinkünften mitgedacht werden.

Auch andere Einkünfte, wie zum Beispiel Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, oder gar der Besitz von Wertpapieren sind nicht verwerflich. Wichtig ist doch nur, dass die Einnahmen und Ausgaben transparent sind und dass sich vor allem mögliche Abhängigkeiten nachvollziehen lassen. Das gilt im Übrigen auch für Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen oder für ehrenamtliche Tätigkeiten in diesen. Auch hier gibt es Loyalitäten, die offengelegt werden müssen.

Die große Baustelle liegt allerdings woanders, nämlich auf der Bundesebene. Was die Verfehlungen der Abgeordneten aus dem Bundestag und dem Bayerischen Landtag nämlich eindrucksvoll belegen, ist, dass man ihnen, wenn man sie für eine Tätigkeit in Verbindung mit einem Mandat vergütet, nicht beikommen kann. Nach derzeitigem Recht kann ein Abgeordneter also seine Kontakte und sein

(Lars Harms)

Wissen für private finanzielle Interessen nutzen, ohne dass er Gefahr läuft, hier wegen Bestechlichkeit angeklagt zu werden. Gleiches gilt im Übrigen auch für denjenigen, der dem Abgeordneten eine finanzielle Leistung gewährt. Vor diesem Hintergrund hilft es dann auch nicht, wenn der Strafraum für Bestechlichkeit erhöht wird.

Es muss nachgewiesen werden, dass es einen Auftrag gab und dass dieser Auftrag angenommen wurde. So steht es im Gesetz. Aber genau das ist bei Bestechung meistens nicht möglich, weil genau darüber eben nicht Buch geführt wird, aus guten Gründen, und auch anderweitig ein Schriftstück oder Zeugenbeweis nicht besteht.

Deshalb muss nach unserer Auffassung nicht nur der Strafraum des § 108 e des Strafgesetzbuches erweitert werden, sondern der Straftatbestand an sich muss erweitert werden.

Zuerst muss klargestellt werden, dass Vergehen auch dann geahndet werden können, wenn ein Auftrag oder eine Weisung nicht explizit nachweisbar sind. Konkludentes Handeln sollte hier ausreichen, denn jedem Bürger ist es klar, wann Dinge hier nicht mehr okay sind. Dann müsste dies auch jedem Abgeordneten klar sein.

Weiter muss auch klargestellt werden, dass man auch, wenn man sich für Handlungen nachträglich belohnen lässt, bestraft werden kann. Auch die „Dankesgabe“ darf eben nicht angenommen werden. Unter normalen Abgeordneten ist das klar, aber die Fälle der Vergangenheit zeigen eben, dass nicht alle Abgeordneten solche normalen Abgeordneten sind. § 108 e des Strafgesetzbuchs muss also in seinen Tatbeständen erweitert werden. Sonst haben wir nur ein stumpfes Schwert.

Um es aber auch noch einmal klarzumachen: Wir haben hier in Schleswig-Holstein bisher glücklicherweise keine Fälle von solchen Verfehlungen, wie wir sie aus dem Bundestag kennen. Trotzdem müssen wir diese Fälle zum Anlass nehmen, unsere eigenen Regelungen zu hinterfragen und auf Bundesebene für schärfere Regelungen zu sorgen. Das tun wir, und das ist auch vernünftig. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Die repräsentative Demokratie lebt vom Vertrauen“, heißt es in der Überschrift des vorliegenden Antrags. Das ist ein Satz, den man nur allzu gerne unterschreiben möchte; er ist sehr zutreffend. Nicht nur die Demokratie braucht Vertrauen; auch Ehe, Partnerschaft und Freundschaft basieren auf Vertrauen. Kinder vertrauen ihren Eltern, Patienten vertrauen ihrem Arzt, und auch die Monarchie lebt vom Vertrauen in König oder Königin. Die Kirchen leben vom Vertrauen der Menschen auf Gott. Eine Welt ohne Vertrauen wäre trostlos.

Vertrauen ist das feste Überzeugtsein von der Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit einer Person oder Sache. So verhält es sich auch in der Politik. Doch die Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit von Politikern der Konsensparteien, insbesondere der CDU, hat arg gelitten, und dies nicht nur durch die Coronakrise und die in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion offensichtlich weitverbreitete Korruption.

Von Frau Merkel stammt der Satz: Man kann sich nicht darauf verlassen, dass das, was vor den Wahlen gesagt wird, auch nach den Wahlen wirklich gilt. - Damit hat Frau Merkel bereits der Verlässlichkeit in der Politik eine klare Absage erteilt. Was gestern noch galt, gilt morgen vielleicht schon nicht mehr.

(Zuruf FDP)

Die Halbwertszeit politischer Versprechungen wird immer kürzer. Das gilt auch für Schleswig-Holstein.

(Zuruf: Bei Ihnen war die Verlässlichkeit noch da?)

Ende Januar hat die Landesregierung einen Stufenplan vorgelegt, welche Lebensbereiche bei welchen Inzidenzwerten wieder öffnen sollen. Jetzt sind diese Inzidenzwerte erreicht, und auf einmal will sich die Regierung nicht mehr an ihren Plan halten. Bis zum heutigen Tag lässt die Regierung Günther die Bevölkerung im Unklaren darüber, welche Regelungen in den kommenden Wochen gelten sollen, wie die Planungen für den Sommer aussehen. Auch so verspielt man das Vertrauen der Bürger in die Politik.

Meine Damen und Herren, auf der Webseite Statista können Sie das Ergebnis nachlesen, und es ist anders, als Herr Rossa das sagt: Eine Mehrheit von 58 % der Bürger hat nämlich kein Vertrauen mehr in politische Parteien. Das war noch vor dem Bekanntwerden der Korruptions- und Bereicherungs-

(Jörg Nobis)

vorwürfe gegen zahlreiche Mandatsträger im Deutschen Bundestag.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Was sagen denn Ihre Wähler zu Ihrem Fraktionsstatus?)

58 % ohne Vertrauen in die Politik, Tendenz weiter negativ. Das ist ein grottenschlechtes Zeugnis für die Politik und ein Zeugnis des Versagens für die Altparteien.

Da ist es auch kein Zufall, dass die früheren Volksparteien immer weiter erodieren.

Die SPD ist schon lange nur noch ein Schatten ihrer selbst und verläuft sich in identitätspolitischen Sackgassen, statt sich um die Sorgen ihrer früheren Wähler zu kümmern. Die CDU zeichnet mit einigem zeitlichen Abstand den Weg der Democrazia Cristiana nach: Nach 16 Jahren Merkel sind Sie inhaltlich und personell entkernt.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie haben den Antrag schon inhaltlich gelesen? - Ich würde mich freuen, wenn Sie zu ihm sprechen würden.

Jörg Nobis [AfD]:

Und dann kommen auch hier im Land diese Umfrageergebnisse zustande: Minus 8 Prozentpunkte - das scheint nur der Katalysator zu sein und durch den Maskenskandal hervorgerufen.

Meine Damen und Herren, Sie verlieren den Kontakt zum Volk und versuchen, diesen Umstand nun mit diesem Schaufensterantrag zu vertuschen. Dieser Antrag hier und heute dient vor allem der Selbstvergewisserung der antragstellenden Fraktionen, verbunden sicher mit dem Wunsch, verlorenes Vertrauen im Superwahljahr zurückzugewinnen. Viele Politiker, insbesondere der CDU, haben sich aber auch echt viel Mühe gegeben, das Vertrauen der Bürger nachhaltig zu verspielen. Ihr Antrag, so vermute ich, wird daran nichts ändern. Wir stimmen ihm heute dennoch zu, verbunden mit dem Hinweis, dass verlorenes Vertrauen durch einen solchen Antrag nicht zurückkommt und dieser Antrag damit nur vor allem ein Auftrag an die alten Parteien sein kann, sich zur Abwechslung mal wieder dem Wohle des Deutschen Volks zuzuwenden, und zwar völlig ohne Eigennutz. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD - Zuruf: Wann machen Sie das denn mal?)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorredner mag ohne Eigennutz gewesen sein, er ist aber definitiv ohne Gemeinnutz, so viel steht fest.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Aber das ist nicht der Grund, warum ich mich gemeldet habe. Ich habe mich gemeldet wegen des Beitrags des Kollegen Rossa. Ich will das in aller Freundlichkeit sagen, weil wir einen gemeinsamen Antrag haben und weil es eine Verabredung gibt, dass die Generalsekretäre der demokratischen Parteien in Berlin über das Parteiengesetz und über die Parteienfinanzierung reden. Das ist ja eine Angelegenheit des Bundes.

Ich will aber schon gerne, damit hier kein falscher Eindruck entsteht, sagen, dass die unterschiedlichen Vermögen auch aus unterschiedlichen Quellen stammen. Wir beklagen uns nicht, dass andere Parteien deutlich mehr Spenden bekommen als wir. Das ist so, das ist schon immer so gewesen. Das hat auch Gründe, aber darüber beklagen wir uns gar nicht. Da geht es um Transparenz und darum, dass man das nicht übertreibt.

Aber ich will Ihnen einmal sagen, wie das Vermögen der SPD entstanden ist: In Zeiten des Sozialistengesetzes, als die SPD verboten gewesen ist, ist durch den sogenannten Arbeitergroschen Vermögen angehäuft worden in Form von Druckereien, in Form von Parteihäusern und Ähnlichem. Dann sind wir als Sozialdemokraten in der Nazizeit enteignet worden. Die SPD war verboten. Ein Teil dieses Vermögens ist in den 50er-Jahren zurückgegeben worden. In der DDR ist die SPD abermals verboten worden - zwangsfusioniert und verboten worden. Das Vermögen ist eingezogen worden. Anders als bei den Blockparteien - Teil der nationalen Front in der DDR - ist das mit dem Vermögen anders geregelt. Daher rührt das Vermögen der Sozialdemokratie.

Die Erträge aus den Unternehmensbeteiligungen sind heute übrigens deutlich niedriger als das, was andere durch Spenden einnehmen. Das will ich nur am Rande erwähnen. Das ist ein anderer Punkt. Aber das ist so entstanden. Das will ich schon sa-

(Dr. Ralf Stegner)

gen, das ist ein Teil der guten Tradition der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten von der Heide?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön.

Tobias von der Heide [CDU]: Herr Stegner, ich habe eher eine Frage, und zwar kann ich diesen geschichtlichen Hintergrund der Unternehmensbeteiligungen der Sozialdemokratie durchaus nachvollziehen. Nun sind wir ja im Hier und Jetzt. Eine Möglichkeit wäre ja - die Diskussion ist ja nicht neu -, dass die SPD für sich entscheidet, sich von diesen Unternehmensbeteiligungen zu trennen, weil in der Tat Beteiligungen an Medienunternehmen, die sogar hier in Schleswig-Holstein wirken, schon ein Geschmäcke haben und immer wieder auch zu einer Diskussion führen. Ich frage: Warum trennt sich die SPD nicht von diesen Beteiligungen?

- Lieber Herr Kollege von der Heide, ob das ein Geschmäcke hat, das lasse ich einmal dahingestellt. Einfluss auf redaktionelle Inhalte hat die Unternehmensbeteiligung in keiner Weise. Dazu müssen Sie die Zeitung nur lesen, um festzustellen, dass das so ist.

(Heiterkeit und Beifall SPD)

Das lasse ich dahingestellt. Ich sage noch einmal: Mich hat nur ein bisschen die Tonlage befremdet, dass die Generalsekretäre der demokratischen Parteien beauftragt sind, in Berlin über das Parteiengesetz und über Parteienfinanzierung zu reden - das tun die. Da stellt sich die SPD in keiner Weise in den Weg oder behauptet, dass das nicht fair oder vernünftig sei. Wir beklagen uns nicht darüber, dass andere mehr Spenden bekommen, deutlich mehr, übrigens schon seit vielen Jahren deutlich mehr Spenden als wir bekommen, Großspenden von großen Unternehmen und Ähnliches mehr, die auch höher sind als das, was wir an Unternehmensbeteiligungen haben. Über all das kann man miteinander reden, das werden wir auch tun - nicht hier, das ist nicht im Landtag zu entscheiden, sondern dort.

Aber ich finde es schon wichtig, dass man das mit den Unternehmensbeteiligungen in den richtigen Kontext einordnet. Deshalb war das nicht nur ein historischer Rekurs, sondern die SPD als älteste de-

mokratische Partei in Deutschland hat sich das in einer Form - durch unsere Mitglieder sozusagen - erworben, ist zweimal enteignet und nur teilweise entschädigt worden - im Gegensatz zu den anderen Parteien. Das muss hier schon gesagt werden, damit das nicht in einen falschen Kontext eingeordnet wird. Daran lag mir. Das wird nämlich protokolliert, und da können die, die das nicht wissen, das noch einmal nachlesen. Darauf ist die SPD im Übrigen stolz.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, nun möchte der Abgeordnete Rossa Ihnen eine Frage stellen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön.

(Das Saalmikrofon funktioniert nicht)

- Jetzt werden die nicht nur bei den Spenden, sondern auch schon bei den Mikrofonen benachteiligt.

Jan Marcus Rossa [FDP]: So, jetzt hören Sie mich. Herr Dr. Stegner, Ihr Beitrag beruht auf einem Irrtum. Mir ging es überhaupt nicht darum, die Einnahmesituation der SPD durch Unternehmensbeteiligungen infrage zu stellen. Ich habe überhaupt nichts gegen Unternehmensbeteiligungen, auch bei Parteien durchaus nicht, auch im Medienbereich nicht. Das sehe ich auch durchaus anders als der Kollege von der Heide. Aber hier geht es ja um etwas anderes. Hier geht es um die Finanzierung von Parteien, die diese Finanzen brauchen, um einen politischen Wettbewerb um Wähler finanzieren zu können. Darum geht es. Da brauchen wir Gleichgewicht. Wenn wir die Beschränkung der Einnahmenseite nur bei den Spenden regeln wollen, aber andere Einnahmequellen außer Betracht lassen, kann das zu einer Schieflage und zu eben nicht mehr gerechten Wettbewerbsbedingungen führen. Darum geht es mir. Die Frage der Ehrenhaftigkeit Ihrer Unternehmensbeteiligung, die historische Verstrickung Ihrer Unternehmensbeteiligungen spielen überhaupt gar keine Rolle. Es geht nur darum, dass wir vernünftige, wettbewerbsmäßig ordentliche Verhältnisse auch im Bereich der Einnahmen haben.

- Lieber Herr Kollege Rossa, zwei Bemerkungen dazu. Zum Einen habe ich vorhin gesagt, die Generalsekretäre der demokratischen Parteien reden darüber, wie die Parteienfinanzierung fair ausgestaltet

(Dr. Ralf Stegner)

wird - mit Transparenz für alle Beteiligten. Da sind wir für die gleiche Transparenz bei uns wie bei jedem anderen. Zum Zweiten ist es natürlich nicht ganz egal, weil die Wettbewerbschancen, die die Parteien haben, natürlich auch damit zusammenhängen, wie das Eigentum entstanden ist, was die Parteien haben. Ich will schon Wert darauf legen, dass dieses Schicksal, das die Sozialdemokratie erlitten hat, von den anderen demokratischen Parteien nicht geteilt wird. Ich will nicht in die Details dessen eintreten, was hier mit dem Vermögen in den neuen Bundesländern zu DDR-Zeiten geschehen ist, Sie können das nachlesen. Da werden Sie feststellen - es wirkt ja fort -, dass das Vermögen und die Möglichkeiten der Parteien auf unterschiedlichen Wegen entstanden sind.

Aber sei es drum. Wir sind bereit. Unser Generalsekretär ist da genauso dabei. Wir können das nicht beeinflussen. Da werden sie sich auf etwas Vernünftiges verständigen. Den Grundsatz von Ihnen teile ich: Wir brauchen fairen Wettbewerb der Parteien. Das wollten wir auch haben. Das steht übrigens auch in der Resolution, dass wir das wollen. Und wir wollen Transparenz. Dagegen wird sich die SPD ganz gewiss nicht verweigern. Ich sage noch einmal: Die demokratischen Traditionen sind ja bei uns sehr lang. Für fairen Wettbewerb waren wir schon immer - nicht, dass wir ihn schon immer bekommen hätten, um das hinzuzufügen. Aber wir waren schon immer dafür, und den wird es auch geben. Da muss sich niemand sorgen.

Nun freue ich mich, Herr Rossa, dass Sie in der Sache offen sind und eher den Grundsatz betont haben, denn was dabei herauskommt, weiß ich natürlich auch nicht. Das haben wir hier nicht zu entscheiden. Das, was wir hier entscheiden können, sollten wir allerdings auch gemeinsam entscheiden. Da ist mein Eindruck übrigens, dass die Gemeinsamkeiten deutlich größer sind als die Unterschiede. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Maskenbeschaffungsskandale im Bundestag oder auch in Bayern haben in der Tat sozusagen diese Diskussion noch einmal erneuert. Ich

glaube, deswegen ist es wichtig, dass wir sie offensiv führen.

Ich will aber auch sagen, dass Abgeordnete Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volks sind. Ich muss noch einmal betonen: Es geht an der Stelle um das deutsche Volk und die Bevölkerung in Deutschland. Besonders betroffen gemacht hat mich nicht nur diese Maskenbeschaffungsaffäre, sondern auch, dass es Abgeordnete gibt, die sich als Mitglieder des Europarats offenbar für autoritäre Staaten eingesetzt haben. Ich glaube, auch das ist ein Punkt, über den man sprechen muss. Denn die Einflussnahme von autoritären Staaten - das sehen wir auch in diesen Tagen -, die Europa zersetzen wollen, die unserem Land nichts Gutes wollen, ist ein Punkt, wo man genau hinschauen muss. Auch da brauchen wir Transparenz und Unabhängigkeit an der Stelle.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Das betrifft in den letzten Jahren nicht nur die Politik, sondern auch andere demokratischen Institutionen und andere Bereiche, die früher Instanzen waren und in der Bevölkerung Vertrauen genossen. Ich will jetzt nicht den ADAC nennen. Allein wenn man an den Deutschen Fußballbund denkt, einen der größten Sportvereine der Welt, an die FIFA und daran, wie Turniere vergeben werden, und an das Olympische Komitee: All diese Institutionen haben eine Vertrauenskrise.

(Zuruf)

- Ja, Sie haben eine Vertrauenskrise, Herr Kollege. Dieses Problem muss man an dieser Stelle sehen. Die Institutionen müssen daran arbeiten.

Ich will noch einmal einen Punkt ansprechen, Herr Dr. Stegner. Sie haben sich ja eben mit dem Kollegen Rossa angenähert. Transparenz und Unabhängigkeit müssen nicht nur für Abgeordnete gelten, sondern beim Vertrauen in die Politik geht es eben auch um die Parteien. Deswegen muss es auch dort Transparenz und Unabhängigkeit geben. Über diesen Punkt muss man sprechen. Sie haben auch gesagt, es gehe um Chancengleichheit im Wettbewerb.

Die AfD - Herr Nobis - hat das Thema verfehlt. Es gibt mittlerweile Menschen in Parlamenten, die die Parlamente missbrauchen und den Parlamentarismus verächtlich machen wollen. Sie laden Leute in Parlamente ein, die Abgeordnete belästigen. Die AfD macht das und schürt ganz bewusst Vorurteile, um Stimmung zu machen und Proteststimmen zu

(Christopher Vogt)

ernten. Das ist ein Problem, mit dem wir uns noch offensiver auseinandersetzen müssen, Herr Nobis.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf AfD)

Sie sprechen immer von „Konsensparteien“. An der Stelle, muss ich sagen, haben Sie leider einen Punkt getroffen. Ich glaube, wir müssen die Unterschiede im konstruktiven Streit austragen und deutlicher machen für die Menschen, die die Unterschiede nicht mehr sehen. Das ist ein Punkt, den wir herausarbeiten müssen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Abschließend möchte ich sagen, Herr Dr. Stegner: Unser Problem sind nicht Millionärparlamente, wie Sie es kürzlich gesagt haben. Unser Problem ist, dass sich tatsächlich viele Berufsgruppen, viele Menschen in der Mitte der beruflichen Karriere nicht trauen, ein politisches Mandat anzustreben. Wir wollen kein Millionärparlament, wir wollen aber - ich will niemandem zu nahe treten - auch keine Beamtenparlamente. Wir müssen allen Menschen den Weg in die Parlamente öffnen, damit wir diverser werden und das Volk noch besser repräsentieren können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz, Claus Christian Claussen.

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Am Ende der Debatte sind wir uns einig: Die repräsentative Demokratie lebt maßgeblich vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist es Aufgabe der demokratischen Staatsorgane, um dieses Vertrauen fortlaufend zu werben und es im täglichen Handeln zu rechtfertigen. Nicht zum ersten Mal - und bei realistischer Betrachtung bedauerlicherweise wohl auch nicht zum letzten Mal - ist dieses Vertrauen in den letzten Wochen und Monaten enttäuscht worden. Insofern bleibt festzustellen, dass auch Abgeordnete nicht per se bessere Menschen sind. Wie in der Bevölkerung gibt es auch unter Abgeordneten in den Parlamenten schwarze Schafe. Bei uns ist das Gott sei Dank

bislang nicht der Fall gewesen. Wir müssen dagegen vorgehen und versuchen vorzubeugen.

Ein breiter demokratischer Konsens darüber, welche Erwartungen wir erfüllen wollen und müssen, ist dafür eine gute Voraussetzung. Deshalb ist auch der fraktionsübergreifende Antrag genauso wie diese Debatte eine gute Grundlage hierfür. Es ist wichtig, dass wir uns hier im Parlament offen darüber austauschen.

Es ist auch gut, dass wir uns in Schleswig-Holstein auch ohne konkreten Anlass bereits in dieser Legislaturperiode auf Verhaltensregeln verständigt haben. Die damit erreichte Transparenz kann für das Vertrauen der Bürger nur hilfreich sein. Natürlich müssen Regeln immer wieder überprüft, präzisiert und gegebenenfalls verschärft oder angepasst werden. Was auf Bundesebene angeschoben wurde, ist daher zu begrüßen.

Aber welche Regeln wir auch im Einzelnen schaffen: Gemeinsame Überzeugung muss es sein, dass Abgeordnete, Regierungsmitglieder oder andere Amts- oder Mandatsträger ihre Tätigkeit zum Wohle der Allgemeinheit ausüben und nicht für den persönlichen Profit. Das gilt selbstverständlich zu jeder Zeit, aber besonders abstoßend ist es, wenn Mandatsträger eine Krise dazu nutzen, sich persönliche Vorteile zu verschaffen. So etwas tut man nicht!

Deshalb muss das Fehlverhalten in diesem Bereich aufgeklärt und beseitigt werden. Denn über die Strafansprüche des Strafrechts hinaus gibt es gesellschaftliche und moralische Normen, was ein Abgeordneter tun und lassen sollte. Das Parlament, aber auch die Regierung und andere staatliche Organe haben insoweit Vorbildfunktion. Sie müssen sich mit anderen Maßstäben messen lassen als jeder Mann. Deshalb ist es gut, wenn wir gemeinsam versuchen, dieser Vorbildfunktion nachzukommen.

Gleichzeitig sollten wir uns aber auch gegen jede Art von Generalverdacht wehren, alle Abgeordneten hätten ohnehin nur unlautere Motive. Denn auch dieser Generalverdacht schadet der Demokratie. Wirtschaftliche Betätigung oder selbstständige berufliche Tätigkeit darf nicht dazu führen, dass bestimmten Berufsgruppen der Zugang zum Parlament versperrt wird. Wir brauchen in unseren Parlamenten kreative Köpfe. Wir brauchen ein buntes Parlament. Es muss aber erkennbar sein, ob und welche möglichen Abhängigkeiten oder Interessenskonflikte bestehen. Damit wird Vertrauen geschaffen und nicht untergraben.

Auf eine Gefahr möchte ich besonders hinweisen: Wir dürfen nicht zulassen, dass die berechnete Kri-

(Minister Claus Christian Claussen)

tik am Verhalten einzelner dazu missbraucht wird, unsere demokratischen Institutionen zu diskreditieren und zu diffamieren. Genau das hat Herr Nobis hier eben getan.

(Jörg Nobis [AfD]: Das machen die Abgeordneten schon selber, die sich bereichern!)

Diese Debatte und ihr Anlass haben nichts mit Staatsversagen zu tun. Sie zeigt vielmehr, welche Selbstheilungskraft in unserer Demokratie steckt, und dass Fehlentwicklungen korrigiert werden können und müssen. Dazu kann jeder von uns einen Beitrag leisten. Wir alle sind aufgerufen, das Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger in uns setzen, täglich zu rechtfertigen. Es ist gut, wenn wir uns dabei gegenseitig auch helfen und unterstützen. Der Anlass für diese Debatte ist bedauerlich gewesen. Die Debatte selbst dagegen war notwendig und hilfreich. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2959, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Gender-Budgeting-Kriterien bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme in Schleswig-Holstein stärker berücksichtigen

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2965 (neu)

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. Wir beginnen mit der Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Präsident Klaus Schlie:

Entschuldigung, ich muss Sie eben unterbrechen. Es tut mir leid, Frau Abgeordnete. Das ist mir eben durchgerutscht: „Budgeting“ natürlich, nicht „Budgetierung“. Das tut mir leid, aber Sie hätten das bestimmt gleich richtiggestellt, Frau Abgeordnete!

Beate Raudies [SPD]:

Oder ich wäre großzügig darüber hinweggegangen, Herr Präsident. Ich kann auch in kleinen Dingen großzügig sein.

Es ist ein Thema, das alle betrifft, nicht nur die Frauen. Gerade eben hörte ich so nebenbei: Jetzt können die Männer alle gehen. - Nein, die Männer können nicht alle gehen, denn, liebe Kolleginnen und Kollegen: Gender Budgeting ist ein Thema, das uns alle angeht. Wirtschaft und Gesellschaft haben in vielerlei Hinsicht unter den Auswirkungen der Coronapandemie gelitten. Das haben wir in den letzten Wochen immer wieder an dieser und anderer Stelle gehört. Frauen und Mädchen sind davon unverhältnismäßig stark betroffen. Zu viele Frauen arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen und in gesellschaftlich relevanten, aber unterbezahlten Berufen.

Egal, ob häusliche Gewalt, berufliche Belastung oder der Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt - die Pandemie hat bestehende Ungleichheiten weltweit verschärft, und nicht nur in der Europäischen Union hat sie sich besonders auf Frauen übermäßig stark ausgewirkt. Aber haben wir das im Blick?

Rund 1,8 Billionen € will die EU in den nächsten Jahren ausgeben, zum Beispiel für den Kampf gegen die Coronapandemie, aber auch für ihre normalen Strukturfonds und Förderprogramme. Die Haushaltsentscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, haben - das ist klar - unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. Der EU-Aufbaufonds zum Beispiel, der jetzt im Zuge der Coronakrise aufgelegt wird, fokussiert vor allem auf männerdominierte Branchen. Nicht nur, aber auch deshalb brauchen wir die Umsetzung des Gender Budgeting auf europäischer und nationaler Ebene bei der Verteilung aller Mittel.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Beispiel beim Thema Arbeitsbedingungen. Als Betreuungsperson sind Frauen seit Beginn der Krise beruflich wie privat besonders hohen Belastungen ausgesetzt. Nutzen wir die Mittel, um Investitionen in Betreuungsdienste sicherzustellen und

(Beate Raudies)

die Arbeitsbedingungen in diesem Sektor zu verbessern!

Dasselbe gilt für den Zugang zur Ausbildung: Zu wenige Frauen und Mädchen arbeiten in technischen Berufen. Lassen Sie uns mit den EU-Mitteln einen noch besseren Zugang zur technischer Ausbildung sicherstellen! Wo Frauen gleiche Chancen haben, profitiert die gesamte Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der größte Haken bleibt der politische Handlungswille, und hier setzt unser Antrag an. Denn bisher fehlt es an genau diesen verbindlichen Anforderungen zur faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern in den operationellen Programmen, und bei der Umsetzung und Evaluierung kommt die Frage sowieso zu kurz.

Es wird Zeit, dass die Gleichstellung der Geschlechter, die von Beginn an in den Europäischen Verträgen und Grundrechten verankert war, endlich in den Entscheidungen über Finanzen und Fördermittel berücksichtigt wird, wie es zum Beispiel das EU-Parlament letzten Sommer in einer Resolution mehrheitlich gefordert hat - gern noch einmal zur Erinnerung an die Kolleginnen und Kollegen aus diesem Haus, die dort jetzt arbeiten.

So fordern es nicht nur das Parlament, sondern auch die aktualisierten Leitlinien der Europäischen Kommission für die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Konjunktur- und Resilienzplans. Nicht nur Geschlechtergleichstellung und Chancengleichheit sind hier als Ziel verankert, sondern auch - hört, hört! - gleiche Bezahlung. Außerdem müssen die Mitgliedstaaten darlegen, wie ihre Wiederaufbaupläne die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise auf Frauen, einschließlich geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt, abmildern. Zu guter Letzt sollen die Mitgliedstaaten geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Daten vorlegen, damit im Anschluss Ergebnisse auch bewertet werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn die Landesregierung bei der Ausgestaltung der Programme formal die Kriterien der EU einhält, faktisch könnten wir mehr tun.

(Beifall SPD)

Wenn 100 Frauen und 100 Männer von Fortbildungsmitteln profitieren, ist das noch nicht geschlechtergerecht, wenn den Frauen die Tippausbildung, also der Schreibkurs, bezahlt wird und den Männern die Führungsförderung - um ein prägnantes Beispiel zu bringen.

Warum machen wir es nicht wie andere Länder und binden die Zivilgesellschaft stärker ein? Dafür könnten wir zum Beispiel einen Teil der technischen Hilfe verwenden. Hier geben die EU-Vorgaben den Ländern Spielraum in der Umsetzung - einmal ganz abgesehen davon, dass das Land dafür sogar zusätzliche Mittel einsetzen könnte.

Sehr geehrter Herr Minister Claussen, im Protokoll des Europaausschusses vom 10. März 2021 las ich vorhin Ihre Einschätzung, dass das Thema Gender Mainstreaming auf Ebene der EU-Kommission hinreichend verankert sei. Aber das reicht nicht: Das Thema Geschlechtergerechtigkeit und Gender Budgeting muss auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen verankert sein, also auch bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme in Schleswig-Holstein.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Uns ist unser Mitarbeiter abhandengekommen. - Wenn der Abgeordnete Fehrs Abstand vom Rednerpult hält, würde ich ihm jetzt das Wort erteilen.

Wolf Rüdiger Fehrs [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Herzlichen Dank für den Hinweis. Da ich nicht zu den schlankesten Menschen dieses Landtags gehöre, ist ein gewisser Abstand zum Pult automatisch gegeben.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Sie haben den Antrag ja zu dritt unterzeichnet. Ich habe den Antrag „Gender Budgeting Kriterien bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme in Schleswig-Holstein stärker berücksichtigen“ etwas verwundert gelesen, verwundert deshalb, weil ich eine Aussage erwartet hätte, dass in Schleswig-Holstein bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme etwas kräftig schieflaufe und deshalb hier im Plenum durch Sie ein Antrag eingereicht werde, um den Missstand im Landtag zu beseitigen.

Frau Raudies, weder im Antrag noch in Ihrer Rede finde ich konkrete Beispiele oder Anhaltspunkte, dass beim Gender Budgeting im Lande etwas aus dem Ruder läuft. Der allgemeine Hinweis, dass die gleichstellungsorientierte Umsetzung von Fördermaßnahmen in anderen Bundesländern anders organisiert wird, ist mir etwas zu wenig. Im Ziel sind wir uns ja durchaus einig. Mir scheint nur, dass Sie

(Wolf Rüdiger Fehrs)

mit Ihren umfangreichen Vorschlägen etwas unverhältnismäßig über das Ziel hinausschießen. Wenn ich im Garten kleine Korrekturen an Beeten oder nur an einem Beet vornehmen will, dann reicht in der Regel ein Spaten, dann ist nicht gleich der große Bagger notwendig.

Im Mittelpunkt von Förderprogrammen müssen die Projekte stehen, die gefördert werden sollen, und dann müssen dabei die gesellschaftlichen Aspekte berücksichtigt werden, nicht umgekehrt.

(Unruhe SPD)

Lassen Sie uns zunächst einmal im Ausschuss klären, wie die Ministerien an dieser Stelle konkret arbeiten und welche Ergebnisse erzielt oder vielleicht nicht erzielt werden, und danach entscheiden, ob Anpassungen erforderlich sind.

(Beifall CDU - Serpil Midyatli [SPD]: Aus welchem Jahrhundert ist die Rede?)

Ich beantrage deshalb die Überweisung federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Wirtschafts- und den Europaausschuss.

(Serpil Midyatli [SPD]: An alle Gleichstellungsbeauftragten des Landes! - Anhaltende Unruhe SPD)

- Herzlichen Dank für den Hinweis. - Ich möchte mir an dieser Stelle noch einen Hinweis erlauben, ohne das damit klassifizieren zu wollen: Wenn Sie Zeit haben, sollten Sie die Gelegenheit nutzen, die Website des Rings Christlich-Demokratischer Studenten anzuschauen. Die ist sehr lesenswert, was die Petition betrifft. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anhaltende Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Wenn es um Haushaltsmittel und Förderprogramme geht, dann wird das oft damit verbunden, dass sie wirksam sein müssen, dass die Mittel sparsam eingesetzt werden sollen oder dass sie da ankommen sollen, wo sie gebraucht werden.

(Beifall FDP)

- Das ist zwar richtig, aber der schnelle Applaus zeigt auch, dass das reichlich undeutlich ist. In Sonntagsreden und am Stammtisch ist man sich oft relativ schnell einig im subjektiven Empfinden, wo das Geld tatsächlich gebraucht wird und wo es schnell ankommen soll, in der tatsächlichen Ausgestaltung stellt sich das oft sehr viel differenzierter dar. Tatsächlich gibt es eine breite Debatte darüber, wie Haushaltsmittel wirksam eingesetzt werden, und es gibt breite und interessante Versuche dazu, wie es besser gestaltet werden kann.

(Anhaltende Unruhe)

Ein Beispiel ist der wirkungsorientierte Haushalt in Kiel. Klar ist: Es kommt auf die Ziele an, wenn wir darüber sprechen, ob Mittel wirksam und sparsam verwendet werden.

Zu den Zielen und Querschnittszielen zählt eben beim ESF Plus und bei EFRE, also bei den EU-Förderprogrammen, das Gender Mainstreaming. Es ist also nicht so, dass man das hier ausklammern sollte oder könnte. Denn es ist vollkommen richtig: Eine Finanzpolitik, die der Gesellschaft dienen soll, sollte der gesamten Gesellschaft dienen und eben nicht primär den männlichen 5 % - es sind sogar 50 %.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Erkenntnis ist also nicht neu. Deshalb ist es auch richtig, das Gender Mainstreaming - und Gender Budgeting ist nun einmal ein Teil von Gender Mainstreaming - bereits Teil des ESF und des EFRE waren und weiter sind.

In Schleswig-Holstein bekommt die Ausgestaltung und Durchführung des ESF in der Evaluation sogar eine gute Bewertung. Bei EFRE sind wir teilweise sogar dabei, die Querschnittsthemen überzuerfüllen.

Übrigens ist das so, während der Landesrechnungshof all das kritisiert. Der Landesrechnungshof kritisiert das zusätzliche Personal, das dort eingestellt worden ist, und diese Fokussierung. Dazu möchte ich ganz klar sagen, dass wir die Kritik des Landesrechnungshofes nicht teilen, sondern diese Querschnittsziele unbedingt ernst nehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem bleibt eine Debatte über die Optimierung selbstverständlich richtig. Deshalb sollten wir auf diverse Akteure hören. Zum Kollegen Fehrs möchte ich sagen: Der RCDS ist natürlich nicht unbedingt die Innovationskraft, auf die man hier verweisen

(Lasse Petersdotter)

sollte. Da gibt es meiner Auffassung nach sinnvollere Gruppierungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe SPD)

Deswegen ist es auch richtig, den Antrag in die Ausschüsse für Finanzen, Wirtschaft und Europa zu überweisen. Denn es tut sich einiges in der Debatte. Für den mehrjährigen Finanzrahmen entwickelt die EU-Kommission gerade konkrete Methoden, wie eine Art Gender Budgeting vorgenommen werden kann. Mir kann niemand erzählen, dass der mehrjährige Finanzrahmen irgendwie nicht besonders komplex wäre oder das dann Dinge, die wir daraus lernen, nicht auch auf den schleswig-holsteinischen Landeshaushalt übertragbar wären. Auch der EU-Wiederaufbaufonds wird explizit nach Standards des Gender Budgetings angelegt und überprüft. All das ist genau richtig.

In einer Welt, die gerade sehr von Transformation geprägt ist, ist es auch richtig, dass die Finanz- und Haushaltspolitik zur Modernisierung gezwungen wird. Denn wir sind uns alle darin einig, dass die Gesellschaft immer noch sehr stark von männlich dominierten Strukturen geprägt ist. Wahrscheinlich sind wir uns auch alle darin einig, dass die Haushalts- und Finanzpolitik starken Einfluss auf die gesellschaftliche Realität hat. Wie naiv wäre es dann, zu glauben, dass solche genderspezifischen Fragen in der Haushalts- und Finanzpolitik nicht genauso wichtig wären wie in der Sozialpolitik, in der Innenpolitik sowie in der Bildungspolitik, aber auch in allen anderen Politikfeldern. Denn es ist eine politische Entscheidung und hat politische Auswirkungen, wo Fördermittel landen. Niemand von uns könnte das bestreiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Liberale habe ich es nicht nötig, ein Bekenntnis zur Gleichberechtigung von Mann und Frau abzugeben oder ein flammendes Plädoyer gegen Geschlechterdiskriminierung zu halten. Diese Ziele und Werte sind für uns Freie Demokraten eine Selbstverständlichkeit und ganz nebenbei ein Verfassungsauftrag.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP] und Kay Richert [FDP])

Frauen und Mädchen sind heute ein selbstbewusster und gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft und Gott sei Dank in führenden Positionen in Politik und Wirtschaft vertreten.

Natürlich bleibt, insbesondere in islamisch dominierten Kulturen, oft noch eine Menge zu tun, um der Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Frau zum Durchbruch zu verhelfen.

(Zurufe SPD)

Hier müssen wir wirklich mehr tun. Die SPD meint nun in ihrem Antrag, das Gender-Budgeting-Kriterien bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme im Land stärker berücksichtigt werden müssen.

Was bedeutet eigentlich Gender Budgeting? Hierbei handelt es sich um die systematische Prüfung aller Einnahmen und Ausgaben auf die ökonomischen Effekte für Männer und Frauen. Wenn beispielsweise ein Fußballplatz errichtet wird, so dient diese Investition - vermeintlich - überwiegend Männern und ist dementsprechend zu bilanzieren. Es müsste dann zum Ausgleich nach einer Investition gesucht werden, die überwiegend Frauen zu Gute kommt, um die Geschlechtergerechtigkeit in den Ausgaben zu wahren.

Ach, für uns Frauen soll es denn Yoga-Schulen geben, oder was? Was für eine stereotype Einstellung, ich bitte Sie!

(Beifall FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Soll ich jetzt meine Dauerkarte für Schalke abgeben? - Wissen Sie, nicht alles, was gut gemeint ist, ist gut.

(Wortmeldung Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Einen kleinen Moment. Auch Bundespräsident Johannes Rau - das würde ich jetzt gern einmal bringen - führte einmal eine ähnliche Debatte. Nicht alles, was gut gemeint ist, ist gut gemacht. Es ging um die gleichberechtigte Namensgebung.

(Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, jetzt muss ich einmal dazwischengrätschen. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Petersdotter?

Annabell Krämer [FDP]:

Jetzt haben Sie mir mein Zitat versemelt. - Na gut, gern.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Kollegin, ich wollte Ihnen bestimmt nicht die Pointe versauen. Machen Sie den Spruch trotzdem, dann noch einmal von Anfang an. - Ich möchte gern, weil Sie gerade Fußball angesprochen haben, dazu ein Beispiel nennen. Nehmen wir die Förderungen für Sanierungen im Holstein-Stadion. Wie profitiert da die Frauenmannschaft, die nicht einmal im Holstein-Stadion spielen darf?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Insofern geht es doch nicht um die Perspektive der Zuschauerinnen und Zuschauer, sondern um die konkrete Maßnahme. Wäre das nicht ein Beispiel, über das man diskutieren kann?

- Verstehe ich richtig, dass Sie die Förderung beim Holstein-Stadion als Förderung für Männer sehen und nicht als Förderung für eine Million Fans in unserem Land?

(Beifall FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Entschuldigung, da haben wir wirklich ein anderes Verständnis.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ich habe da ein anderes Verständnis. Ich sympathisiere auch mit Holstein Kiel, und ich möchte dort auch Erstliga-Spiele sehen. Deshalb sehe ich diese Investition als eine Investition genauso für mich wie für alle Männer, Frauen, Kreise und sonstigen Personen. Da mache ich gar keinen Unterschied, Entschuldigung. Das sehe ich anders.

(Beifall FDP)

Der geschätzte Bundespräsident Johannes Rau sagte bei der Debatte zur Namensgebung zu Stadien: Und wie soll das dann gehen? Wie sollen wir das dann nennen: Dem-Ernst-Kuzorra-seiner-Frau-ihr-Stadion, oder wie?

(Heiterkeit und Beifall FDP)

Das meine ich eben. Wir dürfen nicht alles ad absurdum führen.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung? - Bitte schön.

Annabell Krämer [FDP]:

Frau Raudies, sehr gern.

Beate Raudies [SPD]: Danke schön, Herr Präsident. Liebe Kollegin Krämer, ich glaube, die Bemerkung des Kollegen Petersdotter zielte auf die Absicht des Vereins Holstein Kiel ab, die Frauenmannschaft einzustellen, als die Männermannschaft aufgestiegen ist. War Ihnen das bekannt?

- Ja.

(Beate Raudies [SPD]: Gut! Okay, danke!)

- Das ist die Entscheidung des Vereins, und da mische ich mich nicht ein. Selbstverständlich.

(Beifall Kay Richert [FDP] - Zurufe SPD)

Es gibt übrigens auch schon Frauenvereine, die Männerparten eingestellt haben. - Ganz ehrlich, eine Prüfung und Einteilung von Ausgaben primär nach Gleichstellungsförderung oder -gefährdung ist nicht sinnvoll. Haushaltspolitische Entscheidungen sind das Ergebnis einer komplexen Abwägung unterschiedlicher Ziele und Bedarfe bei knappen finanziellen Ressourcen. Viele Überlegungen spielen dabei eine Rolle. Warum sollten wir diese Entscheidung einseitig einer Gender-Kontrolle unterziehen? Ist die Förderung eines Fußballplatzes automatisch frauenfeindlich? Sollten wir uns nicht auch freuen, wenn gerade im Amateurbereich immer mehr Frauen kicken und nicht geschlechterstereotyp nur Ballett tanzen? Warum unterziehen wir Ausgaben dann nicht auch einem Demografietest, damit Generationengerechtigkeit gewährleistet ist, oder prüfen jede Ausgabe auf andere mögliche Diskriminierung? Sie sehen, die Politik verheddert sich ziemlich schnell, wenn sie versucht, Budgetentscheidungen in ein bürokratisches Raster zu zwingen, um vermeintliche Ungerechtigkeiten aufzuspüren und abzustellen.

(Beifall FDP)

- Um hier im Bild zu bleiben: Niemand fördert Fußballplätze, um Frauen zu schaden, sondern um der Bevölkerung eine bedarfsgerechte und nachgefragte sportliche Infrastruktur anzubieten.

(Vereinzelter Beifall FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Abgesehen davon fußt der SPD-Antrag auf einer falschen Wahrnehmung. Es ist keinesfalls so, dass

(Annabell Krämer)

die Vorgaben für eine gleichstellungsdotierte Umsetzung der EU-Programme in Schleswig-Holstein unzureichend erfüllt werden, wie es in der Begründung heißt. Die EU-Kommission hat Gender Mainstreaming als ein Querschnittsziel ihrer Förderpolitik definiert.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Die Querschnittsziele werden durch entsprechende Bewertungen aller Projekte, Sachgebiete, die jährlichen Durchführungsberichte und eine begleitende Evaluierung umgesetzt. Deren Einhaltung wird überwacht. Die EU-Kommission hat für die laufende Förderperiode - Obacht! - in Schleswig-Holstein eine mehr als ausreichende Verfolgung der Querschnittsziele und somit auch der Gleichberechtigung attestiert.

(Vereinzelter Beifall FDP - Zurufe SPD)

Der Landesrechnungshof tadelt in seinen Bemerkungen 2020 sogar das schlechte Kosten-Nutzen-Verhältnis dieser Bemühungen im EFRE-Programm wie folgt - ich zitiere -:

„Um die voraussichtlichen Auswirkungen jedes Förderprojekts auf die Querschnittsziele zu ermitteln, wurde ein verwaltungsaufwendiges 9-seitiges Abfrageverfahren eingeführt. Dieses band Ressourcen bei Zuwendungsempfängern und Dienstleistern, ohne dass auch nur ein Projekt aufgrund der vorgenommenen Bewertungen nicht gefördert wurde. Bei den Dienstleistern wurden für das Verfahren 2 Vollzeitstellen neu geschaffen.“

(Vereinzelter Beifall FDP)

- Die brauchen wir definitiv woanders.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, die überbordende Bürokratie ist ohnehin ein großes Problem bei den EU-Förderprogrammen. Statt durch zweifelhaftes Gender Budgeting die Abwicklung und Umsetzung der Programme noch komplizierter zu machen, sollten wir im Gegenteil alle Möglichkeiten nutzen, um Bürokratie zu reduzieren. Die EU-Mittel für die technische Hilfe reichen nämlich schon jetzt nicht aus, um die Verwaltungskosten zu decken.

Jeder weitere Aufwand müsste daher möglichst mit zusätzlichen Landesmitteln finanziert werden. Das ist weder in guten und schon gar nicht in schlechten Haushaltsjahren wie diesem angemessen.

Wir Freie Demokraten lehnen den Antrag daher als unbegründet ab, stimmen aber der Ausschussüberweisung zu.

Schleswig-Holstein hat schon heute alle Anforderungen an Gender Mainstreaming erfüllt.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, Sie müssen zum Schluss kommen.

Annabell Krämer [FDP]:

Die ergänzende Einführung eines Gender Budgeting ist weder erforderlich noch sinnvoll, sondern würde weitere finanzielle und personelle Ressourcen binden, ohne dass es nennenswerte Effekte auf die EU-Förderung gäbe. - Besten Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Meine Damen und Herren! Sie sehen mich hier ein bisschen konsterniert. Das liegt vielleicht auch daran, dass die Rede der Kollegin Krämer eben nahtlos an die Saisonleistung des FC Schalke 04 angeschlossen hat.

(Große Heiterkeit - Beifall)

Das haut einen ja manchmal so ein bisschen aus den Fußballschuhen. Aber um es vielleicht noch ein bisschen plastischer zu machen und zu erklären - ich mache heute mal den Erklärbar -, möchte ich Folgendes sagen: Das Ziel von Gender Budgeting ist die Förderung und Gleichstellung von Frauen - jetzt kommt das wichtige Wort - und Männern. Es geht also darum, beide Geschlechter gleichberechtigt zu fördern und vielleicht einfach einmal eine Maßnahme zu ergreifen, bei der man darüber nachdenkt, wie sich Förderung auswirkt. Das heißt noch nicht, dass man für oder gegen Frauen oder für oder gegen Männer ist, sondern man muss, wenn man etwas zum ersten Mal macht, einfach nur die Rube einschalten. Dagegen, finde ich, kann man zunächst nichts haben, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und SPD)

Das Zweite ist auch ganz wichtig. Indem der Gleichstellungsaspekt auf allen Ebenen in irgendeiner Art und Weise im Haushaltsprozesses berück-

(Lars Harms)

sichtigt wird - da fließt ja nun mal das Geld; das ist das Entscheidende -, kann Gender Budgeting eben auch ein wirkungsvolles Analyse- und vor allem Steuerungsinstrument sein. Es geht nämlich nicht nur darum, dass man dann, wenn man feststellt, etwas kostet nichts, sagt, dann machen wir es nicht, sondern es geht darum, dass man darüber nachdenkt, wie es dann passt. Man muss darüber nachdenken, ob an einem Projekt etwas geändert werden muss, ob der Projektträger sich in irgendeiner Weise anpassen muss. Das ist doch genau der Kern von Gender Budgeting. Ich finde, das ist genau der richtige Kern, und das müssen wir weiterführen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss sich ja auch einmal die Hausnummer angucken. Konkret geht es hier um EU-Förderprogramme, nämlich um rund 1,8 Billionen € In der gesamten EU sollen in den nächsten Jahren im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens sowie des Aufbaufonds Next Generation EU 1,8 Billionen € aufgewendet werden. Dass man da einmal guckt, dass die Gelder gerecht verteilt werden, finde ich, ist eine absolute Selbstverständlichkeit.

Neben der wirtschaftlichen Erholung von den Folgen der Coronapandemie wird die Finanzierung auch auf die langfristigen Prioritäten in allen Politikbereichen der EU gerichtet sein, beispielsweise natürlich auch auf den ökologischen und den digitalen Wandel. Da hinterfragen wir es ja auch nicht; das ist genauso wichtig. Aber selbstverständlich wirkt sich da eine Prüfung genauso aus. Mit diesem historisch umfangreichen Konjunkturpaket soll Europa sozial gerechter, umweltfreundlicher, digitaler und insgesamt zukunftsfähig werden und, meine Damen und Herren, eben auch geschlechtergerecht werden.

Hier kommt nun die Geschlechterperspektive und damit das Gender Budgeting ins Spiel. Durch die Pandemie werden die geschlechtsbezogenen Ungleichheiten besonders deutlich sichtbar. Es waren und sind nach wie vor insbesondere die Frauen, die bei geschlossenen Kitas und Schulen den Großteil der unbezahlten Arbeit leisten, die sich nun wieder mit traditionellen Geschlechterrollen konfrontiert sehen und die aus dem Arbeitsmarkt zurückgedrängt werden. Dagegen müssen wir etwas unternehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die Coronakrise trifft die frauendominierten Branchen besonders hart. Entsprechend muss hier

dann auch verstärkt reagiert und investiert werden. Das war schon das erste Gender Budgeting, das wir hier heute gemacht haben. Denn in dem Moment, in dem wir uns vor Augen halten, dass Frauen durch die Pandemie besonders hart getroffen sind, haben wir bereits Gender Budgeting gemacht. Wenn wir uns dann noch entsprechend verhalten und genau diese Bereiche fördern, dann haben wir alles richtig gemacht, meine Damen und Herren.

(Zuruf SPD)

Die Europäische Kommission hat Anfang des Jahres für die EU-Förderprogramme entsprechende Leitlinien für die nationalen Pläne vorgelegt und Geschlechtergerechtigkeit in allen Prioritäten verankert. Das ist also auch Gesetz. Diese Vorgaben müssen sich nun auf die Verteilung von Fördermitteln auch auf nationaler Ebene auswirken.

In Schleswig-Holstein hatte die damalige Küstenkoalition ja auch das Pilotvorhaben Gender Budgeting im Haushaltsvollzug 2014 umgesetzt und einen entsprechenden Bericht erstellt. Genau hier müssen wir anknüpfen. Denn wir sind nun an einem Punkt, an dem wir feststellen können, dass sich bei diesem Thema in den vergangenen Jahren durchaus etwas getan hat und dass die Debatte nun langsam an Auftrieb gewinnt. Auf der konkreten Maßnahmen- und Umsetzungsebene muss aber noch mehr geschehen.

Viele europäische Länder haben dieses Thema längst auf dem Schirm. Insoweit möchte ich nur darauf verweisen, dass gerade die nordischen Länder da schon sehr weit vorgeprescht sind, und zwar in einer Gemeinsamkeit. Alle Länder des Nordischen Rates machen hier gemeinsame Sache und machen nach gemeinsamen Richtlinien Gender Budgeting. Ich glaube, insoweit einmal nach Norden zu gucken, um zu sehen, wie es dort läuft, kann niemandem schaden.

Meine Damen und Herren, dann steigen wir auch nicht ab, sondern bleiben wir in der Liga. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn es noch eines Beweises bedarf

(Volker Schnurrbusch)

hätte, dass sich die EU-Bürokratie mit überflüssigen Regulierungen befasst, dann zeigt das dieser Antrag. Man müsste der SPD-Fraktion fast dankbar dafür sein, dass sie den Landtag heute auf das angeblich so drängende Thema Gender Budgeting aufmerksam macht.

Die EU definiert Gender Budgeting als eine Anwendung des sogenannten Gender Mainstreaming im Haushaltsprozess.

Wie sieht das nun in der Praxis aus? - Das ist schwer zu sagen, weil dieses Prinzip noch nicht so sehr viele Anhänger gefunden hat, obwohl die EU-Finanzministerkonferenz bereits 2002 die Einführung von Gender Budgeting beschlossen hatte.

Es ist kein Wunder, dass das rot-rot-grün-dominierende Berlin hierzulande eine der wenigen Ausnahmen darstellt.

Dankenswerterweise hat sich eine Mitarbeiterin von uns die Mühe gemacht, an einem Seminar zu diesem Thema teilzunehmen. Dort wurde dann dargestellt, wie Mitarbeiter in der Verwaltung Haushaltspositionen markieren sollen, die im Sinne des Gender Mainstreaming anzupassen sind. Aus der Finanzverwaltung gab es dazu auch eine ganze Reihe von Anwendungsbeispielen.

So sollte zum Beispiel der Anteil von Jungen und Männern bei der Bibliotheksnutzung erhöht oder die Nutzung von Sportstätten durch Mädchen und Frauen gefördert werden. Bei Musikschulen wurde ermittelt, dass Mädchen deutlich öfter das Klavier, die Geige oder die Blockflöte bevorzugen als Jungen; bei Querflöte oder bei Geigen sind sie fast gänzlich unter sich. Bei den Jungen ist das nur beim Schlagzeug oder bei der Trompete der Fall.

Das mag höchst interessant sein für die Musikpädagogen, wenn auch wenig überraschend. Warum das aber für eine Finanzverwaltung oder für Haushaltspolitiker eines Bundeslandes relevant sein soll, erschließt sich mir nicht; denn warum soll Politik dort eingreifen, wo individuelle Neigungen und Fertigkeiten unterschiedlich ausfallen: nach Geschlecht, nach Herkunft, nach Bildungshintergrund oder welchen Kriterien auch immer? Das betrifft übrigens auch die Fortbildung, die Frau Raudies gerade genannt hat. Da wird ja niemand von der Möglichkeit ausgeschlossen, eine Fortbildung zu machen, sondern es liegt am persönlichen, individuellen Interesse.

Wo ist also der Mehrwert, wenn Politik hier reglementiert wird und man im Sinne des Gender Mainstreaming „Social Engineering“ betreibt, also ge-

sellschaftliche Umformung aufgrund einer Ideologie?

Die Bundesregierung hat bereits in der letzten Legislaturperiode festgestellt, dass das sogenannte Gender Budgeting kein geeignetes Instrument darstellt, um eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Es soll gerade nicht durch den Haushaltsplan erfolgen, sondern innerhalb der einzelnen Ressorts.

Der vorliegende Antrag fordert nun die Landesregierung auf, Gender-Budgeting-Kriterien bei der Umsetzung von EU-Förderprogrammen - EFRE und ESF Plus - stärker zu berücksichtigen, da dies bisher angeblich nicht der Fall ist.

Nun habe ich in der Rede der Antragstellerin nicht gehört, wo denn genau Nachholbedarf besteht. Im Gegenteil, Sie haben selbst gesagt, dass die Landesregierung alle Kriterien einhält. Wo ist also das Problem?

Die Gleichbehandlung und die Chancengleichheit von Frauen und Männern, die in der Antragsbegründung angemahnt werden, werden bereits gewährleistet. Daher ist der Antrag überflüssig.

Aber danke dafür, dass Sie uns auf einen weiteren Ausfluss der EU-Bürokratie aufmerksam gemacht haben, weshalb eine dringend gebotene Reform angegangen werden muss.

Den Antrag lehnen wir ab. - Danke schön.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Hinweis des Kollegen Fehrs gefolgt. Bei dieser Petition des RCDS ging es um geschlechtergerechte Sprache. Das hat mit dem Thema Gender Budgeting - abgesehen von der Ähnlichkeit des Wortes - nicht das Geringste zu tun. Ich weiß nicht, wie Sie hier Ihre Reden vorbereiten, aber einfach googeln hilft an der Stelle nicht. Es zeigt das grundsätzliche Problem vieler Reden, die wir eben gerade gehört haben. Ich glaube, das sind Reden, die zum Thema Gleichstellung seit über 130 Jahren im gleichen Muster in den Parlamenten gehalten werden.

(Beifall SPD)

(Dr. Kai Dolgner)

Es ist immer wieder die gleiche Argumentation, auch nachzulesen in den Bundestagsprotokollen und in denen des Parlamentarischen Rats: Das brauchen wir doch alles nicht, wir sind doch gleichgestellt. Das kommt immer wieder aus der gleichen Ecke, es ist auch völlig unabhängig vom Geschlecht. Es ist auch eine Frage des Bewusstseins und des Bewusstmachens. Es ist nicht so, dass das alles so toll läuft und das alles automatisch mitgedacht wird. Nein, es geht nicht um Flötenunterricht oder Ballett. Es geht um harte ökonomische Fakten.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zeigen das ziemlich eindeutig. Ich unterstelle ja gar nicht, dass das bewusst gemacht wird. Es geht hier auch um Bewusstmachung. Im EU-Aufbauprogramm sollen 1,8 Billionen € ausgegeben werden. Es gibt eine schöne wissenschaftliche Untersuchung dazu, welche Sektoren am meisten von Corona betroffen worden sind. Das sind europaweit die Sektoren Erziehung, Gesundheitsarbeit und alles aus dem Bereich Lebensmittel, Lebensmitteleinzelhandel et cetera. Es sind natürlich auch die Bereiche Kunst und Kultur, Recreation und der gesamte Bereich der Gastronomie.

Der Frauenanteil in Europa im Bereich Erziehung liegt bei fast 75 %. Jetzt wurden die Vorschläge aus den EU-Staaten dahin gehend analysiert, wohin das Geld fließen soll. In übergroßem Maß - zu über 80 % - soll es in den Bereich Konstruktion und Bau fließen. Das ist übrigens eine Branche, die momentan überhaupt kein Problem hat. Dort fehlen nur die Baustoffe. Woran liegt das? - Ich glaube, da können Sie auch noch etwas lernen, Herr von der Heide.

Diejenigen, die das aufschreiben, fragen: Wo brauchen wir denn Investitions- und Konjunkturprogramme? Wir haben geguckt: Was schreibt man immer in Investitionsprogramme hinein? Es heißt: Wir bringen jetzt unsere Infrastruktur in Ordnung, wir bringen unsere Brücken in Ordnung, wir bringen unsere Straßen in Ordnung. Diese Sektoren können sich vor Aufträgen kaum retten. Aus meiner Kommune weiß ich das auch. Das, was wir mehr bezahlen, ist der Straßenkilometerpreis. Das ist also nicht nur geschlechterungerecht, es ist auch noch ökonomisch blödsinnig, hier zu investieren.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich nicht die Mühe gemacht hätte, diese Programme in Bezug auf Gender Budgeting wissenschaftlich zu untersuchen, dann wäre man nie auf die Idee gekommen. Ich glaube, dass diejeni-

gen, die die Programme geschrieben haben, Frauen gar nicht benachteiligen wollten. Nein, durch Gender Budgeting erreicht man keine Gleichstellung, man erreicht aber vielleicht irgendwann einmal, dass die Ungleichbehandlung ein bisschen geringer wird, damit wir ein Schritchen auf dem Weg zur Gleichstellung nach vorn kommen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich bin dankbar für die Ausschussüberweisung. Hier scheint es mir sehr viel zu tun zu geben.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist wirklich abgelaufen!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Gender Budgeting ist Verfassungsgrundsatz in Österreich geworden, und dort hat man keine feministische Regierung.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest: Wie EU-Förderprogramme wirken, ist für den Schleswig-Holsteinischen Landtag von Interesse. Sie haben sicherlich als Koalition nicht von ungefähr in Ihren Koalitionsvertrag hineingeschrieben, aus dem ich zitiere:

„Der Landtag wird an der Neuausrichtung der ab 2021 beginnenden EU-Förderperiode beteiligt.“

Da ist noch weiter die Rede von einem offenen Diskussionsprozess. - Super!

Irgendwie muss man aber alles allein machen: Unzählige Berichtsanhträge im Europaausschuss, diverse Kleine Anfragen von mir und anderen Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion, Anträge im Landtag, unter anderem ein Antrag zur Ausgestaltung der europäischen Säule sozialer Rechte, der seit sieben

(Regina Poersch)

Monaten im Europaausschuss schmort. Hierzu würden wir gern Ihre Haltung und Ihre Meinung erfahren. Alles muss man selber machen. Das ist richtig schade. Deswegen ist es uns auch wichtig, heute über Gender Budgeting als Teil der EU-Förderperiode zu sprechen. Andere Bundesländer wagen sich aus ihrer Komfortzone, und Schleswig-Holstein kann das auch.

Wir wollen ein gleichstellungsorientiertes Monitoring der finanziellen Umsetzung des Europäischen Sozialfonds, also Monitoring, also Kontrolle, also Verankerung der Querschnittziele im Steuerungsprozess.

Lasse Petersdotter, du hast total recht: Dort, wo das Geld gebraucht wird, soll es ankommen. Um nicht mehr und nicht weniger geht es in unserem Antrag. Ich schlage vor: Wenn der Antrag überwiesen wird, dann sollten wir unbedingt auch den Europaausschuss beteiligen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Worüber reden wir? - Wir reden über die EU-Förderprogramme, und dort sind Querschnittsziele verankert. Das ist richtig, und das ist wichtig. Es gibt drei Querschnittsziele: Gleichstellung von Männern und Frauen, nachhaltige Entwicklung und Nichtdiskriminierung. Das sind klare Vorgaben, und deshalb sind die einzelnen Dinge auf europäischer Ebene auch definiert.

So heißt es zum Gender Mainstreaming im derzeitigen Entwurf der Dachverordnung der EU-Förderprogramme: Die Mitgliedstaaten und die Kommission stellen sicher, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen, die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung und die Einbeziehung der Geschlechterperspektive bestehen, und zwar während der gesamten Vorbereitung und Durchführung. Darauf soll geachtet werden. Es soll überwacht werden, es soll evaluiert werden, und es soll berichtet werden. Das alles müssen wir tun, damit wir die Gelder überhaupt erhalten. Das machen wir selbstverständlich auch.

Herr Dolgner, Sie korrigieren andere gern. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie Milliarden meinten und nicht Millionen, als Sie von eins Komma irgendet-

was gesprochen haben. Das wäre ja sonst ein bisschen wenig für ganz Europa.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Billionen!)

- Billionen? Dann habe ich Sie falsch verstanden. Dann sind wir wieder in der richtigen Größenordnung. Ich war ein bisschen irritiert, aber jetzt haben wir es wieder gemeinsam.

Dieses genaue Hinschauen, das Evaluieren und das Fördern ist natürlich der richtige Ansatz. Das Ziel der Gleichstellung muss weiter unser Ziel sein, denn es ist immer noch nicht erreicht. Spätestens am Equal Pay Day wird uns das immer wieder bewusst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, entsprechend braucht es bei der Umsetzung der Programme in den Ländern ein Monitoring darüber, dass das Querschnittziel Gleichstellung verfolgt und umgesetzt wird. Natürlich muss gleichzeitig darauf geachtet werden, dass die Verfahren praktikabel bleiben. Der Landesrechnungshof hat hier ein bisschen viel Bürokratie angemahnt, aber ich sage: Schlanke Verfahren heißen nicht, wie einige es meinen, dass man mal nicht auf die Gleichstellung von Männern und Frauen achtet. So geht das nicht. Es gibt bestimmte Möglichkeiten, Bürokratie abzuschaffen, aber nicht bei der Verfolgung der Querschnittsziele und nicht bei der Gleichberechtigung, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Im jetzigen Verfahren werden die Querschnittsziele laut Wirtschaftsministerium durch entsprechende Bewertungen aller Projekte, durch verschiedene Berichte sowie begleitende Evaluierungen umgesetzt und deren Einhaltung überwacht.

Beim EFRE sieht dies wie folgt aus: Im Antragsverfahren erfolgt eine Bewertung nach festgelegten Einzelkriterien, die durch zwei extra bei der IB und der WTSH eingestellte Querschnittsziel-Fachkräfte durchgeführt wird. Damit wird erfasst, ob das Projekt einen positiven, neutralen oder negativen Beitrag zum Querschnittsziel leistet.

Auf dieser Grundlage wird jährlich ein Bericht zu den Querschnittszielen erstellt, in dem Maßnahme für Maßnahme aufgeführt wird, welcher Beitrag zu den Querschnittszielen geleistet wird.

Der Bericht wird dem Begleitausschuss vorgelegt, und diesem Begleitausschuss gehört ein breites Spektrum von Mitgliedern an, unter anderem die

(Ministerin Monika Heinold)

Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten, der DGB Nord, BUND, NABU, die freien Wohlfahrtsverbände und der Flüchtlingsbeauftragte des Landes. Der Bericht ist online abrufbar.

Ich bin heute Abend ja positiv gestimmt, aber ein bisschen habe ich mich über den Antrag der SPD gewundert. Dort wird beschrieben, was alles zu machen ist; unter anderem sollen fachkompetente Akteurinnen für die Begleitausschüsse benannt werden. Ich gehe davon aus, dass Sie denen, die ich aufgezählt habe, ob das der DGB oder die hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten sind, nicht absprechen würden, dass sie fachkompetent sind.

(Beifall FDP)

Aber alles geht immer noch besser. Es gibt eine lange Liste von Mitgliedern in dem Begleitausschuss. Das können wir uns gerne noch einmal gemeinsam anschauen.

Beim ESF greift wiederum folgendes Verfahren: Hier werden die Geschlechterverhältnisse auf der Projektebene über Teilnahmebögen systematisch erfasst, ausgewertet und im Rahmen der Durchführungsberichte dargestellt.

Die Durchführungsevaluierung von 2019 ist ebenfalls online verfügbar. Ich verweise immer wieder gerne auf das Internet, aber ich habe alles auch ausgedruckt, damit alle, die sagen, es soll besser werden, noch einmal schauen können, was wir schon machen. Sie sehen dort viele Tabellen, auch mit Zahlen, wo detailliert aufgelistet ist, wie die Ziele in welchen Bereichen erreicht werden, ob es die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben ist oder ob es geschlechtsspezifische Aspekte sind. All das steht dort drin.

In dieser Durchführungsevaluierung lässt sich im Gesamtergebnis beispielsweise nachlesen, dass zwei der zwölf Aktionen eine Schwerpunktförderung im Bereich Gleichstellung darstellen und insgesamt 95 % aller bewilligten Vorhaben ein Kriterium oder mehrere Kriterien des Gleichstellungsgrundsatzes erfüllen.

Es mag sein, dass das zu wenig ist. Wenn es um Gleichstellung geht, bin ich gern mit dabei, um noch mehr zu erreichen. Deshalb war ich ganz gespannt auf die Rede der SPD und hatte gehofft, dass der Satz ein bisschen unterfüttert wird, der in Ihrem Antrag steht:

„Dies wird in Schleswig-Holstein, anders als in anderen Bundesländern, bisher nicht ausreichend umgesetzt.“

Ich hatte mich darauf gefreut, hier zu lernen und von Ihnen zu hören, in welchen Bundesländern etwas anders und besser gemacht wird. Wir befinden uns ja in dem europäischen Regelwerk, in dem es klare Vorgaben gibt, aber natürlich können wir immer viel noch besser machen. Ich bin mir sicher, dass Sie uns im Ausschuss einmal darstellen werden, aus welchen Bundesländern Sie welchen Vorschlag gerne übernehmen werden. Dann schauen wir uns alle miteinander an, ob es Verbesserungsbedarf gibt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Könnten wir diese Punkte schriftlich haben, damit wir abarbeiten können, was sich die Ministerin dann wünscht?)

Präsident Klaus Schlie:

Im Moment hat die Ministerin das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Ich wünsche mir nichts, sondern Sie wünschen sich etwas.

(Beifall CDU und FDP)

Sie haben einen Antrag eingebracht, der sagt, dass das in Schleswig-Holstein nicht so gut umgesetzt wird wie in anderen Bundesländern. Ich sage, das finde ich sehr spannend. Es ist alles ein lebenslanges Lernen. Deshalb freue ich mich darauf, dass Sie uns die Beispiele bringen, die Sie mit Sicherheit haben, die es wahrscheinlich auch gibt. Das ist gar nicht ironisch gemeint.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich habe es auch nicht ironisch gemeint!)

Ich habe mir angeschaut, was wir machen, und stelle fest, dass wir schon auf einem ganz guten Weg sind. Da muss man auch einmal selbstkritisch sagen - wir haben ja auch einmal zusammen regiert und versucht, Gender Budgeting umzusetzen -: Das ist alles nicht so einfach. Da sind die Vorgaben für die europäischen Programme weiter als die Vorgaben, die wir selbst für unsere eigenen Programme machen. Also können wir wahrscheinlich auch von der europäischen Ebene lernen. Der Wirtschaftsminister, der für die Programme zuständig ist, hat mir noch einmal gesagt, dass auch er sich sehr auf die Ausschussberatung freut. - In diesem Sinne danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Ministerin Monika Heinold)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin Heinold, ich freue mich auch, dass wir in den Ausschüssen jetzt darüber diskutieren und es auf den Weg bringen.

Ich kann einen Ihrer Wünsche ganz schnell erfüllen: Schauen wir nur nach Mecklenburg-Vorpommern. Reden wir einfach mal mit denen, die dort die Verteilung und die Förderprogramme begleiten, und schon bekommen wir ganz viele praktische Hinweise, wie wir es umsetzen können.

Ich bin bei Ihnen: Gender Budgeting ist nicht so einfach umzusetzen, wie sich das viele vorstellen. Die Förderprogramme bieten aber nach unserer Auffassung eine gute Möglichkeit, das an ganz vielen Stellen wirklich mal konkret durchzuexerzieren; dabei geht es nicht nur darum, die Köpfe zu zählen.

Ich habe ausdrücklich vorhin dieses Beispiel gebracht - so macht man es nämlich im Moment -: 100 Frauen und 100 Männer profitieren von Fortbildungsangeboten. Wenn ich genau hinschaue, sehe ich, dass die 100 Frauen einen Computerkurs „Excel für Anfängerinnen“ machen konnten, und die 100 Männer sind in eine Führungsförderung gegangen. Das Geld ist also nicht geschlechtergerecht verteilt worden. Darum wird es in Zukunft gehen. Das war unser Ansatz. Wenn wir dies gemeinsam im Ausschuss für die nächste Förderperiode auf den Weg bringen, dann haben wir heute fast alles erreicht, was wir wollten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2965 (neu) federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das scheint nicht ganz einstimmig zu sein: SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU. Und der Zusammenschluss der AfD auch?

(Jörg Nobis [AfD]: Jawohl!)

- Die AfD stimmt auch dafür, Herr Dr. Brodehl ebenso. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein ist das dann so beschlossen.

Ich danke Ihnen und unterbreche die Beratung bis morgen früh.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:17 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Erasmus+ ab 2021: Eine zukunftsorientierte Programmausgestaltung während und nach der Pandemie ermöglichen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2958

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erasmus+ ist das Programm für Bildung, Jugend und Sport der Europäischen Union. Seit 1987 gibt es EU-Programme, die jungen Menschen die Chance und die Gelegenheit geben, sich innerhalb Europas auf den Weg zu machen und den europäischen Geist in sich aufzunehmen.

Und um es gleich vorweg zu sagen, ich bin dem SSW dankbar, dass er dieses Thema hier auf die Tagesordnung gesetzt hat. Schließlich haben mehr als 10 Millionen junge Menschen seit den 1980er-Jahren von Erasmus und damit von den europäischen Programmen profitiert, unter Ihnen viele junge Menschen aus Schleswig-Holstein. Das ist eine Erfolgsgeschichte internationaler Bildung. Jetzt ist Erasmus+ seitens der EU deutlich aufgestockt und für die Programmgeneration 2021 bis 2027 neu aufgelegt worden.

Jeder, der in der Vergangenheit schon mal die Gelegenheit nutzen konnte und mit Erasmus in Europa unterwegs sein durfte, hat wichtige Erfahrung gesammelt. Meine Nichte zum Beispiel war vor etwa sieben Jahren über ihren Sport und während des Studiums mit Erasmus unterwegs. Noch heute berichtet sie sehr lebendig und begeistert davon. Sie hat von diesem europäischen Programm profitiert und mit Erasmus fürs Leben gelernt.

Wer auf einer Reise nicht nur andere Länder, sondern auch junge Menschen aus anderen europäischen Ländern kennengelernt, sammelt wichtige Erfahrungen, die man nur im Ausland erleben kann. Die andere Sprache, die andere Kultur, der Blick auf das eigene Heimatland aber dann auch der Blick auf den vereinten europäischen Gedanken sind wichtige Herausforderungen, denen sich möglichst viele junge Erwachsene stellen sollten. Erasmus hilft auf dem Weg hin zu einer europäischen Identität.

Reisen bildet. Das wissen wir alle. Reiseerlebnisse junger Erwachsener, die erstmals auf eigene Faust

im europäischen Ausland unterwegs sind, gehören oft zu den besonders prägenden Erfahrungen im Leben. Erasmus+ setzt genau da an mit einem Konzept, das für junge Menschen passend ist. Das aktuelle Programm definiert klare Ziele, die sich in den Bereichen Lernmobilität, Inklusion und Kreativität abbilden. Es ist unsere Aufgabe, darauf hinzuwirken, dass die bürokratischen Hürden für das Programm möglichst niederschwellig sind und für Chancengleichheit gesorgt ist. Nur so können Menschen unterschiedlichster Bildungsschichten vom Programm profitieren.

Das Austausch- und Bildungsprogramm Erasmus+ gehört zu den erfolgreichsten Initiativen der EU und ist in diesem Jahr gerade erst in eine neue siebenjährige Programmgeneration gestartet.

Mit der Pandemie hat sich allerdings auch für dieses europäische Programm vieles grundlegend verändert. Jungen Menschen fehlt die Planungssicherheit, und sie stehen in dieser Zeit vor besonderen Herausforderungen: Was bedeuten die pandemiebedingten drastischen Einschränkungen der Mobilität in Blick auf die Entscheidung für einen Auslandsaufenthalt oder für ein Auslandssemester? Wie sehr können digitale Angebote für Ersatz sorgen, wenn analoge Begegnungen nicht zulässig sind?

Internationalisierung der Bildung ist nicht nur bei Erasmus ein wichtiges Thema, sondern beschäftigt uns bereits im Rahmen der schulischen Bildung. Die in meinem Wahlkreis Lübeck vorhandenen Initiativen für internationale Schulen oder bilingualet Unterricht gehören eng zu diesem europäischen Bildungsprogramm Erasmus. Das Bildungsministerium hat für Mitte Juni eine Internationalisierungsstrategie angekündigt. Wir schlagen daher vor, diesen Antrag des SSW zusammen mit der Strategie im Bildungsausschuss zu beraten. Dabei wollen wir die verschiedenen Aspekte aus der Sicht von Schule, Hochschule und Unternehmen einbeziehen. Wir schlagen vor, den Europaausschuss sowie den Wirtschaftsausschuss an den Beratungen zu beteiligen.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Herr Präsident! Ich danke dem SSW für den Antrag, da er einmal mehr auf die schwierige Situation der Studierenden in der Pandemie aufmerksam macht und uns ermahnt, gerade auch nach der Pandemie mehr für die Studierenden zu tun. Dies gilt auch, weil sich immer mehr der Eindruck verdich-

(Dr. Heiner Dunckel)

tet, dass die Bundesbildungsministerin dies nicht so sieht und eben keine besonderen Anstrengungen erkennen lässt.

Aber vergegenwärtigen wir uns die Situation junger Studierender im Ausland: Kristina sitzt in ihrem Zimmer in Barcelona, Erik steht am Strand von Santa Barbara, und Tina bleibt noch für einige Zeit in Finnland. Gleichzeitig ist Sophie früher aus Portugal zurück, Marvin ist doch nicht nach Japan aufgebrochen und Tobias musste seinen Aufenthalt in Frankreich frühzeitig beenden.

Oder gehen wir in Studierendenwohnheime hier bei uns. Auch hier sind internationale Studierende regelrecht gestrandet. Andere konnten ihr Präsenzstudium bei uns nicht aufnehmen.

Auf den Seiten des DAAD berichten junge Botschafterinnen und Botschafter über ihre Auslands Erfahrungen während der Pandemie. Für alle gilt, dass ihr Auslandsaufenthalt nicht so ablaufen konnte, wie sie es sich gewünscht hatten. Trotzdem müssen wir und die Hochschulen alles tun, dass auch diese Auslandsaufenthalte vollständig anerkannt werden. Natürlich war und ist die pandemische Situation in vielen Ländern sehr unterschiedlich, sodass die Entscheidungen, zu bleiben oder abzureisen, stets individuell bleiben musste.

Es war ein gutes und richtiges Signal der EU-Kommission zu Beginn der Pandemie, zügig die rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen, sodass es möglich war, virtuell an Partner-Unis zu studieren. Aber sicherlich können wir festhalten, dass die physische Präsenz in anderen Ländern, das direkte und unmittelbare Erleben anderer Menschen und Kulturen der Kern eines jeden Auslandsaufenthaltes und -studiums ist und bleibt. Virtuelle Kontakte sind besser als nichts, ersetzen aber nicht die vielen Begegnungen, Bekanntschaften und die vielen weiteren Genüsse, die ein Erasmus-Aufenthalt mit sich bringt.

Die Lage für Auslandsstudierende ist seit dem Frühjahr letzten Jahres bis heute schwierig. Umso mehr freut mich, dass die Motivation für ein Auslandsstudium ungebrochen ist und die Bewerbungszahlen an vielen Hochschulen genauso hoch sind wie vor der Pandemie. Das zeigt uns: Es gibt keine „Angstwelle“. Die jungen Menschen brennen darauf, endlich wieder in die weite Welt ziehen zu können, andere Menschen und Kulturen kennenzulernen, mit anderen Studierenden zusammen zu studieren. Sie stehen in den Startlöchern, und das Programm wird früher oder später wieder anlaufen.

Nicht nur die Studierenden, sondern auch die Hochschulen sind gut aufgestellt und stehen in den Startlöchern. Dennoch ist zweifelsohne klar, dass der reibungslose Wiederanlauf und eine mögliche Neuausrichtung auch Herausforderungen bergen. Der SSW hat diese in ihrem Antrag angesprochen.

Für uns war der Studierendenaustausch mit dem britischen Königreich immer besonders wichtig. Umso mehr bedaure ich, dass das britische Unterhaus schon im letzten Jahr einen Antrag der liberalen Abgeordneten Layla Moran abgelehnt hat, dass sich Großbritannien auch nach dem Brexit an Erasmus+ beteiligen sollte. Die Regierung Johnson ließ sich jedoch nicht zu mehr hinreißen als zu einer vagen Bekundung, sich an Austauschprogrammen mit der EU auch künftig zu beteiligen. Sie setzt allerdings nicht auf Erasmus+, sondern auf das „Turing-Programm“, mit dem Briten in aller Welt studieren können sollen. Erfreulich ist wenigstens, dass die schottische Regierung erklärt hat, dass sich mehr als 2.000 schottische Studierende und Beschäftigte am EU-Austauschprogramm Erasmus+ beteiligen werden. Wir werden also zumindest und hoffentlich schottische Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Erasmus+ begrüßen können.

Der Antrag des SSW benennt die Probleme sehr genau. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Erasmus+ brauchen Rechtssicherheit und Flexibilität. Es darf nicht dazu kommen, dass die Teilnahme abgebrochen werden muss oder dass erhaltene Fördergelder wieder zurückgefordert werden, wenn wegen Corona irgendwelche Förderauflagen nicht erfüllt werden können. Ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass ein Programm wie Erasmus+ ein Erfolgsmodell sein muss, gerade deshalb, weil es in der Nachfolge zahlreicher Einzelprogramme wie Erasmus, Leonardo, Grundtvig unter anderem so viele verschiedene Bereiche der Bildung in Schulen, Berufsbildung, Hochschulen, Jugendarbeit, Sport zusammenführt und Grundwerte wie Chancengleichheit, Inklusion und Vielfalt sowie Nachhaltigkeit verbindet.

Es freut mich, dass das EU-Parlament gerade das neue Erasmus+-Programm mit doppelt so viel Geld wie in den zurückliegenden sieben Jahren verabschiedet hat. Das Förderprogramm richtet sich nicht nur an Studierende, sondern auch an Auszubildende, junge lernende Erwachsene und soll insgesamt den Zugang für Personen und Organisationen deutlich erleichtern. Auch vor diesem Hintergrund schlage ich vor, dass wir dieses Programm in den Ausschüssen für Bildung und Europa vertieft bera-

(Dr. Heiner Dunckel)

ten. Ansonsten stimmen wir dem Antrag des SSW zu.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Bei Erasmus denken viele junge Menschen an spannende Erfahrungen. An neue Freundschaften, an andere Kulturen, an Reisen. An ein Programm für Studierende. Andere denken vielleicht eher an Erasmus von Rotterdam, den großen Denker der Neuzeit, der selbst in den verschiedensten Ländern Europas gelernt und gelehrt hat.

Auf jeden Fall kommt es mir komisch vor, über europäischen Austausch zu sprechen, wenn doch genau dieser Austausch gerade ausgebremst scheint. Aber auch Erasmus von Rotterdam musste wegen einer Pandemie seine Hochschulpläne erst auf Eis legen.

Seit 2014 sind die verschiedenen Bildungsprogramme der EU unter dem Dach Erasmus+ vereint. Mit einem Budget von fast 15 Milliarden € konnten so in den vergangenen sechs Jahren - bis zum Beginn der Coronapandemie - mehr als 4 Millionen jungen Menschen Auslandsaufenthalte innerhalb Europas ermöglicht werden.

Anders als früher richtet sich Erasmus+ nicht mehr ausschließlich an den kleinen Kreis Studierender, sondern steht auch Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden sowie Fachkräften aus allen Bildungsbereichen offen.

Uns ist dieser Austausch innerhalb Europas wirklich ein Herzensanliegen, denn dadurch wächst nicht nur unser Kontinent zusammen, sondern auch die jungen Menschen wachsen durch den Austausch und die Auslandserfahrungen. Deshalb ist es wichtig, dass diese Bildungsmobilität nicht nur für einen kleinen Kreis, sondern für alle da ist. Mit der neuen Förderperiode sind wir - als eines von nur zwei Kultusministerien deutschlandweit - für den Schulbereich akkreditiert, sodass bis 2027 über 8.000 Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit eines Auslandsaufenthaltes bekommen werden.

Nun startet Erasmus+ zwar mit einem fast verdoppelten Volumen von insgesamt 26 Milliarden €, aber eben auch mitten in der Pandemie in die nächste Förderperiode. Leider macht die eingeschränkte internationale Mobilität auch vor den Auslandsaufenthalten keinen Halt - ein weiterer Rückschlag nach dem Brexit.

Umso überraschender finde ich, dass die Anzahl der Erasmus-Auslandsaufenthalte nur um 25 % zurück-

gegangen ist. Das liegt sicherlich auch daran, dass ad hoc digitale Alternativen geschaffen wurden, so dass zum Beispiel Vorlesungen digital besucht werden konnten.

Trotzdem ist ein Auslandsaufenthalt in Pandemiezeiten natürlich anders - und digitale Lehrveranstaltungen sollten auch nicht der neue Standard sein. In einem digitalen Format hätte mein sizilianischer Schwiegersohn auch sicher meine Tochter in Berlin nicht kennengelernt.

Wir stimmen mit dem SSW darin überein, dass der Aufenthalt im Gastland die präferierte Mobilitätsform bleiben sollte. Die neu entwickelten Ansätze müssen - auch da hat der SSW Recht - aber nicht gänzlich über Bord geworfen werden. Da sind wir gespannt, wie diese zukünftig genutzt werden können.

Der geringe Rückgang der Erasmus-Auslandsaufenthalte zeugt für mich auch davon, dass trotz aller mit der Coronapandemie einhergehenden Widrigkeiten das Interesse an einem Auslandsaufenthalt weiterhin groß ist. Das freut mich, denn wir werden langfristig nur erfolgreich sein, wenn wir uns als Europäerinnen und Europäer verstehen und Probleme gemeinsam angehen. Das zeigt das Coronavirus. Das zeigt die Klimakrise. Solche Probleme scheren sich nicht um Landesgrenzen und lassen sich nur im Verbund lösen.

Wir schlagen vor, den Antrag in den Bildungsausschuss zu überweisen, und sind bei so viel inhaltlicher Einigkeit zuversichtlich, dass wir einen gemeinsamen Antrag hinbekommen. - Vielen Dank.

Anita Klahn [FDP]:

Herr Präsident! Erasmus+ als Austausch- und Bildungsprogramm der Europäischen Union erfreut sich zunehmender Beliebtheit bei jungen Studierenden, bei Auszubildenden oder Jugendlichen in Freiwilligendiensten. Die finanzielle Unterstützung durch das Programm ermöglicht vielen jungen Menschen einen für ihre berufliche, aber auch persönliche Entwicklung wertvollen Auslandsaufenthalt.

In unserer heutigen Arbeitswelt werden Sprachkenntnisse über die Muttersprache hinausgehend immer wichtiger. Aber auch die Erfahrung, in einem anderen Kulturkreis leben und arbeiten zu können, ist prägend. Darüber hinaus ist erwiesen, dass Mehrsprachigkeit hilfreich für andere Lernbereiche ist. Aus diesem Grund werden wir uns auch verstärkt für den bilingualen Unterricht einsetzen, um so früh wie möglich die interkulturelle Kompetenz

(Anita Klahn)

zu steigern und so von den Vorteilen der Mehrsprachigkeit zu profitieren.

Durch die Pandemie mussten leider viele geplante Veranstaltungen abgesagt werden. Manch einer stand vor der schwierigen persönlichen Entscheidung, den geplanten Auslandsaufenthalt aufgrund von Reisewarnungen zu verschieben oder sogar ganz absagen zu müssen. Uns Freien Demokraten ist es wichtig, dass diese wertvollen Austausch- und Bildungsprogramme auch im Rahmen der pandemiebedingten Einschränkungen angeboten werden. Ebenso wird es wichtig sein, Großbritannien nach dem Austritt aus der EU als Programmland weiter einzubinden, um so den Austausch miteinander zu erhalten.

Die Möglichkeit, in digitalen Formaten teilzunehmen und, sobald es die Inzidenzzahlen, der Pandemieverlauf oder Impfungen es zulassen, physisch mobil zu sein, begrüßen wir. Die hierfür getroffenen finanziellen Unterstützungen sind für die jungen Menschen eine große Entlastung. Es ist für uns dabei selbstverständlich, dass die von der Europäischen Kommission formulierten Leitthemen angewendet werden - unabhängig von der Pandemie.

Erasmus+ ist mehr als nur ein Austauschprogramm. Es trägt auch zum Verständnis von Europa bei. Den Gründungsvätern der EU ist klar gewesen, dass die wirtschaftliche Liberalisierung und der Zusammenhalt in Europa nur dann erfolgreich sein würden, wenn die Bürgerinnen und Bürger grenzüberschreitend leben und arbeiten könnten. Und wir in Deutschland haben in besonderer Weise davon profitiert: Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich nach zwei Weltkriegen über den organisierten Austausch und das gemeinsame Verständnis hat wesentlich dazu beigetragen, dass die beiden Länder zur friedlichen Zusammenarbeit gefunden haben - und so überhaupt erst zum „Motor“ der EU werden konnten.

Erasmus+ muss aber noch mehr leisten als gegenseitiges Verständnis: Wir brauchen insgesamt eine verbesserte Durchlässigkeit. Denn auch wenn sich inzwischen jeder EU-Bürger aussuchen kann, in welchem Mitgliedsland man leben - Personenfreizügigkeit - beziehungsweise arbeiten - Arbeitnehmerfreizügigkeit - möchte, haben viele, vor allem Facharbeiter und Hochqualifizierte, in der Praxis noch immer große Probleme, sich in einem anderen EU-Mitgliedsland als ihrer Heimat einen Job zu suchen.

Immer noch sind Abschlüsse aus unterschiedlichen europäischen Staaten einander nicht gleichgestellt,

sodass qualifizierte Bewerber aus dem Ausland das Nachsehen haben. Deutschland hat in den letzten Jahren deutlich einen Fachkräftebedarf in vielen Branchen entwickelt. Weltweit werden insbesondere in den technischen Berufen gut qualifizierte Menschen gesucht. Für junge Menschen eigentlich gute Perspektiven. Geben wir ihnen die Chance mit Programmen wie Erasmus+ Europa zu entdecken, Sprache und Menschen kennenzulernen und darauf ihre berufliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit aufzubauen.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Herr Präsident! Erasmus+ ist ein Leuchtturmprojekt der EU. Da sind wir uns alle einig und unterstützen dieses Programm entsprechend seit Jahren aus vollem Herzen.

Ende April 2019 hatte der SSW daher einen Antrag eingebracht: Drucksache 19/1434 - „Erasmus+ ab 2021: Zielgruppengerechte Programmausgestaltung“. Darin haben wir die Landesregierung aufgefordert, sich im Prozess der Neuprogrammierung von Erasmus+ für Verbesserungen einzusetzen, inklusive ausführlicher Stichpunktliste. Seit geschlagenen zwei Jahren liegt dieser Antrag unerledigt im Europaausschuss. Ein angedachter interfraktioneller Antrag ist bis heute nicht zustande gekommen - auch, weil sich die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU so schwierig gestalteten und das vergangene Jahr aufgrund der Pandemie sehr turbulent war.

Wir vom SSW wollen dieses Thema aber nicht aus dem Blick verlieren. Denn gerade für die jungen Europäerinnen und Europäer ist Erasmus+ ja ein wirklich liebgewonnenes Herzensprogramm. Inzwischen steht die neue Programmgeneration ja, es gibt endlich deutlich mehr finanzielle Mittel, und viele unserer damals geforderten Punkte sind erfreulicherweise aufgenommen worden. Damit ist unser Antrag aber nicht erledigt. Daher nun unser erneuter Folgeantrag.

Denn es kam die Coronapandemie. Und das, was Erasmus eigentlich bedeutet - andere europäische Länder und Kulturen kennenzulernen, seine Sprachkenntnisse und interkulturellen Kompetenzen zu stärken, vor Ort Freundschaften mit Menschen aus aller Welt zu schließen -, verträgt sich nicht mit einer Pandemie. Corona hat die internationale Mobilität stark eingeschränkt, auch in der Bildung.

Laut des Erasmus+-Jahresberichtes 2020 des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) haben dennoch viele Erasmus-Teilnehmende ihr

(Jette Waldinger-Thiering)

Studienvorhaben oder Praktikum erfolgreich weiterführen können - wenn auch anders als geplant. Denn die meisten der Austausche finden zurzeit virtuell statt, sprich: Die Teilnehmer loggen sich beispielsweise über digitale Lernplattformen an ihrer Gasthochschule ein und versuchen, sich währenddessen in ihr Gastland zu träumen. Andere nehmen im Rahmen einer sogenannten Blended Mobility teil. Dabei beginnen sie ihren Auslandsaufenthalt zunächst auch virtuell von zu Hause aus und planen, erst später ins Gastland auszureisen. Nun ist es zwar großartig, dass solche Formate so kurzfristig improvisiert werden konnten und nun wohl auch dauerhaft in das Programmportfolio aufgenommen werden, das Erlebnis eines echten Vor-Ort-Austausches werden diese aber wohl kaum ersetzen können. Aber es soll jeder für sich selbst entscheiden können, welches Format das geeignetste ist.

Fakt ist: Das Interesse ist ungebrochen groß und ein Austausch kann in vielen Fällen - trotz Pandemie - auch weiterhin realisiert werden, weil alle Beteiligten verantwortungsbewusst und flexibel mit der Situation umgehen. Das ist großartig!

Für den SSW bleibt insgesamt wichtig, dass wir auch künftig möglichst viele junge Menschen für Erasmus+ begeistern können und dass dieses Programm immer weiterwächst. Mit den neuen EU-Leitthemen, zu denen unter anderem soziale Teilhabe und Chancengleichheit, Digitalisierung und Nachhaltigkeit zählen, wird das Programm noch attraktiver und wir ermutigen alle jungen Menschen, sich über Erasmus+ zu informieren.

Im gleichen Zuge sollten wir nun auch alle Beteiligten und Interessierten darin unterstützen, weiterhin das Beste aus der aktuellen Ausnahmesituation zu machen. Entsprechend bitten wir die Landesregierung, die Umsetzung des Erasmus+-Programms in Schleswig-Holstein auch während der Pandemie eng zu begleiten und uns auf dem Laufenden zu halten.

Wie werden die digitalen und hybriden Angebote bei den schleswig-holsteinischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern angenommen? Sind diese nur vorübergehende Notlösungen, oder sollten diese tatsächlich verstärkt ausgebaut werden? Werden die formulierten Leitthemen und gesteckten Ziele vollständig umgesetzt, oder wo hapert es noch? Diese Fragen würden wir dann gern zu einem geeigneten Zeitpunkt in den zuständigen Ausschüssen diskutieren.